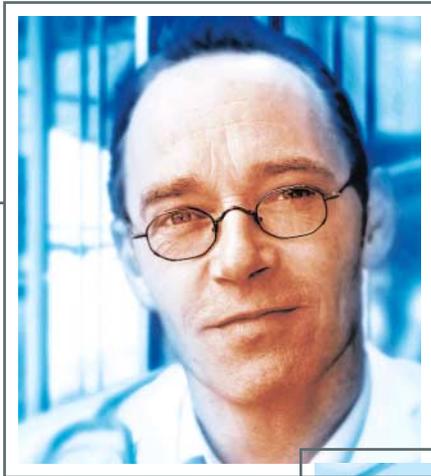


## **A** Deutsche Apotheker- und Ärztebank

Geschäftsbericht 2003



Deutsche Apotheker- und Ärztebank  
Geschäftsbericht 2003

	2003 in Mio. €	2002 in Mio. €	Veränderung in %
<i>Bilanzsumme</i>	25.596	22.898	+ 11,8
<i>Kundenkredite</i>	16.837	15.311	+ 10,0
<i>Kundeneinlagen</i>	16.967	15.771	+ 7,6
<i>Haft. Eigenkapital</i>	2.110	1.774	+ 18,9
<i>Teilbetriebsergebnis vor Risikovorsorge</i>	203,8	177,3	+ 15,0
<i>Jahresüberschuss</i>	72	59	+ 22,0

	2003	2002
<i>Eigenkapitalquote</i>	11,4 %	10,5 %

	2003	2002	Veränderung in %
<i>Zahl der Mitarbeiter</i>	1.914	1.879	+ 1,9
<i>Zahl der Kunden</i>	263.100	248.200	+ 6,0
<i>Zahl der Mitglieder</i>	97.432	93.634	+ 4,1

	Brief des Vorstands	7
	Tagesordnung der Vertreterversammlung	10
	Vorstand	11
	Aufsichtsrat	12
	Ehrevorsitzende, Ehrenträger	13
<i>Bericht des Vorstands</i>	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung	
	Wirtschaftliches Umfeld	16
	Kapitalmärkte	18
	Lagebericht 2003	
	Geschäftsentwicklung im Überblick	20
	Kreditgeschäft	25
	Einlagengeschäft	28
	Vertriebskanäle	31
	Neue Beratungskonzeptionen	35
	Investmentgeschäft	40
	Bankbetrieb	47
	Eigenkapital	53
	Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	55
	Risikobericht	58
	Rating	70
	Ausblick	71
<i>Bericht des Aufsichtsrats</i>		74
	Corporate Governance Kodex	78
	Jährliche Entsprechenserklärung	98
<i>Nachruf</i>		102
<i>Jahresabschluss 2003</i>	Bilanz	106
	Gewinn- und Verlustrechnung	108
	Anhang	109
<i>Beirat</i>		120
<i>Daten zur Bank</i>	Dezernats-, Bereichs- und Regionalleiter	124
	Direktoren der Filialen, Filialleiter, Direktoren der Regionalen Kreditsekretariate	125
	Hauptverwaltung, Filialen	126
	Regionalbereiche	129
	Geschichtliche Entwicklung der Bank	130



## Sehr geehrte Mitglieder, Kunden und Geschäftspartner,

die Deutsche Apotheker- und Ärztebank legt zum Eintritt in das zweite Jahrhundert ihres Bestehens einen Jahresabschluss vor, den wir seitens des Vorstands intern mit dem Prädikat „mehr als nur zufrieden stellend“ versehen haben. In der Gewinn- und Verlustrechnung konnten die Ertragspositionen weiter verbessert werden, während der Anstieg des Personal- und Sachaufwands in den geplanten Grenzen verlief. Die Expansion der Bilanzsumme folgte auch im Jahr 2003 einem stetigen Wachstumspfad, wobei besonderer Wert auf den Erhalt der ausgewogenen Struktur gelegt wurde.

Neben den geschäftspolitischen Entscheidungen im Hinblick auf Soll und Haben wurden die strategischen Projekte weiter vorangetrieben. Dabei stehen einerseits Maßnahmen zur Stärkung des Vertriebs und andererseits Aktionen zur Effizienzsteigerung interner Prozesse im Vordergrund. Darüber hinaus wurden erneut Ressourcen in beträchtlichem Umfang für die termingerechte Fertigstellung des Projekts „Basel II“ sowie für die Umsetzung der „Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft“ (MaK) eingesetzt.

So können wir mit Blick auf das Geschäftsjahr 2003 von einer rundum erfreulichen Entwicklung sprechen, die sowohl zur inneren Stabilität der Bank als auch zur Festigung ihrer Position als „Nummer eins der Finanzdienstleister im Heilberufssektor“ beigetragen hat.

Wir werden immer wieder gefragt, woran es liegt, dass sich die APO-Bank der allgemeinen Struktur- und Ertragskrise der Kreditwirtschaft widersetzen konnte und darüber hinaus ihr Betriebsergebnis selbst in solchen Zeiten verbessert, in denen die wirtschaftliche Lage der Heilberufsangehörigen unter Druck gerät.

Die Antwort darauf ist mehrschichtig. Eine wesentliche Ursache des Erfolges liegt zunächst einmal darin, dass die Bank seit Jahren einen ausgesprochen starken Zugang an Neukunden verzeichnet. Die hohe Zahl neuer Kunden bringt eine kräftige Ausweitung des Kreditgeschäfts mit sich. Das findet im Zinsüberschuss einen deutlichen Niederschlag, obgleich die Zinsspanne in den vergangenen Jahren gesunken ist. Trotz der im Vergleich zu früheren Jahren beträchtlichen Zunahme der Neuausleihungen ist – und dieser Faktor sollte nicht unterschätzt werden – die gute Qualität des Kreditportfolios erhalten geblieben.

Die Steigerung des Zinsüberschusses kommt der Bank allerdings auch nur deshalb wirksam zugute, weil sie günstige Kosten-Ertrags-Relationen vorweisen kann. Die so genannte Aufwandsrentabilität oder Cost Income Ratio konnte von 61,8 % in 2001 auf 59,1 % in 2003 reduziert werden. Wenngleich diese Werte bereits beträchtlich unter den durchschnittlichen Sätzen aller deutscher Banken liegen, so haben wir uns dennoch für das laufende Jahr eine weitere Verbesserung der Cost Income Ratio zum Ziel gesetzt.

Was nun die Frage betrifft, wieso die APO-Bank die Struktur- und Ertragskrise im Bankgewerbe ohne Blessuren überstand, so können wir auf weitreichende Reorganisationsmaßnahmen schon in den 90er Jahren verweisen. Insofern ergab sich für uns zu Beginn des neuen Jahrtausends kein erneuter Zwang zu Umstrukturierungen. Hinzu kam, dass wir frühzeitig und sehr konsequent den Multi-Channel-Vertrieb ausgebaut haben. Damit entfiel für uns damals die kostspielige Ausgründung von Vertriebstöchtern und heute die nicht minder aufwändige Wiedereingliederung. Als wesentlicher Vorteil ist zu nennen, dass wir uns auf eine Nische fokussiert haben, in der die Bank hochprofessionell arbeitet.

Die aktuellen internen Veränderungsprozesse im Hause der APO-Bank gelten denn auch weniger dem banktypischen Geschehen als vielmehr der Mutation von der „Bank der Heilberufe“ zum „Partner der Heilberufe“.

Damit meinen wir die Übernahme von Serviceangeboten, die weit über das eigentliche Leistungsspektrum eines Kreditinstituts hinausgehen. Diese Erweiterung der Schwerpunkte beinhaltet die Unterstützung der Heilberufe in ihren wirtschaftlichen Belangen und bringt zudem die aktive Positionierung der Bank einschließlich ihrer Töchter als Coach und Dienstleister für innovative Versorgungsstrukturen im Gesundheitswesen mit sich.

Mit den Veränderungen im Gesundheitswesen wird sich unser Leistungsspektrum neuen Anforderungen anpassen. Bei all dem erforderlichen Wandel werden wir jedoch die Kontinuität unserer Geschäftspolitik, speziell die Ausrichtung auf die Heilberufe, zu wahren wissen mit dem Ziel, den Apothekern, Ärzten, Zahnärzten und Tierärzten sowie ihren Organisationen und wirtschaftlichen Einrichtungen ein attraktiver Partner zu sein. Denn die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dieser Klientel ist die Grundlage unserer Geschäftstätigkeit.

Wir hoffen, dass dieser Bericht über die Entwicklung der Bank im Geschäftsjahr 2003 dazu beiträgt, Ihr Vertrauen in die Deutsche Apotheker- und Ärztebank und damit unser partnerschaftliches Miteinander zu festigen.

Mit freundlichen Grüßen  
Deutsche Apotheker- und Ärztebank  
Der Vorstand



Werner Wimmer



Gerhard K. Girner



Jürgen Helf



Günther Herion



Günter Preuß



Werner Albert Schuster

## Tagesordnung

*für die ordentliche*

*Vertreterversammlung*

*am Freitag,*

*dem 18. Juni 2004,*

*15.30 Uhr,*

*Swissôtel Düsseldorf/Neuss,*

*Rheinallee 1,*

*41460 Neuss*

### Begrüßung

1. Bericht des Vorstands über das Geschäftsjahr 2003
2. Bericht des Aufsichtsrats
3. Bericht über die gesetzliche Prüfung, Stellungnahme des Aufsichtsrats, Beschlussfassung
4. a) Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2003  
b) Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns 2003
5. a) Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2003  
b) Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2003
6. Genehmigung der Vergütungsordnung für den Aufsichtsrat
7. Wahlen zum Aufsichtsrat
8. Verschiedenes

Zu Beginn des Punktes 7 der Tagesordnung wird die Sitzung kurz unterbrochen, um den einzelnen Berufsständen Gelegenheit zur Beratung zu geben.

Stimmberechtigt sind nur die gewählten Vertreter der Bank.

Werner Wimmer, Düsseldorf  
Sprecher

Gerhard K. Girner, Düsseldorf

Jürgen Helf, Düsseldorf

Günther Herion, Düsseldorf

Günter Preuß, Düsseldorf

Werner Albert Schuster, Düsseldorf

Dr. med. dent. Wilhelm Osing, Düsseldorf, *Vorsitzender*  
Norbert Hinke, Düsseldorf\*, *stv. Vorsitzender*  
Ralf Baumann, Düsseldorf\* (*ab 27.06.2003*)  
Dr. med. dent. Wilfried Beckmann, Gütersloh (*bis 26.6.2003*)  
Berthold Bisping, Neuss\* (*ab 27.06.2003*)  
Dr. med. dent. Dieter Dahlmann, Neuss (*ab 27.06.2003*)  
Dr. med. dent. Wolfgang Eber, Mönchengladbach (*ab 27.06.2003*)  
Wolfgang Fischer, Düsseldorf\* (*bis 26.06.2003*)  
Apotheker Hans-Günter Friese, Fröndenberg  
Wolfgang Häck, Aachen\*  
Thomas Höll, Düsseldorf\* (*ab 27.06.2003*)  
Prof. Dr. med. Dr. h. c. Jörg-Dietrich Hoppe, Düren  
Uschi Jaeckel, Mülheim/Ruhr\* (*ab 27.06.2003*)  
Britta Jansen, Hamburg\*  
Apotheker Hermann-Stefan Keller, Mainz  
Dr. med. dent. Hans-Hermann Liepe, Hannover (*bis 26.06.2003*)  
Heidi Methner, Leipzig\* (*bis 26.06.2003*)  
Dr. med. Ulrich Oesingmann, Dortmund  
Apotheker Gerhard Reichert, Hengersberg  
Dr. med. dent. Bernhard Reilmann, Lippstadt (*bis 26.06.2003*)  
Dr. med. Manfred Richter-Reichhelm, Berlin  
Dr. med. Wolf-Rüdiger Rudat, Kunitz (*bis 26.06.2003*)  
SR Peter Sauermann, Veldenz (*bis 26.06.2003*)  
Christian Scherer, Neustadt\*  
PhR Dr. rer. nat. Hartmut Schmall, Aachen (*bis 26.06.2003*)  
Michael Sell, Düsseldorf\*  
Heike Vocke, Hannover\* (*bis 26.06.2003*)  
Roland Wark, Heusweiler\* (*ab 27.06.2003*)  
Dr. med. Wolfgang Wesiack, Hamburg  
Dr. med. dent. Fritz-Josef Willmes, Burgrieden (*bis 26.06.2003*)  
OPhR Dr. rer. nat. Helmut Wittig, Schleiz (*bis 26.06.2003*)

\* von den Arbeitnehmern gewählt

*Ehrenrechtsberater  
des Aufsichtsrats*      Rechtsanwalt Dipl.-Kfm. Richard Deutsch,  
Meerbusch

*Ehrevorsitzender  
des Vorstands*      Dipl.-Volkswirt Walter Schlenkenbrock,  
Ratingen

*Träger der  
Karl-Winter-Medaille  
und Ehrenmitglied  
der Bank*      Prof. Dr. h. c. J. F. Volrad Deneke,  
Bonn

*Ehrenmitglieder  
der Bank*      Dr. med. dent. Rudolf Cramer,  
Wiesbaden

Elfriede Girtl,  
München

Dr. med. dent. Rudolf Oschika,  
Moers

Apotheker Dr. jur. Albert Peterseim,  
Essen

Apotheker Klaus Stürzbecher,  
Berlin



## **Bericht des Vorstands**

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Lagebericht 2003

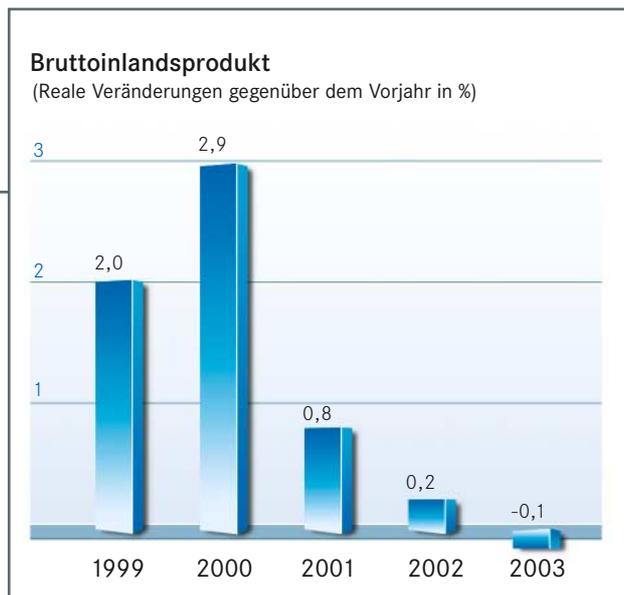


## Wirtschaftliches Umfeld

*Weltwirtschaft  
wenig expansiv*

Der weltwirtschaftliche Aufschwung lässt nach wie vor auf sich warten. Während Japan die jahrelange Deflationskrise überwunden zu haben scheint, hoffen die westlichen Industrienationen weiterhin vergebens auf eine nachhaltige konjunkturelle Erholung. Die USA stützen ihr moderates Wachstum über eine gewaltige Ausweitung des Haushalts- und Leistungsbilanzdefizits, in Euroland schlagen die strukturellen Probleme hingegen ohne Abfederung auf die wirtschaftliche Lage durch. Nach einem mageren Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von rund 0,5 % im vergangenen Jahr rechnen die Experten des Internationalen Währungsfonds daher auch

für 2004 mit maximal 2 % Wirtschaftswachstum in der Euro-Zone.

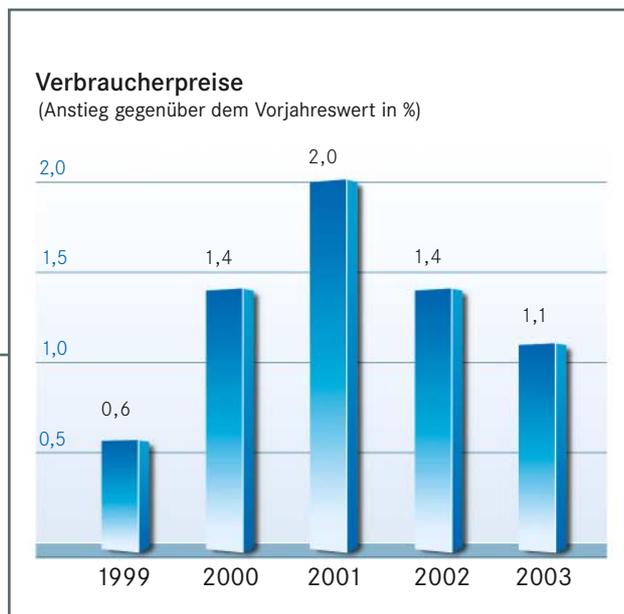


Entsprechend düster präsentierte sich 2003 auch die Lage in Deutschland. Nach zehn Jahren schrumpfte die Wirtschaft erstmals wieder absolut (BIP-Wachstum: -0,1 %). Verantwortlich dafür war weniger der rasante Anstieg des Euro, sondern vielmehr der Reformstau, der die deutsche Wirtschaft seit Jahren lähmt. So hat die mangelnde Flexibilisierung des Arbeitsmarktes auch

im vergangenen Jahr wieder zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosenquote auf 11,6 % geführt. Die entsprechend höheren Transferzahlungen sowie Ausfälle auf der Einnahmenseite haben in der Folge zu einer abermaligen Ausweitung des Budgetdefizits auf knapp 4 % geführt. Damit rückt die Erfüllung der Maastricht-Kriterien in immer weitere Ferne.

*Kräftiges**Exportwachstum*

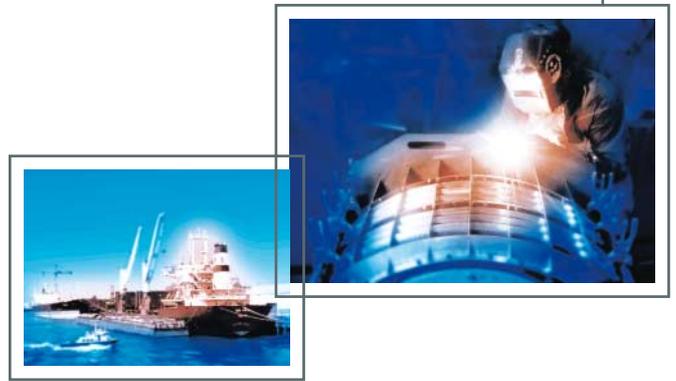
Erfreulich dagegen entwickelten sich trotz hohen Euro-Kurses die deutschen Exporte. Mit einem Volumen von 661,6 Milliarden Euro haben die deutschen Unternehmen 2003 so viele Waren wie nie zuvor ausgeführt. Nach Ansicht von Ökonomen ist dieses positive Ergebnis auf die moderate Lohnentwicklung der vergangenen Jahre zurückzuführen. Zwischen 1996 und 2000 waren die Lohnstückkosten um gerade einmal 0,2% gestiegen (EU: 1,5%).



Regelrecht profitieren von der Eurostärke konnten die deutschen Verbraucherpreise. Der abermalige Rückgang des Indexes auf 1,1% (2002: 1,4%) hat letzte Inflationssorgen vergessen lassen, die noch immer in Zusammenhang mit der Einführung des Euro in Deutschland bestanden. Stattdessen mussten die Experten der Europäischen Zentralbank (EZB) ein robustes Maß an Überzeugungskraft aufbringen, um die Angst vor einer aufkommenden Deflation zu zerstreuen.

*Geringses Wachstum in 2004*

Dank anziehender Weltkonjunktur sind die Aussichten für das deutsche Wachstum 2004 wieder deutlich optimistischer. Erste Anzeichen einer Erholung sind bereits seit Jahresbeginn erkennbar. Vor allem in der Industrie hat sich die Lage gemessen an der boomenden Produktion und dem deutlichen Zuwachs bei den Auftragseingängen merklich gebessert. Kritische Faktoren bleiben die schwache Inlandsnachfrage sowie die weiter steigende Arbeitslosigkeit. Insgesamt kann in diesem Jahr in Deutschland mit einem Wachstum von 1,5 bis 2% gerechnet werden.



## Kapitalmärkte

*Euro im  
Höhenflug*

Hauptthema an den Kapitalmärkten im vergangenen Jahr war der Höhenflug des Euro. Getrieben von einem schwachen US-Dollar stieg die europäische Einheitswährung nach einem Kurs von 1,06 US-Dollar im Januar bis zum Jahresende auf 1,23 US-Dollar. Mit Rücksicht auf die konjunkturelle Schwäche in der Euro-Zone versuchte die EZB, der Aufwertung der Gemeinschaftswährung entgegenzuwirken und senkte die Leitzinsen in zwei Schritten um insgesamt 75 Basispunkte auf 2 %. Ohne Erfolg: Allein nach der letzten Anpassung im Juni stieg der Euro bis zum Jahresende nochmals um rund 10 US-Cent.



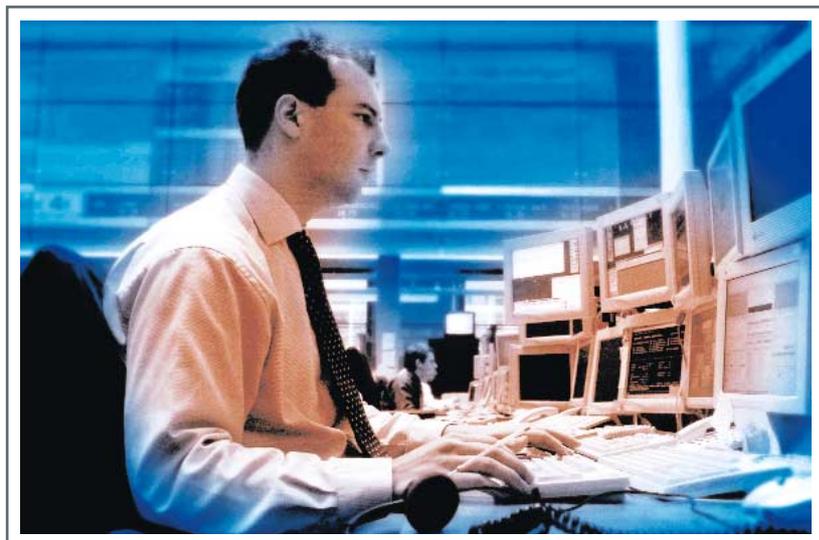
Dieses Szenario hatte auch Rückwirkungen auf die Rentenmärkte. Bis zur Jahresmitte sank die Umlaufrendite festverzinslicher inländischer Wertpapiere auf 3,3 % - mit entsprechenden Kursgewinnen für Inhaber von Anleihen. Durch die im Jahresverlauf einsetzende Verbesserung der Konjunkturerwartungen drehte sich das Bild. Im Dezember notierte die Umlaufrendite wieder auf Januar-Niveau.

*Aktien im Jahres-  
verlauf erholt*

Entsprechend präsentierte sich die Lage an den Aktienmärkten: Der Deutsche Aktienindex (DAX) erreichte im März 2003 im Umfeld des Irak-Krieges seinen absoluten Tiefstand seit 1995. Damit hatte sich der DAX – gemessen an seinem Rekordhoch im März 2000 – in drei Jahren nahezu geviertelt. Im weiteren Verlauf des Jahres ging es dann allerdings steil bergauf. Ungeachtet der Euro-Aufwertung und der weiterhin schwachen Konjunkturdaten nutzen die Anleger die günstigen Aktienbewertungen und ließen den DAX bis zum Jahresultimo auf knapp 4.000 Punkte hochschnellen – fast eine Verdopplung.

*DAX bei 4.300  
Punkten?*

Diese positive Entwicklung setzt sich offensichtlich auch 2004 fort. Nach Überschreiten der 4.000er-Marke im Januar könnte der DAX nach Meinung von Experten im weiteren Jahresverlauf auf bis zu 4.300 Punkte ansteigen. Ob die Prognosen real werden, hängt nicht zuletzt von der Zinspolitik der Notenbanken, den Fortschritten bei der Erholung der Weltwirtschaft sowie der weiteren Entwicklung des Euro ab.





## Geschäftsentwicklung im Überblick

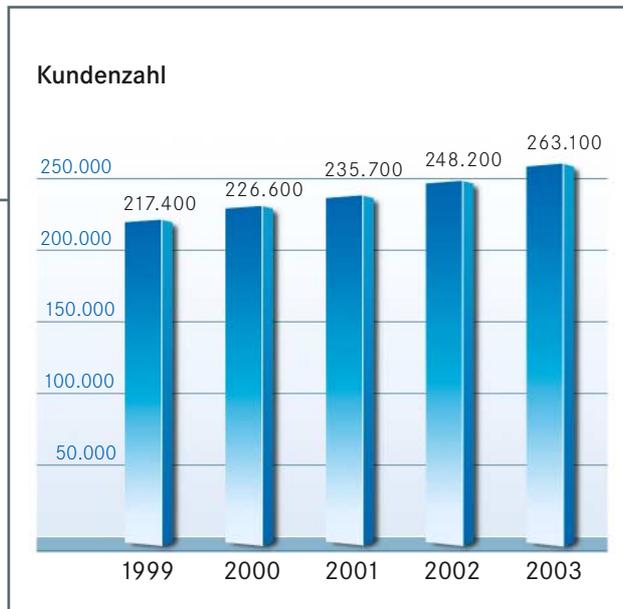
### *Weiter auf Erfolgskurs*

Für die Deutsche Apotheker- und Ärztebank hat sich im Geschäftsjahr 2003 die erfolgreiche Tendenz der vorhergehenden Zeit fortgesetzt. Das Betriebsergebnis übertraf in seinen verschiedenen Ausprägungen deutlich die Werte des Vorjahresabschlusses. Die Expansion des Bilanzvolumens entsprach mit einem kräftigen Zuwachs dem Trend der Vorjahre. Trotz der Ausweitung des operativen Geschäfts konnten neue strategische Projekte begonnen und bereits eingeleitete Vorhaben mit guten Fortschritten weitergeführt werden.

### *Internationale Anforderungen*

Die Entwicklung des Berichtsjahres war geprägt von einer Neujustierung der Geschäftspolitik mit der Ausrichtung auf internationale Standards. Zielsetzungen waren vor allem: eine weitere Verbesserung der Aufwandsrentabilität, die Stabilisierung der Zinsspanne, eine zusätzliche Steigerung

der Kernkapitalquote, eine höhere Performance des Betriebsergebnisses vor Risikovorsorge und die konsequente Beibehaltung der guten Aktivqualität.



Als Träger des Wachstums erwies sich erneut die anhaltende Nachfrage nach dem Finanzierungs-Know-how der Bank, wobei vor allem der besonders ausgeprägte Zugang an Neukunden ins Gewicht fiel. Die Kundenzahl erhöhte sich um 14.900 auf 263.100 – so stark wie nie zuvor innerhalb eines Jahres.

ÜBERSICHT I	Berichtsjahr 2003	Vorjahr 2002	Veränderung	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
a) Bilanzsumme	25.596,4	22.897,8	+ 2.698,6	+ 11,8
b) Geschäftsvolumen*	25.596,4	22.897,8	+ 2.698,6	+ 11,8
c) Liquidität				
Kassenbestand	20,9	19,8	+ 1,1	+ 5,6
Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	100,0	91,0	+ 9,0	+ 9,9
Barreserve	120,9	110,8	+ 10,1	+ 9,1
Täglich fällige Forderungen an Kreditinstitute	153,8	88,6	+ 65,2	+ 73,6
Bundesbankfähige Anleihen und Schuldverschreibungen	2.277,4	1.932,0	+ 345,4	+ 17,9
Liquide Mittel insgesamt	2.552,1	2.131,4	+ 420,7	+ 19,7
Verbindlichkeiten gegenüber				
- Kreditinstituten	6.166,5	5.150,4	+ 1.016,1	+ 19,7
- Kunden	10.075,7	9.362,0	+ 713,7	+ 7,6
Schuldverschreibungen im Umlauf	6.891,6	6.409,1	+ 482,5	+ 7,5
Sonstige Verbindlichkeiten	263,2	207,0	+ 56,2	+ 27,1
Verbindlichkeiten gesamt	23.397,0	21.128,5	+ 2.268,5	+ 10,7
Liquidität (in % der Verbindlichkeiten)	10,9	10,1	+ 0,8	+ 7,9
d) Kreditgeschäft				
- Forderungen an Kunden	16.837,2	15.311,4	+ 1.525,8	+ 10,0
- Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	278,2	255,0	+ 23,2	+ 9,1
	17.115,4	15.566,4	+ 1.549,0	+ 10,0
e) Einlagengeschäft				
- Spareinlagen	543,2	603,2	- 60,0	- 9,9
- täglich fällige Einlagen	4.132,8	3.373,0	+ 759,8	+ 22,5
- Einlagen mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	5.399,7	5.385,8	+ 13,9	+ 0,3
- verbrieftete Verbindlichkeiten	6.891,6	6.409,1	+ 482,5	+ 7,5
	16.967,3	15.771,1	+ 1.196,2	+ 7,6
f) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
- täglich fällig	1.063,3	751,9	+ 311,4	+ 41,4
- mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	5.103,2	4.398,5	+ 704,7	+ 16,0
	6.166,5	5.150,4	+ 1.016,1	+ 19,7

\*Das Geschäftsvolumen setzt sich zusammen aus der Bilanzsumme und den Indossamentsverbindlichkeiten.

ÜBERSICHT II	Berichtsjahr 2003	Vorjahr 2002	Veränderung	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
a) Zinsüberschuss	399,4	361,0	+ 38,4	+ 10,6
b) Provisionsüberschuss	80,1	80,3	- 0,2	- 0,2
c) allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
- Personalaufwand	142,2	130,7	+ 11,5	+ 8,8
- andere Verwaltungsaufwendungen	124,7	121,7	+ 3,0	+ 2,5
d) Abschreibungen auf Sachanlagen	16,3	15,3	+ 1,0	+ 6,5
e) Teilbetriebsergebnis vor Risikovorsorge	203,8	177,3	+ 26,5	+ 15,0
f) Bilanzgewinn	71,6	58,5	+ 13,1	+ 22,4



*Berufsspezifische Erfahrung gefragt* Wir werten die positive Resonanz der Heilberufsangehörigen auf das Leistungsspektrum unserer Bank auch als Hinweis darauf, dass gerade angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen die Partnerschaft mit einem berufsspezifisch erfahrenen Kreditinstitut geschätzt wird. Das fundierte, über Jahre hinweg angesammelte Wissen der Kundenberater um die betriebswirtschaftlichen Belange der freiberuflichen Existenz in Praxis und Apotheke stellt längst einen Wert an sich dar, dessen Bedeutung in Zukunft noch zunehmen dürfte.

*Weitere Neueinstellungen* Um die Beratungskapazität in den Filialen zu verstärken sowie zur Abdeckung erforderlicher Leistungspotenziale in der Hauptverwaltung wurden auch im Jahr 2003 Neueinstellungen vorgenommen. Dadurch hat sich der Personalstand von 1.879 auf 1.914 – der tatsächliche Personalstand inklusive Befristungen, Vorruhestand usw. von 2.104 auf 2.143 – Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhöht. Da das Überschreiten der rechtlich relevanten Zahl von 2.000 Mitarbeitern absehbar war, wurde im Berichtsjahr ein Aufsichtsrat nach Maßgabe des Mitbestimmungsgesetzes (paritätisch besetzter Aufsichtsrat) gewählt.

*Neues Domizil für Hauptverwaltung und Töchter* Die Betreuung unserer Kunden wird durch 46 Filialen im gesamten Bundesgebiet, einige Beratungsstellen, unsere Tochtergesellschaften sowie die Hauptverwaltung in Düsseldorf gewährleistet. Die Hauptverwaltung hat im laufenden Jahr 2004 ein neues Gebäude bezogen, das auch für die Tochtergesellschaften Platz bietet. Die bisher auf sieben Standorte verteilten Betriebseinheiten konnten damit erstmals räumlich zusammengefasst werden.

*Neue Außenstellen* Mit neu konzipierten, im Berichtsjahr eingerichteten Außenstellen in Ulm und Ingolstadt wurden Erfahrungen gesammelt, wie sich die Betreuung der Heilberufsangehörigen in jenen Gebieten realisieren lässt, in denen

die Bank bisher nicht mit Vertriebsstützpunkten präsent ist. Die positive Resonanz auf diese Initiative gibt Anlass für die Planung weiterer Außenstellen.

*Kunden haben  
die Wahl*

Generell stellen wir unseren Kunden im Rahmen der bereits seit 1996 praktizierten „Multi-Channel-Strategie“ frei, auf welchem Weg sie Kontakt mit der Bank aufnehmen. So haben die Heilberufsangehörigen stets die

Wahl zwischen der persönlichen Beratung in der Filiale und dem Besuch durch unseren mobilen Außendienst zu Hause. Sie können zudem bei Standardbankgeschäften zwischen komfortablen PC-Programmen oder dem Telefonservice „apodialog“ wählen.



Der Zugang vieler Neukunden hat in Verbindung mit dem Interesse des bestehenden Kundenkreises an neuen bzw. weiteren Produkten zu einem Wachstum der Bilanzsumme um 2,7 Milliarden Euro beziehungsweise um

11,8% auf 25,6 Milliarden Euro geführt. Die seit mehr als 30 Jahren gehaltene Spitzenposition als größte deutsche genossenschaftliche Primärbank haben wir damit weiter ausgebaut.

*Marktführer bei  
Niederlassungs-  
finanzierung*

Die Bilanzexpansion wurde von der Kreditnachfrage getragen, bei der die Finanzierung von Existenzgründungen traditionell besonderes Gewicht hat. Die prägnante Marktführerschaft in der Niederlassungsfinanzierung hat sich auf diese Weise erneut bestätigt. Die Refinanzierung erfolgte vorrangig durch die Aufnahme von Kundengeldern und die Emission verbrieftter Verbindlichkeiten.

*Deutliche*

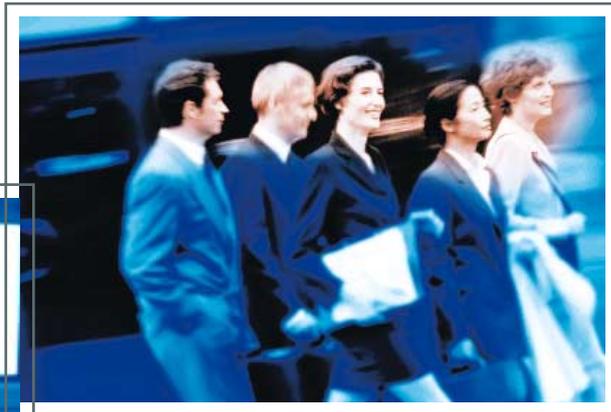
*Ergebnissteigerung*

In der Ergebnisrechnung kommt die seit Jahren anhaltende Ausweitung der Kundenkredite in einer Verbesserung des Zinsüberschusses um 10,6% auf 399,4 Millionen Euro zum Ausdruck. Der Provisionsüberschuss erreichte mit 80,1 Millionen Euro das Vorjahresniveau. Der Verwaltungsaufwand einschließlich der Abschreibungen auf Sachanlagen erhöhte sich im vorgegebenen Rahmen um 5,8% auf 283,3 Millionen Euro. Das Teilergebn vor Risikovorsorge verbesserte sich um 15,0% auf 203,8 Millionen Euro. Der Bilanzgewinn wird mit 71,6 Millionen Euro ausgewiesen, 22,4% mehr als im Vorjahr.

*Erneut hohe*

*Dividende*

Das mehr als zufrieden stellende Geschäftsergebnis ermöglicht die vorsorgliche Abdeckung aller absehbaren Risiken aus der Geschäftstätigkeit, die erforderliche Stärkung des Eigenkapitals sowie die Ausschüttung einer vergleichsweise hohen Dividende an die Mitglieder der Bank.



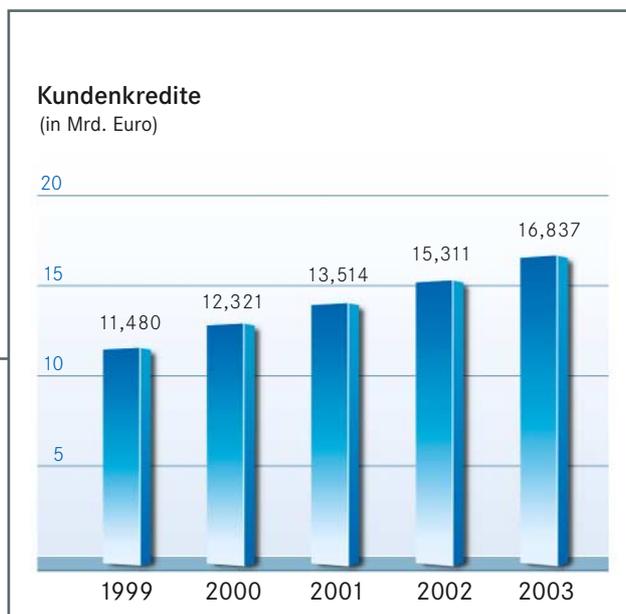


## Kreditgeschäft

*Finanzierungs-  
Know-how gefragt* Die intensive Kreditnachfrage fand ihren Niederschlag im Anstieg der Kundenkredite um 10,0 % auf 16,84 Milliarden Euro. Das gesamte Kreditvolumen – einschließlich Bürgschaften – belief sich bei einem Zuwachs von ebenfalls 10 % auf 17,12 Milliarden Euro.

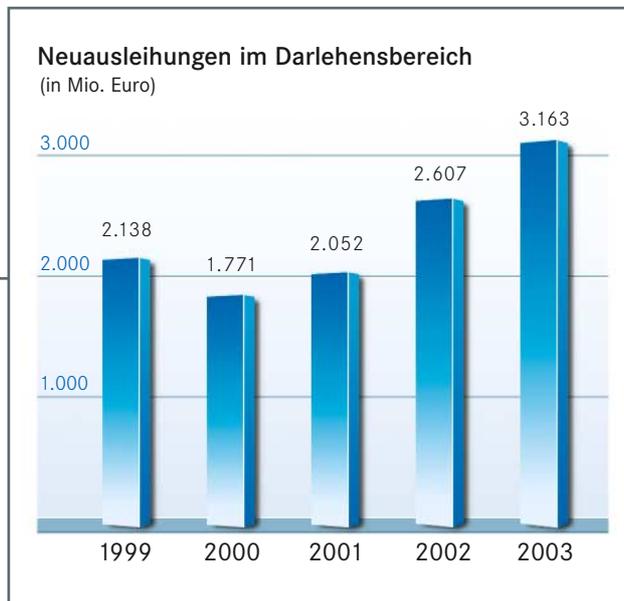
*Darlehen deutlich  
gestiegen* Die Aufgliederung der Ausleihungen nach Fristigkeiten zeigt bei den Kontokorrentkrediten im Vergleich zum Vorjahr stichtagsbedingt einen Anstieg um 119 Millionen auf 2,3 Milliarden Euro. Die durchschnittliche Inanspruchnahme der KK-Kredite weist eine unter Ertragsgesichtspunkten

erfreuliche Ausweitung um 110 Millionen Euro aus. Das Scherwergewicht der Ausleihungen liegt allerdings mit einem Zuwachs um 1,41 Milliarden auf 14,5 Milliarden – entsprechend der Mittelverwendung für Immobilien- und Existenzgründungsfinanzierungen – mit zunehmender Tendenz im Darlehensbereich.



Die Intensität der Kreditnachfrage – und damit die tatsächliche Kreditleistung – kommt in den Neuausleihungen zum Ausdruck, die

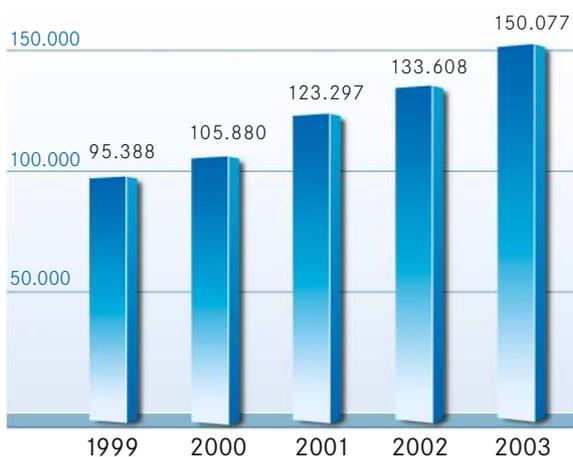
mit 3,16 Milliarden Euro um 21,3 % über dem bereits hohen Niveau des Vorjahres lagen. Diese Steigerung ist insofern bemerkenswert, als ange-



sichts der verschlechterten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Heilberufssektor längst nicht mehr jeder Finanzierungswunsch realisierbar ist. Hinsichtlich des Volumens ist weiterhin von Bedeutung, dass sich mit der Darlehensvergabe ein ausgesprochen hohes Maß an Beratungsleistung verbindet, bei dem zukunftsorientierte ökonomische Aspekte besonders gewichtet werden.

*Auch 2003 mehr Existenzgründungen* Im Hinblick auf die Mittelverwendung verteilen sich die Neuausleihungen zu 29 % auf Existenzgründungen, zu 44 % auf Immobilienfinanzierungen und zu 27 % auf sonstige Finanzierungen, zum Beispiel für Ersatz- und Zusatzinvestitionen und für private Zwecke. Die besondere Bedeutung der qualifizierten Beratung muss insbesondere bei der Existenzgründungsfinanzierung hervorgehoben werden, die seit jeher als ein Markenzeichen unserer Bank gilt. Die Gesamtzahl der Finanzierungen in diesem Marktsegment stieg im Berichtsjahr weiter an, allerdings verminderte sich die Zahl der Existenzgründungsfinanzierungen im Apothekenbereich – eine deutlich sichtbare Auswirkung der Gesetzgebung im Gesundheitswesen. Angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen im Heilberufssektor kann der Ausbau der Marktführerschaft bei den Existenzgründungsfinanzierungen sicherlich auch als Hinweis auf die Kompetenz und Wertschätzung des Finanzierungs-Know-hows unserer Berater gewertet werden. Diese beziehen in ihre Finanzierungskonzepte nach Möglichkeit öffentliche Fördermittel ein. Insbesondere die heute unter dem Namen „Unternehmerkredit“ laufenden Programme der KfW-Mittelstandsbank wurden intensiv genutzt.

Zahl der Kreditnehmer

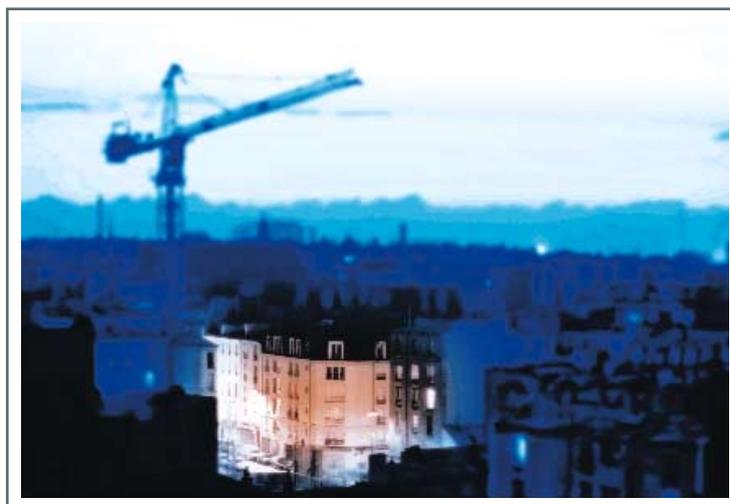


Unsere Angebote zur Immobilienfinanzierung wurden 2003 stärker in Anspruch genommen als je zuvor. Die Zahl der entsprechenden Engagements erhöhte sich um 31,7% auf 6.640 Finanzierungen allein im Berichtsjahr. Dieser Anstieg wurde aus Sicht der Kundenberater durch eine spezielle moderne Beratungssoftware erleichtert. Aus dem Blickwinkel der Kunden stand – insbesondere bei privatem Immobilienerwerb – das Interesse an besonderen Darle-

hensformen im Vordergrund, die den speziellen Belangen unserer Kunden in besonderem Maße Rechnung tragen.

#### Aktive Vermittler

Einen wertvollen Beitrag zur Expansion des Kreditgeschäfts erbrachten die Vertriebswege über unseren Finanzdienstleister „apofinanz“ sowie über freie Vermittler bzw. Vermittlergruppen.



## Einlagengeschäft

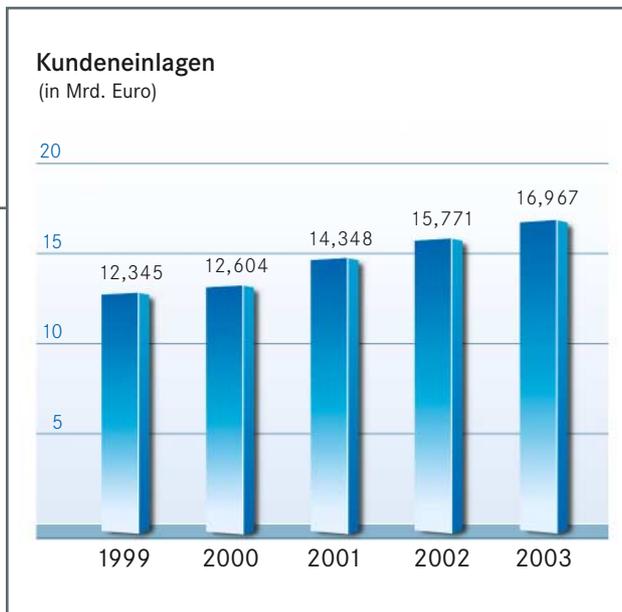
### Höhere Einlagen

Das Gesamtvolumen des Einlagengeschäfts erhöhte sich im Berichtsjahr um 7,6% auf 16,97 Milliarden Euro. Dieser Zuwachs entfällt auf die Kundeneinlagen im engeren Sinne sowie auf die Emission von Inhaberschuldverschreibungen, deren Platzierung im Abschnitt „Investmentgeschäft“ erläutert wird.

### Liquiditätshaltung verstärkt

Mit einem kräftigen Zuwachs um 22,5% auf 4,13 Milliarden Euro stehen die täglich fälligen Einlagen zu Buche. Diese Ausweitung beruht zwar auch auf stichtagsbedingten Dispositionen institutioneller Kunden, geht aber ebenso auf höhere täglich fällige Einlagen der Privatkunden zurück. Darüber hinaus kommt hier die weiterhin gute Resonanz auf das „APO-Liquiditätskonto“ zum Ausdruck, das für größere Beträge im Rahmen kurzfristiger Anlagen angeboten wird und eine attraktive variable Verzinsung mit jederzeitiger Verfügbarkeit verbindet.

Wir erleichtern unseren Kunden die Dispositionen im Kontokorrent durch den Service „Rund um das laufende Konto“ mit einem attraktiven Leistungsprofil. Neben spendefreier Kontoführung bei Konten auf Guthabenbasis sind hier vor allem portofreie Monatsauszüge mit weit reichender Gebührenerstattung für die Nutzung von in-



Wir erleichtern unseren Kunden die Dispositionen im Kontokorrent durch den Service „Rund um das laufende Konto“ mit einem attraktiven Leistungsprofil. Neben spendefreier Kontoführung bei Konten auf Guthabenbasis sind hier vor allem portofreie Monatsauszüge mit weit reichender Gebührenerstattung für die Nutzung von in-

ländischen Geldausgabeautomaten, kostenlose personalisierte Formulare und Zahlscheine, ein vielseitiges und leistungsfähiges Kreditkartenangebot zu nennen sowie die Abrundung durch PC-Banking und „apodialog“ – Serviceangebote, die an anderer Stelle erläutert werden.

*Erfolgreiches  
Zwillingspaar*

Das im Jahr 2000 eingeführte Kreditkartendoppel mit VISA GOLD und MASTERCARD GOLD unter dem Namen „APO GoldenTwin“ wurde im Berichtsjahr rund 13.400-mal geordert und darf insofern als ausgesprochen erfolgreich gelten. Inzwischen sind mehr als 84.000 Kunden damit ausgestattet. Bei diesem Produkt verzichtet die Bank



vollständig auf die sonst bei Kreditkarten üblichen Jahresgebühren. Das Kartenpaket bietet darüber hinaus einerseits flexible Liquidität durch den optionalen Kreditrahmen unter der Bezeichnung APO CashCredit und andererseits eine attraktive Verzinsung für Guthaben bis zu 25.000 Euro und damit eine gern genutzte Möglichkeit für kurzfristige Anlagen.

*Termineinlagen  
umgeschichtet*

Von dem Rückgang der Termineinlagen (ohne Schuldscheindarlehen) um 267 Millionen auf 2,78 Milliarden Euro entfällt die Hälfte auf stichtagsbedingte Dispositionen institutioneller Kunden. Im Privatkundenbereich wurde die während des ersten Halbjahres zu verzeichnende Steigerung der Termineinlagen in der zweiten Jahreshälfte überproportional abgebaut. Im Gegensatz zu den Termineinlagen wurden die Schuldscheindarlehen um 280 Millionen auf 2,62 Milliarden Euro ausgeweitet.

*Spareinlagen*

*leicht rückläufig*

Das Kontensparen in den verschiedenen Ausprägungen und Fristigkeiten ging insbesondere zum Jahresende hin aufgrund des Interesses an anderen Anlageformen leicht zurück. Trotz der eher ungünstigen Bedingungen wurde das in zwei Versionen entwickelte Angebot „APO 50/50“ von unseren Kunden gut aufgenommen. Es verbindet eine Festzinsanlage mit Investmentfondsanteilen im jeweils gleichen Volumen.





## Vertriebskanäle

*Multi-Channel-  
Banking  
seit 1996*

Das heute als optimale Vertriebsform für Bankprodukte geltende „Multi-Channel-Banking“ wurde in seiner Grundkonzeption bereits 1996 in unserer Bank eingeführt. Damit bleibt jedem Kunden die Wahl überlassen, wie und wann er mit uns in Verbindung treten will. Die einzelnen Vertriebskanäle werden seither fortlaufend ausgebaut und an neue Entwicklungen angepasst. Dem stationären Vertrieb in den Filialen kommt dabei insofern eine hohe Bedeutung zu, weil wir die persönliche Beratung als unverzichtbaren Bestandteil, aber auch als Markenzeichen unserer Serviceleistungen als Bank für die Heilberufe ansehen.

*apofinanz wächst*

Die 1997 gegründete Finanz-Service GmbH der APO-Bank, kurz „apofinanz“ genannt, hat sich längst als mobiler Vertrieb der APO-Bank etabliert. Es entspricht dem Selbstverständnis der Finanzberater, dass sie unsere Kunden dann beraten, wenn diese Zeit haben. Die Zahl der Berater wurde aufgrund der guten Resonanz von 56 auf 73 ausgeweitet. Durch konsequente Fortbildung zur Erhöhung der Beratungsqualität in allen Bereichen des Bankgeschäfts wurde der Aspekt „Finanzplanung“ innerhalb der apofinanz fest etabliert.

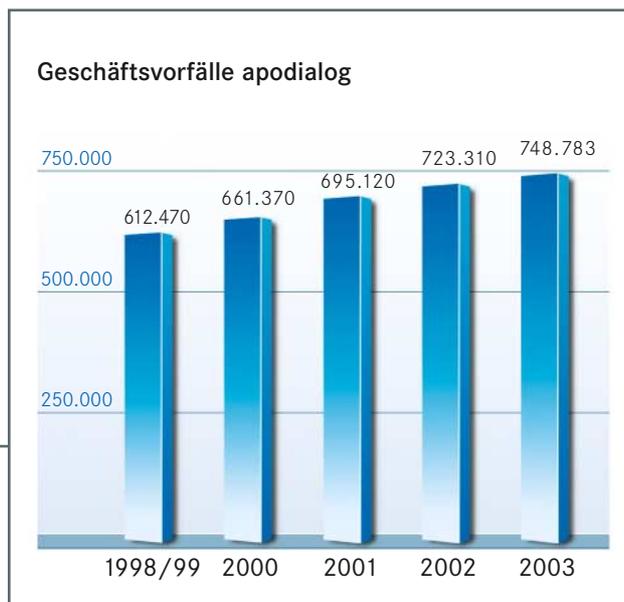
*Hoher Anteil am  
Vermittlergeschäft*

Geschäftsvolumen und Ertrag der Gesellschaft haben sich im Berichtsjahr deutlich erhöht. Ein wesentlicher Anteil des gesamten Vermittlergeschäfts der Bank wird inzwischen durch die apofinanz realisiert. Aber auch bei der Betreuung bestehender Geschäftsverbindungen sowohl im Darlehens- als auch im Anlagebereich leisten die Berater einen guten Beitrag. Die im Berichtsjahr in Ulm und Ingolstadt unter Beteiligung der apofinanz eingerichteten Außenbüros haben sich in der Pilotierungsphase etabliert und werden zukünftig weiter ausgebaut.



*Neue Konzeption  
für Jungärzte und  
Studenten*

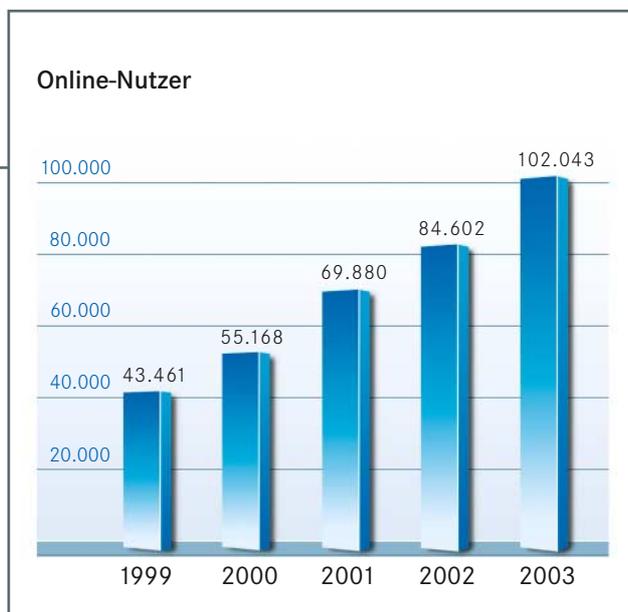
Speziell zur Betreuung von Studenten der Heilberufe und Ärzten in Weiterbildung wurde im Berichtsjahr eine neue Konzeption entwickelt. Das Zielgruppenmarketing setzt auf die Komponenten Internetauftritt, Werbemittleinsatz, Internetwerbung, Veranstaltungen sowie auf die Kooperation mit berufsständischen Verbänden und Fachschaften an den Hochschulen. Mit der Umsetzung dieser Konzeption vom laufenden Jahr an wollen wir die Positionierung der Bank in dieser Zielgruppe wesentlich verbessern. Die hier eingesetzte Produktpalette mit Standardprodukten wie Girokonto, BANKCARD, APO GoldenTwin, PC-Banking mit „apobrokerage“ und „apodialog“ ermöglicht die Erledigung fast aller Bankgeschäfte auf elektronischem Weg.



Als wichtige Abrundung unseres Dienstleistungsangebots steht unseren Kunden seit 1996 der Telefonservice „apodialog“ zur Verfügung. Obgleich wir die Öffnungszeiten an die tatsächlichen Nutzungszeiten angepasst und damit die Nachtstunden ausgeklammert haben, wurden in allen Bereichen Zuwächse erzielt. Ende 2003 nahmen mehr als 56.000 Kunden die Möglichkeit wahr, einen Ansprechpartner für Fragen und Aufträge „Rund um das laufende Konto“ zu haben, der

auch für die Anlage und Disposition von Termineinlagen sowie für die verschiedenen Sparformen und Sparprogramme zur Verfügung steht. Außerdem ist „apodialog“ in das Service-Angebot „apobrokerage“ eingebunden, so dass unsere Kunden nicht nur via PC-Banking mit der Software StarMoney, sondern auch telefonisch Wertpapieraufträge für die

deutschen Börsen erteilen können. Nach wie vor schließt der „apodialog-Service“ die Bestellannahme von Reiseschecks und ausländischen Banknoten ein, die den Kunden kurzfristig per Kurier zugestellt werden. Für Fragen und Probleme beim PC-Banking erfüllt „apodialog“ zudem die im vergangenen Jahr 38.780-mal gefragte Funktion als „Hotline“. Von den 382.740 eingehenden Anrufen zum Telefon-Banking wurden 292.600 innerhalb von 30 Sekunden angenommen. Die in diesem Zusammenhang zum Ziel gesetzte Quote von 70 % wurde damit deutlich übertroffen.



Banking via Internet wird immer beliebter. Wie selbstverständlich nutzen Bankkunden inzwischen den PC für die Kontenabfragen, Überweisungen und Wertpapieraufträge. Wir ermöglichen unseren Kunden seit Jahren die elektronische Abwicklung von Bankgeschäften – online direkt via Internet oder komfortabler mit der gesondert für die Bank entwickelten Spezialversion der erfolgreichen Software „StarMoney“. Das Engagement zahlt sich aus: Mit mehr als

100.000 PC-Banking-Kunden konnte unser Haus die Zahl der Online-Nutzer in acht Jahren mehr als verzehnfachen. Da PC-Banking nicht nur einfach, sondern vor allem auch sicher sein soll, empfehlen wir den Heilberufstätigen den Online-Dienst unserer Tochtergesellschaft DGN Service GmbH. Die auf Arzt, Apotheker und Zahnarzt zugeschnittenen Internet-Lösungen D/G/N, aponet Professional und DZN gewährleisten durch umfassende Schutzkonzepte – wie zum Beispiel Virenschutzprogramme oder Firewall – professionelles Arbeiten in sicherer Umgebung.

**dgnservice**

*Kommunikation  
mit unseren Kunden*

Neben der Verbreiterung unserer Angebotspalette als Partner der Heilberufe ist uns die weitere Verbesserung der Servicequalität ein unvermindert wichtiges Anliegen. Mit dieser Aufgabe haben wir seit einigen Jahren die Abteilung Kundenkommunikation betraut, die sich diesem Vorhaben mit zwei Schwerpunkten widmet: Im Rahmen des Qualitätsmanagements werden systematisch Anregungen und Verbesserungsvorschläge der Kunden ausgewertet, um im Interesse der Servicequalität und der Kundenzufriedenheit mögliche Schwachstellen zu erkennen und Verbesserungspotenziale konsequent zu nutzen. Unter dem Aspekt des Beschwerdemanagements setzt sich die Abteilung Kundenkommunikation intensiv dafür ein, die zwischen unserem Haus und einzelnen Kunden aufgetretenen Probleme zu lösen, Missverständnisse zu klären und das gute Verhältnis zwischen den Kunden und der Bank wieder herzustellen.





## Neue Beratungskonzeptionen

*Paradigmenwechsel  
in der GKV* Das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Modernisierungsgesetz – GMG), das im Zentrum der gesundheitspolitischen Diskussion des Jahres 2003 stand, bringt im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung einen Paradigmenwechsel. Als neues Organisations- und Wettbewerbselement im Bereich der ambulanten Versorgung wurden die medizinischen Versorgungszentren eingeführt. Ihnen soll eine besondere Rolle bei der Etablierung von Verträgen zur integrierten Versorgung zukommen, deren Durchführung eine sektorübergreifende Kooperation verschiedener medizinischer Leistungserbringer zum Ziel hat. Durch den Gesetzgeber wurden sowohl juristische und verfahrenstechnische Hemmnisse beseitigt als auch ökonomische Anreize in Aussicht gestellt, um die Chancen zur Umsetzung der integrierten Versorgung zu erhöhen.

*Innovative  
Kooperationsformen* Wir gehen davon aus, dass eine zunehmende Zahl von Ärzten, Zahnärzten und Apothekern die Möglichkeiten innovativer Versorgungs- und Kooperationsformen wahrnehmen wird. Um die Chancen dieser räumlich konzentrierten Kooperationen zu nutzen und gleichzeitig Risiken zu minimieren, bietet unsere Bank ihren Kunden in den Bereichen Finanzierung, Consulting, Coaching und E-Health umfangreiche Unterstützungsleistungen an. Als Bank der Heilberufe und als Partner der Heilberufe sehen wir es als originäre Aufgabe an, die zukünftigen Entwicklungen und Standards im heilberuflichen Umfeld zu antizipieren und begleitend mitzugestalten.

*Unterstützung  
durch apokom und  
PMG*

So impliziert zum Beispiel die Finanzierung bzw. das Consulting und Coaching innovativer Versorgungsstrukturen neue und zugleich komplexe Zielfindungs-, Entscheidungs- und Realisierungsprozesse, die mit tradierten Verfahrensweisen und Instrumenten nicht verwirklicht werden können. Dabei können wir unter anderem auf die langjährige Erfahrung unserer 100-prozentigen Tochtergesellschaft „apokom Kooperations- und Organisations-Management GmbH“ sowie auf die Beteiligung an der Praxismanagementgesellschaft AG zurückgreifen.



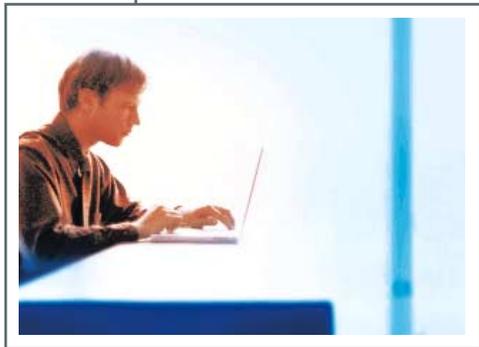
Bei der Beratung durch die „apokom“ wird besonderer Wert auf die konzeptionelle Betreuung von Kooperationsstrukturen gelegt, um größtmögliche Synergiepotenziale zu realisieren. Neben der Erschließung jener Möglichkeiten, die sich durch die gesetzliche Krankenversicherung ergeben, steht insbesondere die betriebswirtschaftliche Ergebnisentwicklung im Fokus der apokom-Aktivitäten. apokom konnte im Berichtsjahr die Positionierung als innovativer Consultant in einem sich verändernden Umfeld weiter ausbauen. Als besonders vorteilhaft hat sich die Konzeption erwiesen, das Beratungsangebot bereits bei ersten Kooperationsüberlegungen der Heilberufsangehörigen einzubeziehen.

*Marktführender  
Provider*

Auch bei E-Health-Aktivitäten nimmt unser Haus schon seit Jahren eine Vorreiterrolle ein. Auf diese Weise wurde unsere Tochtergesellschaft DGN Service GmbH im Heilberufssektor zum marktführenden Provider für sichere Kommunikation im Gesundheitswesen. Im Hinblick auf den weiteren Anstieg der Nutzer-Zahlen bei den heilberufsspezifischen Intranets D/G/N (für Ärzte), aponet Professional (für Apotheker) und DZN (für Zahnärzte) kann das Unternehmen auf eine erfolgreiche Entwicklung zurückblicken.

*Neue Tochter  
Medisign*

Gemeinsam mit den PVS/Die Privatärztlichen Verrechnungs-Stellen wurde in 2004 die Medisign GmbH gegründet. Im Rahmen dieses Joint Ventures wurde eine eigene Public-Key-Infrastruktur etabliert, die kooperierenden



Heilberufsangehörigen neben einer sicheren elektronischen Authentifizierung und Kommunikation weitere Zusatzfunktionen auf der medesignCard bietet. So können beispielsweise mit dieser Karte die bisher für verschiedene Konten jeweils schriftlich ausgehändigten Listen mit Transaktionsnummern (TAN) bedarfsgerecht generiert werden. Mit der medesignCard kommt eine innovative Technologie mit eigenem Trust-Center zum Einsatz, die sowohl kompatibel zu aktuellen als auch offen für zukünftige E-Health-Standards ist.

*Netz-Manager  
durch  
Netzakademie*

Die Entwicklungen in der Vergangenheit, aber auch die aktuell sich bietenden neuen Kooperationsformen machen deutlich, dass für diese komplexen Zusammenschlüsse ein professionelles Management erforderlich ist, das von den initiiierenden Heilberufsangehörigen in der Regel nicht geleistet werden kann. Um das in diesem Zusammenhang erforderliche fachliche Wissen gezielt zu vermitteln, wurde auf Initiative der Bundesärztekammer, der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und unserer Bank im Jahr 2000 die „Netzakademie – Management für Versorgungsstrukturen im Gesundheitswesen e. V.“ gegründet. In einem berufsbegleitenden Studium, das 14 Präsenzwochenenden sowie umfangreiche webbasierte Fernstudientexte umfasst, wird den studierenden Praktikern aus Medizin, Pharmazie oder auch anderen Bereichen des Gesundheitswesens das erforderliche Wissen an Betriebswirtschaft, Recht und Organisationslehre vermittelt. Inzwischen haben mehr als 70 Studenten das Studium in vier verschiedenen Studiengängen erfolgreich mit dem Abschlusszertifikat „Netz-Manager (Gesundheit)“ abgeschlossen. Aufgrund der ständigen Nachfrage werden zurzeit weitere Studiengänge für das laufende Jahr vorbereitet.





<p><i>apoconsult entwickelt neue Finanztools</i></p>	<p>Die freiberufliche Tätigkeit des Heilberufsangehörigen erfordert zunehmend die Auseinandersetzung mit betriebswirtschaftlichen Fragestellungen. Unsere Tochtergesellschaft APO Consult GmbH, kurz: apoconsult, hat deshalb eine Reihe von „Finanztools“ entwickelt, die interessierten Ärzten über die Internetplattform des D/G/N zur Verfügung stehen. Dieses Serviceangebot wird demnächst auch Zahnärzten über das DZN und Apothekern über aponet Professional zugänglich sein. Diese Finanztools ermöglichen es, mit einfachen Rechenschritten Antworten zu finden auf Fragen wie „Was leistet meine Praxis?“, „Wie viel Praxiseinnahmen benötige ich zum Leben?“ oder „Lohnt sich die Geräteinvestition?“. Mit einem weiteren Tool lassen sich die Auswirkungen von Honorarveränderungen auf das verfügbare Einkommen berechnen, und für Praxisabgeber steht das Tool „Was ist meine Praxis wert?“ zur Verfügung.</p>
<p><i>Abgabe-Datei intensiv genutzt</i></p>	<p>Für den Praxisabgeber bietet die APO-Bank-Praxisabgabe-Datei eine bundesweite Plattform, einen geeigneten Nachfolger zu finden. Die Nutzung dieser Datei ist sowohl für den abgebenden als auch für den übernehmenden Arzt oder Zahnarzt kostenlos. Im Berichtsjahr wurde diese Datei mit 250 „Abgabe-Praxen“ in das bankinterne Intranet eingestellt. Im Beratungsgespräch wird auf diese Weise eine komfortable Suche nach der geeigneten Praxis ermöglicht.</p>
<p><i>Kooperationen im Aufwind</i></p>	<p>Dieser Service erlangt besondere Bedeutung vor dem Hintergrund, dass sich der Trend zur Übernahme einer Praxis weiter verstärkt. Unsere Analyse des Investitionsverhaltens bei der Praxisgründung im Jahr 2003 zeigt, dass in Westdeutschland inzwischen rund 85 % aller durch uns vorgenommenen Praxisfinanzierungen entweder der Übernahme einer Praxis oder dem Eintritt in eine bestehende Praxis gelten. In Ostdeutschland lag dieser Wert bei 75 %.</p>

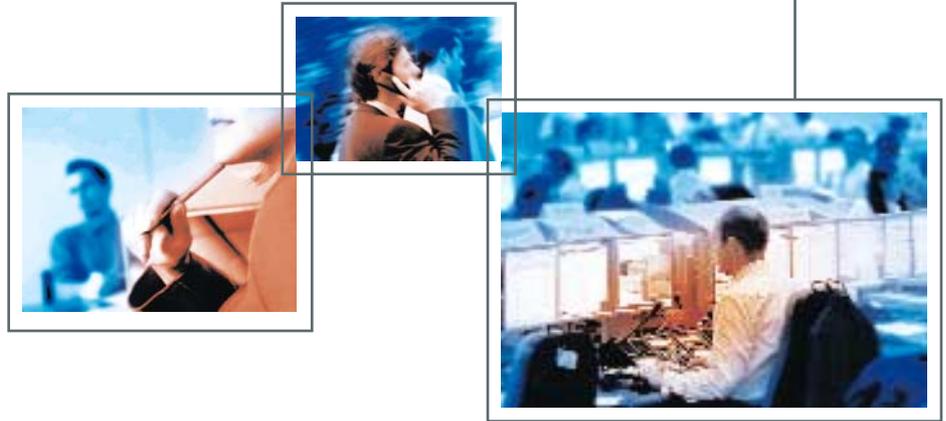


*Research im  
Heilberufssektor*

Entsprechend unserer Geschäftsphilosophie, die Heilberufsangehörigen in ihrem unternehmerischen Handeln und Denken zu unterstützen, wurde darüber hinaus im Berichtsjahr das betriebswirtschaftliche Research im Heilberufssektor weiter verstärkt und eine Vielzahl von Maßnahmen realisiert, um betriebswirtschaftliches Grundwissen im Rahmen der Individualberatung vermitteln zu können. So stehen den Kundenberatern über das Intranet der Bank eine den gesamten Bereich der Gesundheitsökonomie umfassende Datenbank sowie aktuelle Informationen über die Entwicklung im Gesundheitswesen zur Verfügung.

*Steigendes  
Interesse  
an Seminaren*

An den von unserer Tochtergesellschaft apoconsult in Zusammenarbeit mit den ärztlichen und zahnärztlichen Standesorganisationen im Jahr 2003 durchgeführten 140 Fortbildungsveranstaltungen nahmen rund 6.300 Heilberufsangehörige teil. Neben den Seminaren zum Thema „Die erfolgreiche Praxisabgabe“ bzw. „Praxen mit Gewinn verkaufen“ konnte eine sehr starke Nachfrage nach den Seminaren zum Thema „IGeL-Leistungen – Erschließung neuer Einnahmequellen“ und „Selbstzahlerleistungen richtig gemacht“ verzeichnet werden. Stark besuchte Seminare zu den Themen „Professionelle Praxisführung“, „Qualitätsmanagement“ sowie „Kommunikationspartner Arzt/Zahnarzt“ zeigen, dass die Heilberufsangehörigen aufgrund der Veränderungen im Gesundheitswesen sich verstärkt der Optimierung der Praxisführung widmen. Nach wie vor liegt aufgrund der unverändert angespannten wirtschaftlichen Situation im Heilberufssektor ein besonderer Schwerpunkt des Seminar-Angebots im Bereich der betriebswirtschaftlich- und liquiditätsorientierten Themen. Die sehr positive Resonanz auf Seminare für Steuerberater war Anlass, diese Veranstaltungsreihe auch 2003 wieder anzubieten. Im Fokus standen dabei Inhalte und Auswirkungen des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes (GMG 2004). Mit dieser Informationsvermittlung unterstützt die Bank die Steuerberater wirkungsvoll bei der Betreuung ihrer Heilberufsklientel.



## Investmentgeschäft

*Börsen im  
Jahresverlauf  
erholt*

Bestimmender Faktor für die Kapitalmärkte war im Jahr 2003 der Irak-Krieg. Eine Woche vor Beginn der Kampfhandlungen erreichten die weltweiten Aktienmärkte den Tiefpunkt einer bis dahin nur in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts erlebten Talfahrt. Sorgen um Terror und Krieg, aber auch um Deflation und Depression bestimmten die ersten drei Monate des Berichtsjahrs. Schon im zweiten Quartal, vor allem jedoch im weiteren Verlauf des Jahres, vermehrten sich die Anzeichen, dass sich die Weltwirtschaft, getrieben von der expansiven Fiskal- und Geldpolitik der USA, auf dem Weg der Gesundung befand. Diese Erkenntnis erwies sich als Treibsatz für die Weltaktienbörsen, die sich bis zum Jahresende eindrucksvoll erholten. So gewann der DAX von seinen Tiefständen 80 %, der Dow Jones Industrial Index 39 % und der EuroStoxx Aktienindex 50 %. Der Rentenmarkt bestätigte das Vorurteil, ein Spiegelbild der Aktienmärkte zu sein. Bis Mitte März wurden immer neue Renditetiefstände erreicht, die jedoch bis zum Jahresende um einiges wieder ausgeglichen wurden.

*Asset Management-  
Strategie erfolgreich*

Die im Jahr 2001 begonnene neue Ausrichtung der Asset Management-Strategie unserer Bank und die dahinter stehende Wertpapier-Strategie erwies sich trotz der nach wie vor schwierigen Börsensituation als erfolgreich. Dazu hat die neue Betreuungskonzeption sowohl im Privatkundenbereich als auch bei institutionellen Anlegern beigetragen. Durch eine optimierte Aufbauorganisation, erweiterte personelle Kapazitäten und verstärkten Ausbau der IT-Infrastruktur konnten die Anforderungen an die Dienstleistungsqualität im Asset Management deutlich besser erfüllt werden. Der Erfolg dieser Maßnahmen kommt in einer Steigerung des Provisionsergebnisses im Wertpapierbereich um knapp 16,7 % auf 46,9 Millionen Euro zum Ausdruck.

- Provisionszuwachs im Wertpapiergeschäft* Die strategische Positionierung der Bank im Wertpapiergeschäft zeigt auch im Vergleich mit den Wettbewerbern deutliche Erfolge. Speziell im Privatkundenbereich wurde ein Provisionszuwachs von 25 % erzielt. Schwerpunkt des Absatzes waren offene Immobilien- und Wertpapierfonds, aber auch verstärkt Zertifikate, durch die besondere Wünsche unserer Kunden, wie zum Beispiel Wertsicherung des eingesetzten Kapitals, berücksichtigt werden konnten.
- Positive Entwicklung bei geschlossenen Fonds* Trotz der verhaltenen Konjunktorentwicklung und erneuter steuerlicher Diskussionen konnte 2003 der Absatz von geschlossenen Fonds auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden. Ein gewisser Schwerpunkt lag dabei im Bereich ausländischer Immobilienbeteiligungen. Aber auch bei den inländischen Immobilienfonds konnten Umsatzsteigerungen erzielt werden. Die Verlagerung in unserem Angebot auf sicherheits- und renditeorientierte Investitionsobjekte hat sich somit als richtig erwiesen. Diese Entwicklung wird auch vom Gesamtmarkt bestätigt und darf für die kommenden Jahre als richtungsweisend gelten.
- Vermögensverwaltung gefragt* Auch unsere Vermögensverwaltung kann auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2003 zurückblicken. Sowohl das betreute Depotvolumen als auch die Anzahl der Mandate konnten deutlich ausgeweitet werden. In dem von starken Kursausschlägen geprägten Börsenjahr wurden in den Strategieportfolios attraktive Renditen erzielt. Die in den letzten Jahren zunehmende Schwankungsintensität der Märkte, verbunden mit steilen und kurzfristigen Auf- und Abschwungphasen, hat viele Anleger verunsichert. Deshalb suchen vermögende Privatkunden des Hauses zunehmend den Rat der Vermögensverwaltung. Mit Blick auf die jeweiligen Bedürfnisse wird hier das Portfolio individuell zugeschnitten. Angesichts niedriger Kapitalmarktzinsen und beweglicher Börsen stehen Werterhalt und langfristige Optimierung dabei im Fokus.



*Service für  
institutionelle  
Kunden*

Der stark negative Einfluss geopolitischer Faktoren auf die Entwicklung der Kapitalmärkte und eine hohe Beanspruchung der Risikoaktiva der von uns betreuten institutionellen Kunden führte auch in dieser Berichtsperiode zu einem verstärkten Investment in den vermeintlich sicheren Hafen der Rentenanlage. Der Fokus der neuen Engagements lag wiederum auf den so genannten „strukturierten Rentenprodukten“. Durch zielgerichtete Steuerung des Cashflows und den Einsatz von Kündigungsoptionen konnte der Zinsertrag dieser Anleihen gegenüber dem vergleichsweise niedrigen aktuellen Kapitalmarktzinsniveau temporär aufgebessert werden.

*Risikoadjustierte  
Anlagestruktur*

Unser Angebot, die Entscheidungsträger in den Versorgungswerken bei der Optimierung der strategischen Asset Allocation zu unterstützen, traf weiterhin auf viel Interesse. Neben der regelmäßigen Bewertung aller Anlagensegmente und der jeweiligen Darstellung der Reservepositionen wird im Rahmen dieser Serviceleistung die gemeinsame Erarbeitung einer risikoadjustierten Anlagestruktur vorgenommen. Dieses Geschäft wurde personell im Hinblick auf finanzmathematischen Sachverstand und technisch mit Blick auf die Optimierung der eingesetzten Beratungssoftware wesentlich ausgebaut.

*Neue Masterfonds-  
mandate*

Darüber hinaus konnten weitere Masterfondsmandate gewonnen werden. Das Volumen der Spezialfonds im Rahmen unserer Depotbankfunktion hat sich dadurch weiter erhöht. Besonders vorteilhaft ist es für unsere institutionellen Anleger, wenn sie unserem Haus die Depotbankfunktion sowohl für Masterfonds als auch für die Direktanlage übertragen, weil dadurch Voraussetzungen für die strategische Asset-Allocation-Beratung durch unsere Wertpapierfachleute geschaffen werden.

**apoasset**

*Flexibel und  
spezialisiert:  
apoasset*

Unsere auf die Beratung von Spezial- und Publikumsfonds sowie das Portfolio Management spezialisierte Tochtergesellschaft Apo Asset Management GmbH, kurz: apoasset, hat ihre Geschäftstätigkeit und ihr Ergebnis insgesamt weiter steigern können. Das Konzept, sich als kleine,



flexible Gesellschaft auf nur wenige hochspezialisierte Produkte zu konzentrieren, ist dabei durch eine Reihe von Spitzenplatzierungen in seiner Richtigkeit bestätigt worden.

*Erfreuliche  
Entwicklung  
bei Dachfonds*

Eine erneut erfreuliche Entwicklung ist bei den APO-Dachfonds zu verzeichnen. Ihre Wertentwicklung profitierte sowohl von der rigorosen Auswahl der Zielfonds als auch von einer sehr frühzeitigen Konzentration auf wesentliche Trends in den Aktien- und Rentenmärkten. Auf der Aktienseite ist neben der guten Performance des „APO Trend Selekt“ auf die weiterhin überzeugende Entwicklung des von apoasset konzipierten und gesteuerten Generika-Zertifikats hinzuweisen. Dieses Produkt, in dem auch die besondere Kompetenz der APO-Bank-Gruppe für Themen des Gesundheitsmarktes zum Ausdruck kommt, findet inzwischen weit über den Kundenkreis unseres Instituts hinaus Anklang. Zudem gelang es apoasset, dieses Konzept auch auf den Spezialfondsbereich für institutionelle Anleger zu übertragen.

*APO Rendite Plus  
mit guten  
Ergebnissen*

Bei den Rentenfonds waren sowohl im institutionellen Bereich als auch beim vollständig in Unternehmensanleihen investierenden Publikumsfonds „APO Rendite Plus“ gute Ergebnisse und insgesamt deutliche Volumenzuwächse zu verzeichnen. Das Konzept des „APO Rendite Plus“ wurde dabei im Herbst nach Abschluss des ersten vollständigen Fondsgeschäftsjahres durch eine Ausschüttung von 6,7 % nachdrücklich bestätigt. Eine weiterhin erfreuliche Entwicklung nahm auch der von apoasset betreute Geldmarktfonds.

*Technische  
Kommunikation  
verbessert*

Im Hinblick auf die anhaltende Popularität des Master-KAG- und Masterdepotbank-Konzepts hat apoasset darüber hinaus durch die Einführung des Kommunikationsstandards S.W.I.F.T. die technischen Voraussetzungen für einen effizienten Nachrichtenaustausch mit einer wachsenden Zahl von Kapitalanlagegesellschaften und Depotbanken geschaffen.



*aik kontinuierlich  
positiv*

Unsere Tochtergesellschaft APO Immobilien-Kapitalanlagegesellschaft mbH (aik), die sich auf das Immobilien-Investmentgeschäft und auf die professionelle Immobilien-Vermögensverwaltung für Versorgungswerke der Freien Berufe konzentriert, kann seit Aufnahme ihrer Geschäftstätigkeit Anfang 1999 auf eine kontinuierlich positive Entwicklung zurückblicken. Im Durchschnitt wurde pro Jahr mindestens ein neuer Immobilien-Spezialfonds aufgelegt und das verwaltete Immobilienvermögen um jeweils 75 % ausgeweitet. Das vergangene Geschäftsjahr war mit einer Erhöhung des betreuten Immobilienvermögens um 78 % über dem Vorjahreswert besonders erfolgreich. Das insgesamt verwaltete Immobilienvermögen erreichte damit 670 Millionen Euro.



*Akquisitionserfolge  
im In- und Ausland* Im Berichtsjahr wurde das neue Fondskonzept des „Gemeinschaftsfonds“ erfolgreich umgesetzt. Damit bietet die aik auch kleineren und mittleren Versorgungswerken die Möglichkeit, sich an einem nationalen und internationalen Immobilien-Portfolio zu beteiligen und die Vorteile des Spezialfonds für institutionelle Investoren zu nutzen. Für den ersten Gemeinschaftsfonds der aik haben sich sieben Versorgungswerke unterschiedlicher Berufsstände und Bundesländer entschieden. Zusätzlich zu den bereits betreuten Fonds wurde ein weiterer „Individualfonds“ für ein zahnärztliches Versorgungswerk aufgelegt. Insgesamt werden in sieben Immobilien-Spezialfonds derzeit 13 berufsständische Versorgungswerke von der aik betreut.

*Beachtliche  
Gesamt-  
performance* Trotz der weiterhin schwierigen Marktsituation im Berichtsjahr wurden auch in der Immobilienverwaltung wieder beachtliche Vermietungsleistungen erreicht. Insgesamt konnten 89 neue Mietverträge über rund 15.000 m<sup>2</sup> Mietfläche und einem jährlichen Mietvolumen von 2,1 Mil-



lionen Euro abgeschlossen werden. Die Gesamtleistung aller von der Bank akquirierten Objekte lag im Berichtsjahr bei beachtlichen 6,87 %.

Die Emissionstätigkeit unserer Bank am internationalen Kapitalmarkt verstärkte sich entsprechend der Ausweitung des Kreditgeschäfts. Im Berichtsjahr wurden 2,26 Milliarden Euro langfristige Emissionen bei internationalen Investoren platziert.

Deren Kreis haben wir dabei mit europäischem Schwerpunkt kontinuierlich ausgeweitet. Zum Ende des Berichtsjahr belief sich das ausstehende Volumen des „European Medium Term Note-Program“ auf 4,7 Milliarden Euro.

*Platzierungen  
auch bei privaten  
Kunden*

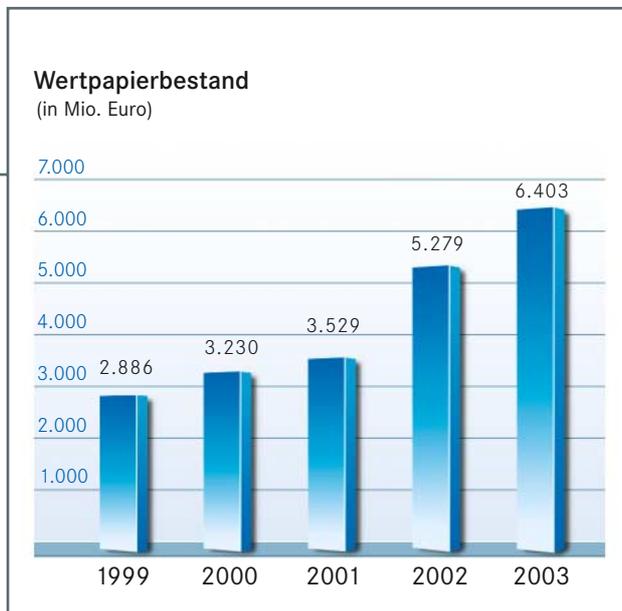
Platzierungen bei privaten Kunden in der Größenordnung von einer Milliarde Euro runden die Angebotspalette im Anlagespektrum ab. Bei einem etwa gleich bleibenden stabilen Volumen entsprechen die verschiedenen Laufzeiten den Interessen der Kunden. Die erstmalige Emission einer stillen Beteiligung wird im Abschnitt Eigenkapital behandelt.

*Commercial  
Paper-Program*

Durch die Erweiterung unseres Emissionsspektrums um das „European Commercial Paper-Program“ im kürzerfristigen Bereich stellen wir die jederzeitige Liquidität zu attraktiven Zinssätzen sicher. Als weiterer Vorteil ist ein höheres Maß an Flexibilität für die Liquiditätssteuerung zu nennen.



*Wertpapierbestand aufgestockt* Zur zinskongruenten Anlage freier variabler Liquidität wurde der Wertpapierbestand der Bank um 1,12 Milliarden auf 6,40 Milliarden Euro aufgestockt. Die Steuerung der Liquiditätsreserve erfolgte unter strikter Beachtung des eng gefassten Sicherheitsgedankens. Alle Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.





## Bankbetrieb

*Entwicklung und  
Umsetzung  
strategischer  
Projekte*

Neben der Abwicklung von Marktfolgeaufgaben waren die für den Bankbetrieb unseres Hauses relevanten Bereiche in hohem Maß in die Entwicklung und Umsetzung strategischer Projekte eingebunden. Dabei standen einerseits Maßnahmen zur Stärkung des Vertriebs im Vordergrund; andererseits galten die Anstrengungen der Effizienzsteigerung interner Prozesse. Die Planungen standen unter dem generellen Ziel, auf eine Verbesserung der Ertragssituation bei restriktivem Kostenanstieg hinzuwirken. Darüber hinaus musste neben der Weiterentwicklung der Gesamtbanksteuerung eine Reihe von Projekten zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben realisiert werden.

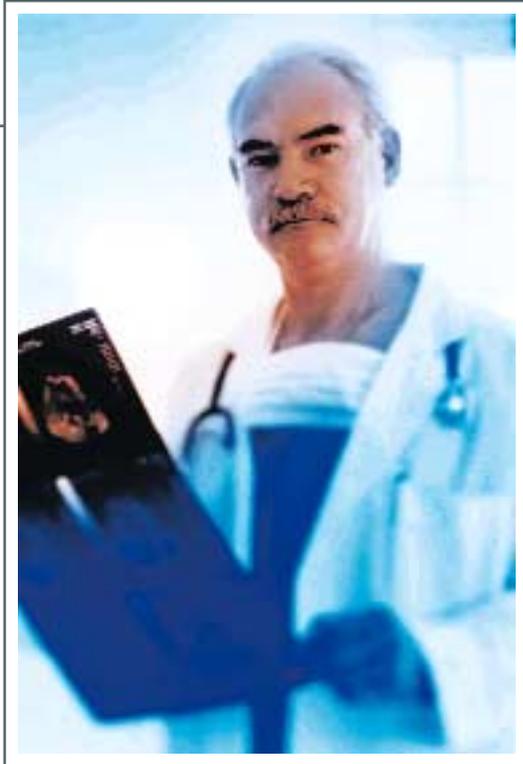
*Handelsabwicklung  
mit noch mehr  
Service*

In der Handelsabwicklung wurden im Berichtsjahr die Serviceleistungen im Bereich der Asset-Management-Mandate von Versorgungswerken ausgebaut. So konnte ein Controlling-Prozess aufgesetzt werden, der sicherstellt, dass die Kapitalanlagen gemäß § 54 des Versicherungsaufsichtsgesetzes sowie entsprechend der Anlageverordnung erfolgen und darüber hinaus auch kundenspezifische Anforderungen und Vorgaben täglich überwacht werden. In diesem Zusammenhang wurde ein modernes Softwareprogramm installiert, das auch vielen zukünftigen Anforderungen gerecht wird.



*Formulare werden  
kundenfreundlicher*

Darüber hinaus wurden weitere Formulare des Wertpapiergeschäfts im Sinne einer kundenfreundlichen Darstellung überarbeitet. Hier sind insbesondere die Anschreiben zu Kapitalmaßnahmen zu nennen sowie der Jahresdepotauszug. Im laufenden Jahr sind die Wertpapierabrechnung und



die Ertragsabrechnung hinzugekommen. Die oft sehr kurzfristig vom Gesetzgeber erlassenen Änderungen im Bereich des Einkommensteuerrechts sowie des Investmentrechts wurden termingerecht umgesetzt.

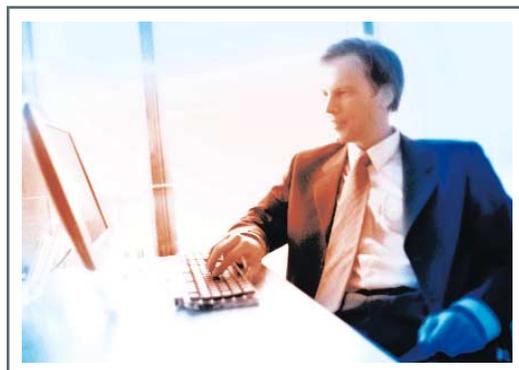
Die im Jahr 2000 erarbeitete Strategie für die Informatik- und Organisationsentwicklung der Bank stellte die Planungsgrundlage für strategische Projekte dar. Mit Ablauf des Jahres 2003 wurde das Ziel der „Strategie-Roadmap“ erreicht. Im Berichtsjahr standen Projekte, die der Prozessoptimierung und der Vertriebsunterstützung dienen, im Fokus. Wesentlichen Anteil an der Optimierung haben neu bzw. weiterentwickelte Komponenten unter der Bezeichnung „EKK Plus“ und „APO Office Plus“. Sie dienen der automatisierten Prozessunterstützung für

die Kreditbearbeitung. Sowohl das Neugeschäft als auch die aktive Kundenbetreuung werden dadurch erleichtert und Kapazitätsreserven zur Bewältigung weiterer Anforderungen durch zukünftige neue Kunden geschaffen.

„apoworkplace“

Die wichtigsten DV-Systeme der Bank wurden unter der einheitlichen Präsentations- und Navigationsoberfläche „apoworkplace“ zusammengefasst, so dass die vielfältigen DV-Systeme ohne technische Spezialkenntnisse bedient werden können. Eine besondere Herausforderung lag darin, 2.000 Mitar-

beiter taggenau auf die Einführung neuer Verfahren und den Umgang damit vorzubereiten. Daneben wurde ein unternehmensweites, einheitliches Passwort-Anmeldeverfahren eingeführt. Es ermöglicht den Mitarbeitern den komfortablen Einstieg in die Anwendungen, die zur täglichen Arbeit benötigt werden.



*Komfortable  
WP-Plattform*

Ebenso wurden umfangreiche Modernisierungen und Verbesserungen in den Wertpapiersystemen vorgenommen, um die Qualität der Beratung und Abwicklung weiter zu verbessern. Schwerpunkte betrafen auch hier die Oberfläche, Bedienerführung und vereinfachte Zugriffe auf Informationen zur Ordererfassung, Orderbuch und Kundenbestand. Ergänzend wurde das Dispositionsverfahren angepasst.

*Modernste Technik  
im Neubau*

Im Verlaufe des Berichtsjahres wurde der Neubau der Hauptverwaltung mit modernster technischer Infrastruktur ausgestattet. Damit unterstützt die IT der Bank die Leitsätze der Unternehmenskultur. Unter anderem wurde eine innovative Raumsteuerung eingeführt, die die vollständige Licht- und Klimasteuerung vom Arbeitsplatz aus am PC ermöglicht.

*Leistungsfähiges  
Gebäude-  
management*

Durch Einsatz einer Gebäudemanagement-Software wurden im Jahr 2003 die Weichen für ein leistungsfähiges Gebäudemanagement gestellt. Diese Software beinhaltet verschiedene Bausteine wie Flächenmanagement, Inventarisierung, Umzugsmanagement, Instandhaltung und Weiteres mehr. Parallel dazu haben wir eine bundesweite Ausschreibung des technischen

und infrastrukturellen Gebäudemanagements durchgeführt, um die Dienstleistungen zu bündeln und die Kosten zu minimieren. Die Umsetzung der daraus resultierenden Projekte ist für das zweite Quartal 2004 geplant.

*Modernisierung  
der Filialen*

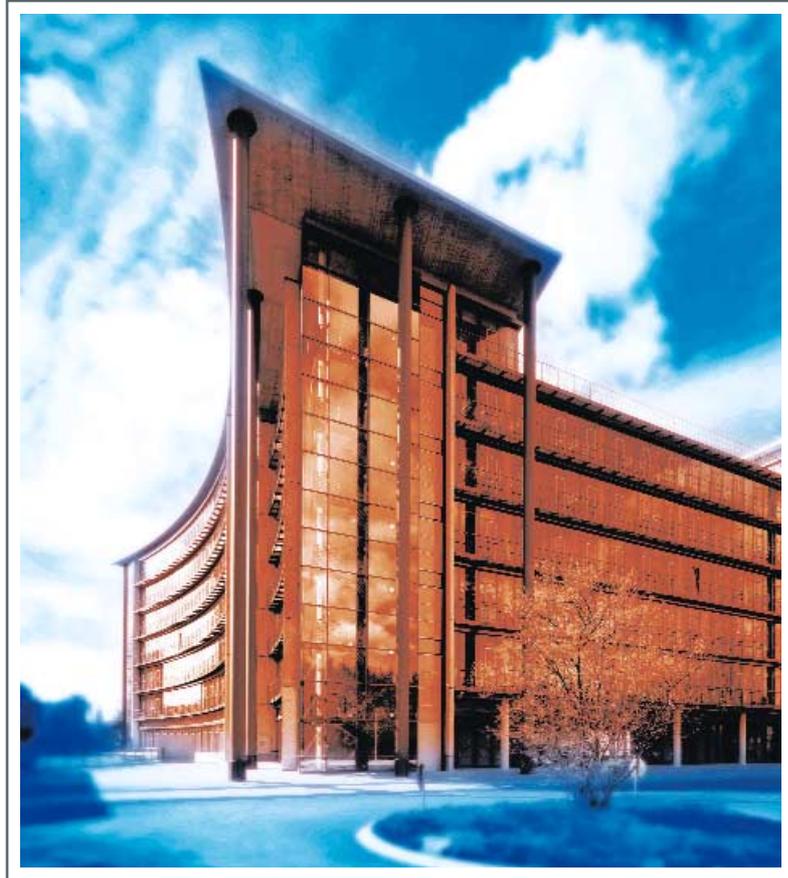
Bei den Modernisierungsmaßnahmen in den Filialen haben wir im Jahr 2003 den Fokus insbesondere auf erforderliche und werterhaltende Instandhaltungsmaßnahmen gelegt. In unserer Filiale Osnabrück wurde eine umfangreiche Modernisierung der Kassenhalle sowie der Beratungs- und Büroräume vorgenommen. Für das Regionale Kreditsekretariat (RKS) Süd in München haben wir zusätzliche Flächen angemietet, um den erhöhten Anforderungen an das Kreditgeschäft personell und sachlich Rechnung tragen zu können.

*Hamburg und Essen  
in neuem Domizil*

Für unsere Filiale in Hamburg wurden moderne und zweckdienliche Büroräume in unmittelbarer Nähe des bisherigen Standortes angemietet und ausgebaut. Das neue Domizil konnte im Februar dieses Jahres bezogen werden. Für unsere Filiale Essen wurde ein neuer Standort im Weststadt Carrée gefunden. Mit dem Ausbau der angemieteten Flächen ist begonnen worden; der Einzug in die neuen Räume ist für das zweite Quartal 2004 geplant. In Ingolstadt und Ulm wurden – wie erwähnt – neue Außenstellen eingerichtet, um so die Kunden in dieser Region noch besser betreuen zu können.

*Hauptverwaltung  
im neuen Haus*

Nach einer Bauzeit von weniger als zwei Jahren konnte der Neubau der Hauptverwaltung in Düsseldorf bezogen werden. Die gesamte Hauptverwaltung inklusive des Regionalen Kreditsekretariats West Düsseldorf wurde Mitte Februar 2004 einschließlich der IT- und Telefon-Infrastruktur, Akten und diversem Inventar in die neuen Räume verlagert. An allen Arbeitsplätzen konnte am Montag, dem 16. Februar 2004, morgens der Betrieb wieder aufgenommen werden, obwohl an den bisherigen Standorten teil-



weise noch bis Freitagabend gearbeitet wurde. Mit dem inzwischen zeitversetzt erfolgten Umzug des RKS Dortmund und des RKS Köln ist seit Anfang März 2004 das gesamte RKS West im Neubau zusammengefasst. Die Tochtergesellschaften aik, apoasset und DGN Service sind inzwischen ebenfalls in das neue Haus gezogen bzw. ziehen im zweiten Halbjahr 2004 ein.

*Kombi-Büros  
erleichtern  
Kommunikation*

Die im Neubau realisierte Bürokonzeption des Kombi-Büros mit transparenten Flurtrennwänden wurde konsequent vom Erdgeschoss bis zum sechsten Obergeschoss umgesetzt. Nach der ersten Umstellungsphase werden bereits die Vorteile dieser „offenen“ Büroform genutzt, die ins-

besondere in einer Stärkung der Kommunikation liegen. Sowohl im Raum- als auch im Gebäudebereichslayout wurde berücksichtigt, dass ungestörte Tätigkeiten ebenso möglich sind wie gemeinsame Abteilungsaufgaben.

*Sonderflächen  
gern genutzt*

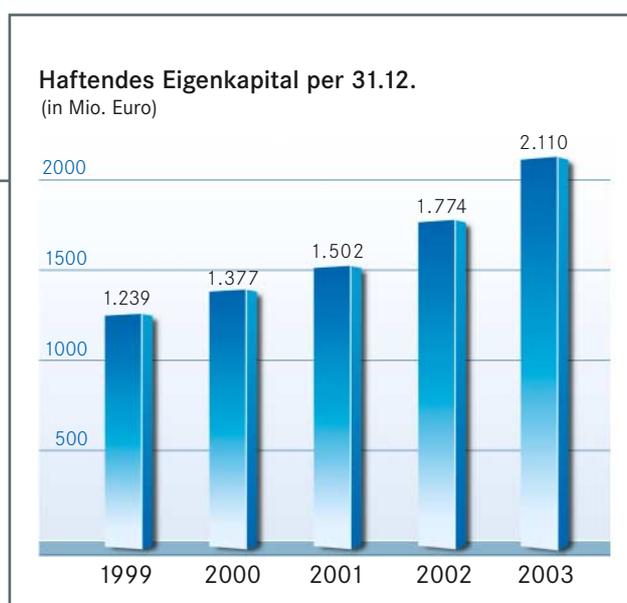
Neben den Büroflächen konnten auch die Sonderflächen des Neubaus von Mitte Februar an voll genutzt werden. Dazu zählen das neue Casino für die Mitarbeiter, der Tagungs- und Konferenzbereich, die Serviceflächen im ersten Untergeschoss inklusive der zentralen Archive und die multifunktionale Halle.





## Eigenkapital

*Eigenkapital* Mit Blick auf internationale Standards haben wir die Eigenkapitalquote, *beträchtlich erhöht* insbesondere die Kernkapitalquote, trotz des erfreulich starken Aktivgeschäfts weiter ausweiten können. Dies wurde mit einem Strauß von Maßnahmen erreicht, zu denen neben einer dynamischen Ausweitung der Geschäftsguthaben und der Stärkung des Eigenkapitals aus eigenen Mitteln auch die Begebung einer stillen Beteiligung zählte.



Unterstützt durch eine sehr erfolgreiche Werbekampagne hat unsere Bank im Berichtsjahr mehr als 6.000 neue Mitglieder gewinnen können. Per saldo erhöhte sich die Zahl der Mitglieder um 3.798 auf 97.432. Mit dem Beitritt neuer Mitglieder und der Zeichnung weiterer Geschäftsanteile durch die bisherigen Anteilseigner der Bank erhöhten sich die Geschäftsguthaben um 149,2 Millionen Euro. Damit standen der Bank zum 31. Dezember 2003 Geschäftsguthaben der verblei-

benden Mitglieder in Höhe von 645 Millionen Euro zur Verfügung. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass die Zeichnung von Mitgliedsanteilen sicherlich auch in der attraktiven Rendite für die Mitglieder unserer Bank begründet ist. Wir gehen aber auch davon aus, dass die steigenden Zahlen der Mitglieder und der Geschäftsanteile ein nachhaltiges Vertrauen der Heilberufsangehörigen in die Sicherheit und die weitere prosperierende Entwicklung ihres standeseigenen Instituts erkennen lassen.

*Stille Beteiligung  
begeben* Im Zuge der angestrebten Erhöhung des Kernkapitals haben wir nach Genehmigung durch die Vertreterversammlung im Juni 2003 erstmals und als erste genossenschaftliche Primärbank eine stille Beteiligung in Höhe von 150 Millionen Euro begeben. Neben der Platzierung am internationalen Kapitalmarkt wurde ein Großteil der Emission von den uns verbundenen berufsständischen Versorgungswerken aufgenommen. Die Nachfrage überstieg in kürzester Zeit das Emissionsvolumen, was auch die Attraktivität der Bank aus Investorensicht widerspiegelt.

*Haftendes  
Eigenkapital  
über 2 Mrd. Euro* Unabhängig von dem Eigenkapitalzuwachs durch neue Mitglieder und der Zeichnung weiterer Geschäftsanteile durch die bisherigen Anteilseigner stärkt die Bank ihre Kapitalbasis in angemessenem und erforderlichem Umfang aus selbst erwirtschafteten Mitteln. Aufsichtsrat und Vorstand werden der Vertreterversammlung vorschlagen, aus dem Bilanzgewinn in Höhe von 71,62 Millionen Euro den offenen Rücklagen 37 Millionen Euro zuzuführen und eine vergleichsweise hohe Dividende von 6 % auszuschütten. Damit werden der Bank nach Umsetzung der Vorschläge zur Rücklagendotierung und Ausschüttung der Dividende 2,16 Milliarden Euro als haftendes Eigenkapital zur Verfügung stehen.

#### Gewinnverwendung

	€
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>71.622.500,18</b>
Gesetzliche Rücklagen	18.500.000,00
Andere Rücklagen	18.500.000,00
6 % Dividende	34.586.051,61
Vortrag auf neue Rechnung	36.448,57



## Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

### *Neue*

### *Strukturprojekte*

Im Jahr 2003 haben wir zwei groß angelegte Strukturprojekte begonnen mit dem Ziel, administrative Aufgaben aus den Filialen in unsere Beteiligungsgesellschaft APO Data-Service GmbH (apodata) zu verlagern. Die durch diese Verlagerung frei werdenden personellen Kapazitäten werden dann vertriebsnah eingesetzt. Wir haben zu diesem Zweck die neue Funktion „Teamassistentin/Teamassistent“ geschaffen. Die Konzeption sieht vor, dass künftig jedem Kundenberaterteam ein Assistent zur Seite steht, der von den Kundenberatern Aufgaben übernimmt, Termine vor- und Gespräche nachbereitet. Gleichzeitig soll so sichergestellt werden, dass in jedem Team ein Ansprechpartner für unsere Kunden stets erreichbar ist.

### *100 neue Stellen*

### *für Teamassistenten*

Insgesamt wurden rund 100 Stellen für Teamassistenten ausgeschrieben. Aufgrund der seit Jahren bestehenden intensiven Personalentwicklung ist es gelungen, rund 95 % dieser Stellen durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank zu besetzen. Die Tatsache, dass sich die Investition in die Weiterentwicklung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nun auszahlt, bestätigt uns, dass die in den vergangenen Jahren weit angelegten und breit durchgeführten Personalentwicklungsmaßnahmen erfolgreich waren. Da durch die Verlagerung von Aufgaben auf die apodata Stellen entfielen, haben wir zusätzlich zu den beschriebenen Versetzungen mit einigen Mitarbeitern sozialverträgliche Lösungen zur Aufhebung des Arbeitsverhältnisses oder zur frühzeitigen Pensionierung vereinbart. Durch diese einvernehmlichen Regelungen war es möglich, entsprechend den vorher getroffenen Vereinbarungen mit dem Gesamtbetriebsrat auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten.



*Interne*

*Kommunikation  
verbessert*

In einer Mitarbeiterumfrage war im Jahr 2001 die Verbesserung der Kommunikation in der gesamten Bank als anstehendes Thema identifiziert worden. Wir haben deshalb in der Gesamtbank eine Kommunikations-offensive gestartet und im Rahmen dieser Maßnahmen zunächst alle Führungskräfte in den Fragen moderner Kommunikation geschult. Im Anschluss daran wurden die übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Form von „Inhouse-Schulungen“ mit diesem Thema vertraut gemacht. Wir haben damit verdeutlicht, dass für eine gute Kommunikation alle Mitarbeiter sowie alle Führungskräfte gemeinsam verantwortlich sind und ihrerseits dazu beitragen müssen, die Kommunikation nachhaltig zu verbessern. Im Anschluss daran haben wir für die Bank so genannte Besprechungsstandards definiert, die in Zukunft bankeinheitlich bei Besprechungen, Meetings und Projektsitzungen angewendet werden. Auch diese Maßnahmen wurden aus den Erkenntnissen der Mitarbeiterumfrage abgeleitet und konsequent umgesetzt.

*Systematische  
Nachwuchs-  
förderung*

Zielgerichtete Managemententwicklung und Nachwuchsförderung sind entscheidende Faktoren einer zukunftsorientierten Unternehmensentwicklung. Die Bank nutzt dafür ein zielgruppenspezifisches Programm, mit dem sie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter systematisch in weiterführende Funktionen entwickelt. Ziel ist es, zukünftig vakant werdende leitende Positionen aus den eigenen Reihen besetzen zu können.

*Neue Maßnahmen*

Im Führungskreis I (Nachwuchsförderkreis) wird frühzeitig das Potenzial junger Nachwuchskräfte in einem Assessment-Center herausgearbeitet. Diese Mitarbeiter werden dann mit Hilfe eines strukturierten Entwicklungsplans langfristig auf ihre zukünftigen Führungsaufgaben vorbereitet. Aufgrund der sehr positiven Erfahrungen mit dieser Vorgehensweise entwickelt die Bank zurzeit einen Führungskreis II. Hintergrund ist der Anspruch, zukünftige Vakanzen auch auf Dezernats-, Bereichs-, und Regionalleitenebene mit Bewerbern aus dem eigenen Haus besetzen zu können. Darüber hinaus soll das Potenzial schon jetzt besonders erfolgreicher

Führungskräfte weiterentwickelt werden, um so zur Stabilisierung der derzeitigen Funktion beizutragen. Themen für eine weitergehende systematische Entwicklung sind u. a. allgemeines Management und strategisches Management.

*Personalaufwand  
weiter gestiegen*

Der Personalaufwand wurde im Berichtsjahr um 8,8% auf 142,2 Millionen Euro ausgeweitet. Der Anstieg der Personalkosten ist schwerpunktmäßig in Tariferhöhungen sowie Neueinstellungen bzw. personellen Verstärkung in den Bereichen der Hauptverwaltung begründet. Ausschlaggebend für diese Neueinstellungen waren gesetzliche Erfordernisse, beispielsweise aus den „Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft“, „Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften“ und „Basel II“. Zusätzlich zu den Kostensteigerungen aufgrund personeller Maßnahmen ist ein erheblicher Teil auf die Bildung von Rückstellungen für Altersteilzeit zurückzuführen, die den Mitarbeitern im Jahr 2003 erstmals angeboten wurden. Die Zahl unserer Mitarbeiter hat sich 2003 um knapp 2% auf 1.914 erhöht.



## Risikobericht

*Risikomanagement als Kernkompetenz* Risiken im Bankgeschäft sind immanent. Das Management von Kredit-, Markt- und operationellen Risiken stellt uns zunehmend vor Herausforderungen, denen wir durch ständig weiterentwickelte Ansätze im Risikomanagement begegnen. Wir haben uns diesen Herausforderungen gestellt und das Risikomanagement im Berichtsjahr als Kernkompetenz weiterentwickelt, um auch zukünftig mit den eingegangenen Risiken verantwortungs- und ergebnisbewusst umzugehen.

*Risikotragfähigkeit* Basis unseres Risikomanagements ist die kontinuierliche Identifikation, Messung und Überwachung aller Risiken aus den Geschäftsaktivitäten der Bank. Der Vorstand hat eine gesamtbankbezogene Verlustobergrenze festgelegt, die die potenziellen Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken und operationalen Risiken einbezieht und an der Risikotragfähigkeit in Abhängigkeit von der Ertragslage der Bank orientiert ist. Eigenkapitalpositionen oder stille Reserven der Bank gehen hierbei nicht in die Berechnung der Risikotragfähigkeit ein.

Die Bank war im Berichtsjahr zu jeder Zeit in der Lage, alle so berechneten potenziellen Risiken zu tragen und den Dividendenanspruch der Mitglieder einschließlich der hierauf entfallenden Steuern zu erfüllen.

*Basel II Zielsetzung* Ziel der neuen Baseler Eigenkapitalvereinbarung ist die Sicherung der Stabilität des Bankensystems und eine risikosensitiver ausgerichtete Bankenaufsicht. Bereits in den Vorjahren wurde ein umfangreiches bankweites Projekt zur Umsetzung der voraussichtlichen Regelungen der neuen Baseler Eigenkapitalvereinbarung begonnen, das regelmäßig an einen – auch vorstandsseitig besetzten – Lenkungsausschuss berichtet. Die Bank strebt die Umsetzung des auf internen Ratings basierenden Ansatzes (IRB-Ansatz) an. Unser Ziel ist es, neben der weiteren Verbesserung der Risikomanagement- und Risikocontrollingfunktionalitäten die

Eigenkapitalbelastung für die Bank zu optimieren. Proberechnungen, auch im Rahmen unserer Teilnahme an den von der Bankenaufsicht durchgeführten Quantitative Impact Studies (QIS), bestätigen diese Erwartungen.

*Umsetzungs-  
projekte*

Das Basel-II-Projekt gliedert sich in sechs Teilprojekte. Im Teilprojekt „APO-Rate“ konnten die vorhandenen Rating-Verfahren weiter ergänzt werden, so dass seit Ende 2003 für den Großteil der Kunden im Retail-Portfolio bereits ein internes Rating-Verfahren eingesetzt werden kann. Im Berichtsjahr durchgeführte Analysen bestätigen die gute Trennschärfe und Schätzgenauigkeit der Ausfallwahrscheinlichkeit der internen Rating-Verfahren. Wir gehen daher von ihrer Eignung für den Basel-II-IRB-Ansatz aus. In einem weiteren Teilprojekt wurden die Verfahren zur Schätzung der für den internen Ratingansatz relevanten Parameter (Ausfallwahrscheinlichkeit, Verlust bei Ausfall etc.) entwickelt, DV-technisch angebunden und bereits mathematisch-statistisch überprüft. Das Teilprojekt „Operationelles Risiko“ konzentriert sich auf die Erstellung einer Verlustdatenbank, in der die „Operationelles-Risiko-Fälle“ systematisch erfasst und ausgewertet werden können. Ein weiteres Teilprojekt befasst sich mit der Entwicklung eines neuen, für Basel II notwendigen Datenhaushalts. Die Überprüfung und gegebenenfalls Bereinigung des bisherigen Datenhaushalts, entsprechend den Basel-II-Anforderungen, erfolgt im Teilprojekt „Datenbereinigung“. Das Teilprojekt „Säule II und III“ stellt sicher, dass die über die Mindesteigenkapitalanforderungen hinausgehenden Baseler Vorgaben bezüglich aufsichtsrechtlichem Überprüfungsverfahren und Markttransparenz erfüllt werden.

*Mindestanfor-  
derungen an das  
Kreditgeschäft*

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat mit den „Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft“ (MaK) Mindeststandards für das Kreditgeschäft entwickelt. Sie geben die Rahmenbedingungen für die Aufbau- und Ablauforganisation aller Kreditinstitute vor. Die bereits bestehenden Qualitätsstandards „Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften“ (MaH) und „Mindestanforderungen an die Ausgestaltung der Internen Revision“ (MaIR) werden durch die MaK für das Kreditgeschäft ergänzt.

Kernelemente der MaK sind die Funktionstrennung zwischen Markt und Marktfolge, mit der Zielsetzung, unter Risikogesichtspunkten ausgewogene Kreditentscheidungen zu treffen. Es werden Anforderungen an die Kreditprozesse gestellt, die eine risikogerechte und effiziente Ablauforganisation zur Folge haben. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Identifizierung, Steuerung und Überwachung der Risiken im Einzelfall und portfoliobezogen. Für die Umsetzung der MaK werden im Rahmen eines Projektes alle Vorbereitungen und organisatorischen Maßnahmen zur planmäßigen Einführung dieser gesetzlichen Regelung zum 30. Juni 2004 beziehungsweise 30. Dezember 2005 (IT-Anforderungen) getroffen.

Die Funktionstrennung zwischen Markt und Marktfolge wurde bereits durch die Einführung der Regionalen Kreditsekretariate beginnend mit dem Jahr 1996 für das Kreditgeschäft mit den Heilberufsangehörigen weitgehend umgesetzt. Für die sonstigen Bereiche des Kreditgeschäftes wie zum Beispiel Firmenkunden, Kontrahenten des Handels und Emittenten des Liquiditätsanlagebestandes oder Beteiligungen wurde die MaK-konforme Aufbau- und Ablauforganisation konzipiert und wird termingerecht umgesetzt.

In der im Februar 2004 vom Vorstand verabschiedeten „Kreditrisikostrategie der Deutschen Apotheker- und Ärztebank“ wurden die allgemeinen Grundsätze der Kreditrisikobeurteilung und -begrenzung, die Risiko-leitlinien und die Grundsätze zur Beurteilung von Produktrisiken zusammengefasst und für alle Mitarbeiter der Bank und ihrer mehrheitlichen Beteiligungsgesellschaften verbindlich festgelegt. Dieses MaK-konforme strategische Positionspapier macht die Grundlagen und „Leitplanken“ für die Geschäftstätigkeit der Bank für alle Mitarbeiter transparent. Wir versprechen uns hiervon einen erheblichen Nutzen für die Bank.

*Organisation* Risikomanagement bezeichnet die Identifizierung, Messung, Kontrolle und  
*Risikomanagement* Steuerung der eingegangenen Risiken. Hierzu werden moderne Prozesse sowie geeignete mathematisch-statistische Verfahren und Methoden zur permanenten Quantifizierung dieser Risiken eingesetzt. Nicht nur um Interessenkonflikten vorzubeugen, sondern auch aufgrund der Komplexität der Aufgabe und der auch aufsichtsrechtlich geforderten Transparenz haben wir verschiedene Organisationseinheiten mit diesen Aufgaben betraut: Die Verabschiedung der Kreditrisikostategie der Bank und die Durchsetzung der Risiko-Leitlinien für alle Risiko-Arten obliegt dem Vorstand. Die Steuerung der Markt- und Liquiditätsrisiken übernimmt das Dezernat „Unternehmensplanung/Treasury“ auf Grundlage der vom Vorstand verabschiedeten Rahmenbedingungen. Der Bereich „Zentrales Kreditsekretariat“ trägt die Verantwortung für die Steuerung des gesamten Adressenausfallrisikos.

*Organisation* Die Verantwortung für die Risiko-Messung und das Risiko-Reporting sowie  
*Risiko-Controlling* die Qualitätssicherung der Risiko-Daten obliegt für alle Risiko-Arten dem „Risiko-Controlling“. Das Risiko-Controlling ist Teil des Bereiches Controlling, der dem Vorstand unabhängig von risikotragenden Unternehmensbereichen unterstellt ist. Zu den Aufgaben dieses Bereiches gehören neben der Implementierung der verschiedenen Methoden zur Risiko-Messung die Datenbereitstellung und die laufende Risiko-Messung einschließlich der Überprüfung der Verlässlichkeit der gewählten Modelle. Eine weitere wesentliche Aufgabe besteht in der Entwicklung und Bereitstellung eines regelmäßigen Berichtssystems, das Analysen der eingegangenen Risiken für alle Managementebenen liefert.

Die Interne Revision unterzieht die am Risikomanagementprozess beteiligten Organisationseinheiten, die vereinbarten Prozesse, Systeme und Einzelrisiken einer regelmäßigen, intensiven Prüfung.

Als Überwachungsorgane werden der Aufsichtsrat sowie dessen Prüfungs-, Kredit- und Risikoausschuss regelmäßig über die aktuelle Risikolage sowie Maßnahmen zur Risiko-Steuerung und -Begrenzung unterrichtet und in wesentliche Entscheidungen mit eingebunden. Dies geschieht seit 2004 auch durch den vierteljährlichen Risikobericht gemäß der MaK.

*Risiken*  
*Adressen-*  
*ausfallarten*

Unter Adressenausfallrisiko werden die möglichen Verluste verstanden, die sich durch den teilweisen oder vollständigen Ausfall eines Kreditnehmers oder Vertragspartners ergeben können. Dabei wird unterschieden zwischen Kreditnehmern („klassisches“ Kreditrisiko), Geschäftspartnern im Handels- und Treasury-Geschäft (Kontrahentenrisiko) oder Emittenten von Wertpapieren (Emittentenrisiko). In jedem Bereich wird das Adressenausfallrisiko über Einzel- und Portfoliobegrenzungen limitiert und überwacht. Hierbei werden sowohl das Einzelrisiko als auch das Konzernengagement sowie wirtschaftliche Risikoverbünde berücksichtigt.

Volumina in Mio. Euro inkl. Eventualverbindlichkeiten zum 31.12.2003

	Forderungen an Privatkunden/ Filialgeschäft	Forderungen an Organisationen und Großkunden	Forderungen aus Finanz- instrumenten	Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	Gesamtsumme
Kreditlinien	18.853	1.507	23.556	61	43.977
davon Inanspruch- nahmen	16.260	1.270	8.933	61	26.524

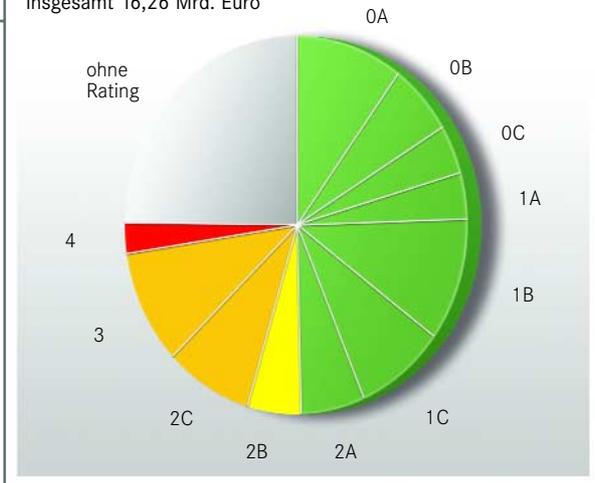
*Kreditrisiken*

Im Bereich „Zentrales Kreditsekretariat“ werden die Risiken aus dem Kreditgeschäft mit Kunden überwacht. Die Steuerung der Adressenausfallrisiken erfolgt über die sechs zugeordneten Regionalen Kreditsekretariate und im Zusammenwirken mit den Filialen. Die von den Filialen vorgeprüften und mit einem Marktvotum ergänzten Kreditanträge der Kunden werden in den Regionalen Kreditsekretariaten bearbeitet und mit dem Votum der Marktfolge versehen. Auf der Grundlage kundenindividuell erstellter Kapitaltragfähigkeitsberechnungen, welche die bisher erbrachten bzw. prognostizierten Einkommenszahlen sowie die Verschuldung des Kunden einbeziehen, wird unter Hinzuziehung weiterer Parameter geprüft, ob der Investitionswunsch des Kunden wirtschaftlich nachhaltig tragbar erscheint. Bei dieser Prüfung ist die langjährige Erfahrung im Bereich der Heilberufe eine unabdingbare Voraussetzung, um zu einem ausgewogenen Krediturteil zu kommen. Die abschließende Entscheidung wird – abhängig vom Rating und der Größenklasse – in einer Gemeinschaftskompetenz von Markt und Marktfolge getroffen.

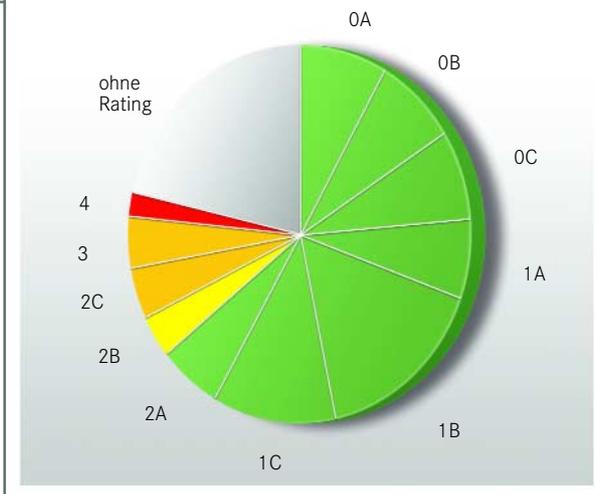
Zur Entscheidungsunterstützung wurde in den vergangenen Jahren eine DV-basierte Bonitäts-Prüfung entwickelt, die auf Basis historischer Daten und unter Einbeziehung quantitativer Modelle, die das Expertenwissen der Bank widerspiegeln, die Ausfallwahrscheinlichkeiten der Kunden ermittelt. Im Rahmen des Basel II-Projekts wurde die Bonitäts-Prüfung zu einem internen Rating weiterentwickelt. Am Ende des Jahres 2003 wurden zu den bereits eingesetzten Rating-Verfahren weitere hinzugenommen, so dass mit Ausnahme von wenigen Kreditnehmern für alle Retail-Kunden der Bank ein Rating-Verfahren verwendet wird.

Die dargestellten Grafiken zeigen die Ratingklassenverteilungen im Privatkunden-/Filialgeschäft-Portfolio auf Basis der Kreditinanspruchnahmen bzw. der Kreditnehmeranzahl zum Ende des Jahres 2003.

**Volumenverteilung** (in Mio. €)  
Kreditanspruchnahmen Privatkunden-/Filiengeschäft  
insgesamt 16,26 Mrd. Euro



**Kreditnehmerverteilung**  
Kreditnehmer im Privatkunden-/Filiengeschäft insgesamt 104.000



Rating- klasse	Bedeutung
0A	Bonitätsmäßig <b>einwandfreie</b> Engagements ohne Risikofaktoren (Normalkredit)
0B	
0C	
1A	Bonitätsmäßig <b>gute</b> Engagements mit einzelnen Risikofaktoren (Normalkredit)
1B	
1C	
2A	Engagements mit <b>geringen</b> Risiken (Normalkredit)
2B	Engagements mit <b>erhöhten</b> Risiken (Intensivkredit)
2C	<b>Risikobehaftete</b> Engagements (Problemkredit)
3	<b>Erhöht risikobehaftete</b> Engagements (Problemkredit)
4	<b>ausgefallen</b> (Definition Basel II) - Engagements mit einer Überziehung von über 90 Tagen - ausfallbedrohte Engagements, für die bereits im Vorjahr eine EWB gebildet wurde oder EWB-Vormerkung im laufenden Jahr (Problemkredit) - ausfallbedrohte Engagements, ohne laufendes Einkommen

*Kontrahenten-/  
Emittentenrisiken* Bei dem Ausfallrisiko von Kontrahenten und Emittenten handelt es sich um alle Adressenausfallrisiken, die nicht unter das Kunden-Kreditgeschäft und Beteiligungen fallen. Diese Risiken werden bisher im „Risiko-Controlling“ zentral limitiert und kontrolliert. Die Steuerung der Ausfallrisiken erfolgt basierend auf der Beurteilung externer Rating-Agenturen und der aktuellen wirtschaftlichen Daten der Unternehmen. Das Risikoprofil des Portfolios mit Adressenausfallrisiken von 8.933 Mio. Euro (zum 31.12.2003) lag bis auf eine Position in Höhe von 15 Mio. Euro im Investment-Grade-Bereich. Diese Position wurde zwischenzeitlich vollständig zurückgeführt.

Ab Juli 2004 werden auch diese Risiken mit einem MaK-gerechten Prozess der Einzelfallentscheidung und Risikobeurteilung behandelt. Das marktunabhängige Risikomanagement wird der Bereich „Zentrales Kreditsekretariat“ übernehmen.

*Portfoliosteuerung  
der Kreditrisiken* Im Rahmen des Basel II-Projekts entwickeln wir weitere fortgeschrittene und speziell auf die Bank zugeschnittene Methoden, um das Kreditrisiko auf Portfolioebene zu analysieren und zu steuern. Für ausgewählte Portfolios wird das Kreditrisiko-Portfoliomodell Credit-Metrics zurzeit als Steuerungsinstrument eingeführt. Die bereits eingesetzten quantitativen Verfahren und Methoden helfen, Risiko-Konzentrationen zu erkennen und gegebenenfalls abzubauen. Durch die begonnene Einführung der fortgeschrittenen Methoden werden diese Steuerungsinstrumente weiter verbessert. Im „Risiko-Controlling“ befasst sich die Gruppe „Kreditrisiko-Controlling“ speziell mit der Weiterentwicklung der Methoden zur Steuerung der Kreditrisiken auf Portfolioebene und den fortgeschrittenen Anforderungen aus Basel II.

*Marktpreisrisiken* Unter Marktpreisrisiko verstehen wir den potenziellen Verlust, der durch die Veränderung von Zinsen, Aktienkursen, Wechselkursen, Preisen und durch Volatilitäten an den Märkten für unsere Anlage-Positionen entstehen kann. Wir haben sichergestellt, dass Handelsgeschäfte nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregelungen getätigt werden. Nur durch einen Einführungsprozess zugelassene Produkte dürfen gehandelt werden. Art, Umfang und Risiko-Potenzial der Geschäfte wird durch ein bankinternes Limit-System begrenzt. Dieses wird fortlaufend überwacht und weiterentwickelt. Bei der Festlegung der Limite wurde die bankindividuelle Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Das Dezernat „Unternehmensplanung/Treasury“ ist für die Steuerung der zinsfesten und zinsvariablen Geschäfte auf der Gesamtbankebene verantwortlich. Zu diesem Zweck werden auf der Basis und unter Annahme verschiedener Zins-Szenarien mit Hilfe entsprechender Treasury-Software umfangreiche DV-gestützte Simulationsrechnungen aufgestellt, um die Auswirkungen der Marktrisiken darzustellen, zu analysieren und geeignete Hedge-Maßnahmen mittels Einsatz von Finanzinstrumenten zur Beherrschung und Eingrenzung der Marktpreisrisiken zu treffen.

*Risikoüberwachung der Adressenausfall- und Marktpreisrisiken* Die Überwachung der Adressenausfall- und Marktpreisrisiken haben wir durch geeignete Verfahren sichergestellt. Die betroffenen Fachbereiche sind darüber hinaus sowohl personell als auch fachlich weiter verstärkt worden, um den aktuellen Anforderungen voll zu entsprechen.

Die Limite werden auf Basis von Sensitivitäten bezogen auf das Risikopotenzial oder als Volumenslimite vorgegeben. Die gesetzten Grenzen für Marktpreis- und Adressenausfallrisiken (Kontrahenten und Emittenten) wurden im Berichtsjahr jederzeit eingehalten.

**Stichtagsbetrachtung der Limit-Ausnutzung 2003** (Maximum jeweils 100 %)

	31.03.2003	30.06.2003	30.09.2003	31.12.2003
<b>Marktpreisrisiken</b>				
<b>Währungsrisiken</b>				
- Devisen/Sorten/Edelmetalle	67,20 %	62,13 %	24,18 %	34,48 %
<b>Zinsänderungsrisiken</b>				
- Geldhandel	11,83 %	36,99 %	35,28 %	7,42 %
- Liquiditätsreserve	59,81 %	60,52 %	61,19 %	56,04 %
<b>Adressenausfallrisiken</b>				
Emittentenrisiko verbrieft	59,00 %	61,32 %	67,12 %	71,17 %
Kreditrisiko unverbrieft	34,95 %	40,88 %	35,71 %	29,92 %
Wiedereindeckungsrisiko	39,41 %	43,67 %	45,96 %	46,73 %
Abwicklungsrisiko	22,68 %	55,85 %	40,48 %	37,36 %

*Länderrisiken* Länderrisiken sind für die Bank von untergeordneter Bedeutung und werden ungesichert nur für Länder der EU und für die USA eingegangen.

*Liquiditätsrisiken* Das Liquiditätsrisiko stellt das Risiko dar, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht zeitgerecht bzw. nicht umfassend nachkommen zu können. Das Dezernat „Unternehmensplanung/Treasury“ ist für die Steuerung des Liquiditätsrisikos verantwortlich. Wesentliche Instrumente zur Steuerung des Liquiditätsrisikos stellen das European Medium Term Note-Program und das Commercial Paper-Program dar. Die Liquiditätsreserve der Bank wurde wie in den Vorjahren deutlich ausgebaut. Hierbei wurde durch eine gleichzeitige Diversifikation das Kreditrisiko im Portfolio optimiert.

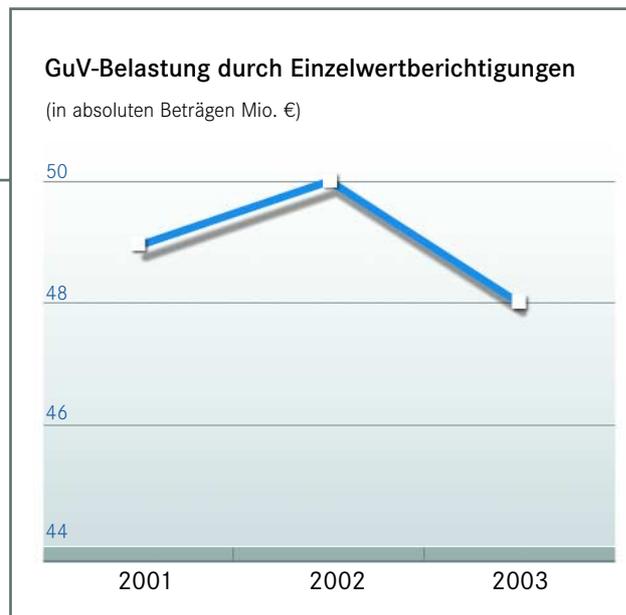
*Operationelle Risiken* Unter operationellen Risiken verstehen wir die Gefahr von Verlusten, die infolge des Versagens oder der Unangemessenheit von internen Prozessen, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse eintreten. Die im Rahmen des Projekts Basel II begonnene Einführung eines neuen Steuerungsinstrumentariums für operationelle Risiken wurde weitergeführt. Das Risiko-Controlling koordiniert den Gesamtprozess durch das

Zusammenführen der in den Geschäftsbereichen aufgetretenen Schadensfälle in einer zentralen Schadensfalldatenbank.

*Beteiligungsrisiken* Aufgrund der Bedeutung der strategischen Beteiligungen für die Unterstützung der Kerngeschäfte der Bank wurde das Beteiligungs-Management ausgebaut. Die verantwortlichen Fachbereiche und der Beteiligungsausschuss begleiten die Entwicklung der Beteiligungen fortlaufend und berichteten an den Vorstand. Der Aufsichtsrat und dessen Wirtschafts- und Finanzausschuss werden über die Entwicklung der Beteiligungen regelmäßig informiert und in Entscheidungen mit einbezogen.

*Risikovorsorge und besondere* Wie auch in den vergangenen Jahren hat die Bank zum 31. Dezember 2003 eine ausreichende Risikovorsorge für alle Kreditrisiken getroffen.

*Risikoentwicklungen* Die dargestellte Grafik zeigt die Entwicklung der GuV-Belastung durch Einzelwertberichtigungen seit 2001:



Im Berichtsjahr haben sich ansonsten keine besonderen Risikoentwicklungen im Kredit- oder Beteiligungsportfolio der Bank ergeben. Trotz unverminderten Wachstums konnte der Risikoaufwand durch ein konsequent verstärktes Risikomanagement stabil gehalten werden.

Nach dem Bilanzstichtag haben sich keine wesentlichen zusätzlichen Risiken ergeben. Für das Geschäftsjahr 2004 erwarten wir ebenfalls einen stabilen Verlauf des Risikoaufwands im Kreditportfolio.

## Rating

Die Deutsche Apotheker- und Ärztebank stellt sich seit 1998 respektive seit 1999 regelmäßig einer kritischen Bestandsaufnahme und Bonitätsbewertung durch die renommierten und weltweit anerkannten Rating-Agenturen Moody's und Standard & Poor's. Entgegen dem in der jüngeren Vergangenheit vorherrschenden allgemeinen Trend in der deutschen Kreditwirtschaft wurde das bisherige Langfrist-Rating der APO-Bank von „A2“ (Moody's) respektive „A-“ (Standard & Poor's) von beiden Rating-Agenturen im 4. Quartal 2003 erneut bestätigt – und zwar jeweils mit einem stabilen Ausblick.

Wesentliche Gründe für diese konstant gute Bonitätsbeurteilung sind die stabilen finanzwirtschaftlichen Fundamentaldaten und das gute Risikoprofil unserer Bank, die Zukunftsfähigkeit ihres fokussierten Geschäftsmodells sowie die Einbindung des Instituts in die Sicherungssysteme des deutschen Kreditgenossenschaftssektors. Die Bonitätseinschätzung der Rating-Agenturen und das Vertrauen in die langfristige Kreditwürdigkeit der Bank findet auch seinen Niederschlag in der nochmals deutlich ausgeweiteten Basis von internationalen Investoren.

## Ausblick

Vorgänge mit besonderer herausgehobener wirtschaftlicher Bedeutung haben sich nach Abschluss des Berichtsjahres nicht ergeben.

*Rentabilität und  
Eigenkapital im  
Fokus*

Unsere Anstrengungen, die Rentabilität und Kapitalbasis der Bank an internationalen Standards auszurichten, werden mit unverminderter Intensität fortgeführt. Dabei legen wir weiterhin besonderen Wert auf die Beibehaltung der guten Aktivqualität.

*Erfolgreiche  
Geschäftsent-  
wicklung auch in  
2004*

Der Erfolg dieser Geschäftspolitik wird im laufenden Jahr verstärkt sichtbar. So erwarten wir für das Geschäftsjahr 2004 erneut eine deutliche Zunahme des Zinsüberschusses. Grundlage dafür ist nach wie vor ein qualitätsorientiertes Wachstum im Kreditgeschäft sowie bei den damit verbundenen Cross-Selling-Produkten. Im Provisionsbereich gehen wir davon aus, dass wir das Vorjahresergebnis übertreffen werden. Auf der Kostenseite erwarten wir eine Steigerung, da wir für strategische Projekte im Rahmen von Zukunftsinvestitionen einen im Vergleich zum Vorjahr stärkeren Anstieg der Sachkosten eingeplant haben.

*Weitere Ergebnis-  
verbesserung*

Unter diesen Voraussetzungen, die im Einklang mit dem Ergebnis des ersten Quartals 2004 stehen, wird das geplante Teilbetriebsergebnis vor Risikovorsorge um rund 10 % höher als im Vorjahr ausfallen und damit eine Größenordnung von knapp 230 Millionen Euro erreichen.

*Aufwandsrenta-  
bilität weiter  
verbessert*

Damit einher geht erneut eine Verbesserung der Aufwandsrentabilität von 59 % im Vorjahr auf 57 % im Jahr 2004. Die Zinsspanne dürfte unvermindert stabil bleiben.

<i>Stabile Risikolage</i>	Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft wird im Jahr 2004 nach den heutigen Erkenntnissen wie in den Vorjahren eine stabile Entwicklung aufweisen. Die Kernkapitalquote wird sich in diesem Szenario trotz des starken Aktiv-Wachstums auf dem erreichten Niveau des Vorjahres bewegen, zumal wir durch eine dynamische Rücklagenzuführung dazu beitragen.
<i>Gutes Prädikat für 2004 erwartet</i>	Wenn wir das Geschäftsjahr 2003 mit dem Prädikat „mehr als zufrieden stellend“ versehen, so wird diese Benotung aus heutiger Sicht sicherlich auch für das laufende Jahr 2004 gelten können.

**Bericht des Aufsichtsrats**

Der Aufsichtsrat hat sich in Erfüllung seiner gesetzlichen und satzungsgemäßen Aufgaben vom Vorstand während des Geschäftsjahres regelmäßig über alle wesentlichen Vorgänge in den turnusmäßigen Sitzungen, in den Sitzungen des Personalausschusses, des Wirtschafts- und Finanzausschusses sowie des Kreditausschusses unterrichten lassen.

Dabei wurden grundsätzliche Fragen der Geschäftspolitik auf dem Anlage- und Kreditsektor sowie in den übrigen Dienstleistungsbereichen ebenso erörtert wie die Ertragsentwicklung und wichtige Einzelvorgänge. Besonderen Raum nahm die Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Heilberufssektor in ihren Auswirkungen auf die Bank ein. Die aufgrund gesetzlicher und satzungsgemäßer Bestimmungen zur Genehmigung vorgelegten Geschäfte wurden intensiv behandelt.

Gegenstand eingehender Beratungen waren darüber hinaus die allgemeine wirtschaftliche Lage der Heilberufsangehörigen, die in diesem Zusammenhang von der Bank konzipierten Fördermaßnahmen zur Stabilisierung der finanziellen Basis ihrer Kunden sowie die Projekte und Maßnahmen im Rahmen der Reorganisation der Bank und ihrer zukünftigen strategischen Ausrichtung.

Die PwC Deutsche Revision AG – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – hat für den Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverband e. V. die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2003 durchgeführt. Nach dem erteilten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk entsprechen sie Gesetz und Satzung. Der Aufsichtsrat hat vom Ergebnis der Prüfung zustimmend Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Jahresüberschusses geprüft, für

richtig befunden und befürwortet den Vorschlag des Vorstands zur Gewinnverwendung. Der Vorschlag entspricht den Vorschriften der Satzung.

Entsprechend dem „Mitbestimmungsgesetz 1976“ wurde im Berichtsjahr ein paritätisch besetzter Aufsichtsrat gewählt. Die konstituierende Sitzung des neu gewählten Aufsichtsrats fand am 27. Juni 2003 statt.

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die Anwendung des „Corporate Governance Kodex der Deutschen Apotheker- und Ärztebank“ beschlossen und ihn neuen Vorgaben entsprechend angepasst. Der aktuell gültige Kodex und die gemeinsame Entschänerklärung von Vorstand und Aufsichtsrat sind in diesem Geschäftsbericht wiedergegeben.

Aus dem Aufsichtsratsrat scheidet nach § 24 Abs. 8 der Satzung in diesem Jahr aus:

Dr. med. Ulrich Oesingmann

Eine Wiederwahl ist möglich.

Der Sprecher des Vorstands, Herr Diplom-Betriebswirt Werner Wimmer, scheidet nach Erreichen der Altersgrenze am 30. Juni 2004 aus dem Vorstand aus. Der Aufsichtsrat nimmt den bevorstehenden Eintritt in den Ruhestand zum Anlass, Herrn Wimmer auch an dieser Stelle für sein großes Engagement im Sinne der stetigen Weiterentwicklung unserer Bank sehr herzlich zu danken.

Insbesondere liegt dem Aufsichtsrat daran, die Leistung von Herrn Wimmer als Sprecher des Vorstands zu würdigen. Durch seinen Einfluss auf die getroffenen Entscheidungen hat er dazu beigetragen, die Bank auf die Anforderungen in einer sich wandelnden Bankenlandschaft vorzubereiten.

Er hat sich in den fast 40 Jahren seines verdienstvollen Wirkens, davon mehr als 20 Jahre in Vorstandsverantwortung, in hohem Maße um den Erfolg dieses Instituts verdient gemacht.

Düsseldorf, im Mai 2004

Der Aufsichtsrat

Dr. med. dent. Wilhelm Osing  
Vorsitzender

Corporate Governance Kodex der Deutschen Apotheker- und Ärztebank

Jährliche Entsprechenserklärung in Anlehnung an § 161 AktG

## 1. Präambel

Der Corporate Governance Kodex der Deutschen Apotheker- und Ärztebank (nachfolgend „Bank“) stellt wesentliche gesetzliche Vorschriften zur Leitung und Überwachung der Bank dar und enthält international und national anerkannte Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Er soll das Vertrauen der Kapitaleigner (Mitglieder), der Anleger, der Kunden sowie der Mitarbeiter und der Öffentlichkeit in die Leitung und Überwachung der Bank als eingetragene Kreditgenossenschaft fördern und zur Transparenz der Bank beitragen.

Der Kodex der Bank basiert auf den Empfehlungen der Regierungskommission „Deutscher Corporate Governance Kodex“. Die Bank verpflichtet sich zur Einhaltung dieses Kodex unter Wahrung der Belange des Genossenschaftsrechts, dem die Bank als eingetragene Genossenschaft Rechnung zu tragen hat.

Mit der Einführung und Veröffentlichung des Kodex übernimmt die Bank freiwillig dessen Regelungsinhalte, die von Aufsichtsrat und Vorstand gleichermaßen getragen werden.

Die Bank wird die Einhaltung des Kodex überwachen und darüber Bericht erstatten. Dessen Inhalte selbst werden regelmäßig überprüft und weiterentwickelt, um die Aktualität des Kodex auch in einem sich verändernden wirtschaftlichen Umfeld und unter sich verändernden Rahmenbedingungen dauerhaft sicherzustellen.

Der Aufsichtsrat setzt sich gemäß den gesetzlichen Bestimmungen aus Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammen. Die Arbeitnehmervertreter werden gemäß den Bestimmungen des Mitbestimmungsgesetzes und der dazu erlassenen Wahlordnung gewählt.

## 2. Mitglieder, gewählte Vertreter, Vertreterversammlung

### 2.1. Mitglieder, gewählte Vertreter

#### 2.1.1.

Die Rechte der Anteilseigner (nachfolgend „Mitglieder“) in den Angelegenheiten der Bank werden von Vertretern der Mitglieder in der Vertreterversammlung ausgeübt, solange die Mitgliederzahl 3.000 übersteigt. Die Wahl zur Vertreterversammlung findet alle 4 Jahre statt. Für eine in der Satzung festgelegte Anzahl von Mitgliedern werden ein Vertreter und ein Ersatzvertreter gewählt. Die Vertreter werden in allgemeiner, unmittelbarer, gleicher und geheimer Wahl gewählt.

#### 2.1.2.

Jedes Mitglied hat unabhängig von der Höhe seiner Beteiligung (Geschäftsguthaben) eine Stimme.

### 2.2. Vertreterversammlung

#### 2.2.1.

Der Vorstand legt der Vertreterversammlung den Jahresabschluss und den Konzernabschluss vor. Sie entscheidet über die Gewinnverwendung sowie die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat, wählt die Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat.

Darüber hinaus entscheidet die Vertreterversammlung über die Satzung und den Gegenstand der Gesellschaft, über Satzungsänderungen und über wesentliche unternehmerische Maßnahmen.

Die Bank ist gesetzlich verpflichtet, sich von dem Prüfungsverband, dem sie angehört, prüfen zu lassen. Prüfungsverband ist der Rheinisch-Westfälische Genossenschaftliche Prüfungsverband.

Der Prüfungsverband bedient sich zur Prüfung der Bank einer externen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

#### **2.2.2.**

Bei der Erhöhung des Geschäftsanteils sind alle Mitglieder zeichnungs-berechtigt.

#### **2.2.3.**

Jedes Mitglied ist berechtigt, an der Vertreterversammlung teilzunehmen. Jeder gewählte Vertreter ist außerdem berechtigt, in der Vertreterversammlung das Wort zu Gegenständen der Tagesordnung zu ergreifen und sachbezogene Fragen und Anträge zu stellen.

#### **2.2.4.**

Der Versammlungsleiter sorgt für eine zügige Abwicklung der Vertreterversammlung.

### **2.3. Einladung zur Vertreterversammlung, Stimmrechtsvertreter**

#### **2.3.1.**

Die Vertreterversammlung der Mitglieder ist vom Vorstand mindestens einmal jährlich unter Angabe der Tagesordnung einzuberufen.

Mindestens ein Zehntel der Vertreter ist berechtigt, die Einberufung einer Vertreterversammlung und die Erweiterung der Tagesordnung zu verlangen.

Der Vorstand übermittelt die vom Gesetz für die Vertreterversammlung verlangten Berichte und Unterlagen einschließlich des Geschäftsberichtes den Vertretern und veröffentlicht diese zusammen mit der Tagesordnung auf der Internetseite der Bank.

#### **2.3.2.**

Die Bank teilt allen in- und ausländischen Finanzdienstleistern, Mitgliedern und Aktionärsvereinigungen, die dies vor nicht länger als einem Jahr verlangt haben, die Einberufung der Vertreterversammlung mitsamt den Einberufungsunterlagen mit, auf Verlangen auf elektronischem Wege.

#### **2.3.3.**

Die Bank erleichtert den gewählten, stimmberechtigten Vertretern die persönliche Wahrnehmung ihrer Rechte. Sie unterstützt auch die Ersatzvertreter. Vertreter und Ersatzvertreter können satzungsmäßig nicht durch Bevollmächtigte vertreten werden und sind an Weisungen ihrer Wähler nicht gebunden.

### **3. Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat**

#### **3.1**

Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng zusammen.

#### **3.2**

Der Vorstand stimmt die strategische Ausrichtung des Unternehmens mit dem Aufsichtsrat ab und erörtert mit ihm in regelmäßigen Abständen den Stand der Strategieumsetzung.

### 3.3

Für Geschäfte von grundlegender Bedeutung legen die Satzung oder der Aufsichtsrat Zustimmungsvorbehalte zugunsten des Aufsichtsrats fest. Hierzu gehören Entscheidungen oder Maßnahmen, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage des Unternehmens grundlegend verändern.

### 3.4

Die ausreichende Informationsversorgung des Aufsichtsrats ist gemeinsame Aufgabe von Vorstand und Aufsichtsrat.

Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und des Risikomanagements. Er geht auf Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen unter Angabe von Gründen ein.

Neben den kraft Gesetzes zu erfüllenden Berichts- und Informationspflichten berichtet der Vorstand dem Aufsichtsrat regelmäßig über:

- Die Entwicklung des Geschäftsergebnisses
- Die Festlegung von Planzielen und deren Abweichungen
- Strategische Ausrichtungen und deren Umsetzung
- Die Entwicklung der wesentlichen Organisationsmaßnahmen und Projekte der Bank
- Wesentliche Entwicklungen im Beteiligungsbereich
- Die Ergebnisse der Abschlussprüfung im Beisein der Wirtschaftsprüfer

Die Berichte des Vorstands an den Aufsichtsrat erfolgen in der Regel in Textform.

Entscheidungsnotwendige Unterlagen, insbesondere der Jahresabschluss, der Konzernabschluss und der Prüfungsbericht, werden den Mitgliedern des Aufsichtsrats möglichst rechtzeitig vor der Sitzung zugeleitet.

### **3.5**

Gute Unternehmensführung setzt eine offene Diskussion zwischen Vorstand und Aufsichtsrat sowie in Vorstand und Aufsichtsrat voraus. Die umfassende Wahrung der Vertraulichkeit ist dafür von entscheidender Bedeutung.

Alle Organmitglieder stellen sicher, dass die von ihnen eingeschalteten Mitarbeiter die Verschwiegenheitspflicht in gleicher Weise einhalten.

### **3.6.**

Die Vertreter der Anteilseigner und der Arbeitnehmer bereiten die Sitzungen des Aufsichtsrates bei Bedarf in getrennten Sitzungen vor, gegebenenfalls mit Mitgliedern des Vorstands.

Der Aufsichtsrat tagt bei Bedarf und nach Beschluss ohne den Vorstand.

### **3.7**

Vorstand und Aufsichtsrat beachten die Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung. Verletzen sie die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsratsmitglieds einer Genossenschaft schuldhaft, so haften sie der Bank gegenüber auf Schadensersatz.

Die Bank hat für Vorstand und Aufsichtsrat eine D&O-Versicherung abgeschlossen.

### **3.8**

Die Gewährung von Krediten der Bank an Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats unterliegt den Vorschriften des Kreditwesengesetzes und bedarf der Zustimmung des Aufsichtsrats.

### **3.9.**

Vorstand und Aufsichtsrat berichten jährlich im Geschäftsbericht über die Corporate Governance der Bank. Hierzu gehört auch die Erläuterung eventueller Abweichungen von den Empfehlungen dieses Kodex.

## **4. Vorstand**

### **4.1 Aufgaben und Zuständigkeiten**

#### **4.1.1**

Der Vorstand leitet die Bank in eigener Verantwortung. Er ist dabei an den Zweck der Kreditgenossenschaft, der die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder und insbesondere der Heilberufsangehörigen, ihrer Organisationen und Einrichtungen beinhaltet, gebunden.

#### **4.1.2**

Der Vorstand entwickelt die strategische Ausrichtung der Bank, stimmt sie mit dem Aufsichtsrat ab und sorgt für ihre Umsetzung.

#### **4.1.3**

Der Vorstand hat für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu sorgen und wirkt auf deren Beachtung durch die Konzernunternehmen hin.

**4.1.4.**

Der Vorstand ist sich der hohen Bedeutung des Risikomanagements und Risiko-Controllings bewusst. Er stellt deshalb hieran besonders hohe Anforderungen, um die Bank gefährdende Entwicklungen frühzeitig erkennen und darauf reagieren zu können.

**4.2 Zusammensetzung und Vergütung****4.2.1.**

Der Vorstand besteht aus mehreren Personen und hat einen Sprecher. Der Vorstand unterliegt einer Geschäftsordnung, die die Zusammenarbeit im Vorstand regelt und im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat aufgestellt wird.

**4.2.2**

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder wird vom Präsidialausschuss des Aufsichtsrats unter Einbeziehung von etwaigen Konzernbezügen in angemessener Höhe auf der Grundlage einer Leistungsbeurteilung festgelegt.

Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung bilden insbesondere die Aufgaben des Vorstandsmitglieds, seine Leistung sowie die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten der Bank unter Berücksichtigung seines Vergleichsumfelds.

Das Aufsichtsratsplenium wird auf Vorschlag des Präsidialausschusses über die Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand beraten und diese regelmäßig überprüfen.

#### **4.2.3.**

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder umfasst fixe und variable Bestandteile. Die variable Vergütung enthält jährlich wiederkehrende, an den geschäftlichen Erfolg gebundene Komponenten und gegebenenfalls Sonderzahlungen und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung.

Die Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung bestehen auf Grund der Rechtsform der Bank als Genossenschaft nicht in Aktienoptionen oder vergleichbaren Gestaltungen.

Eine nachträgliche Änderung der Erfolgsziele ist ausgeschlossen.

Die Grundzüge des Vergütungssystems sowie die konkrete Ausgestaltung eines einem Aktienoptionsplan vergleichbaren Vergütungssystems wird im Geschäftsbericht bekannt gemacht werden.

#### **4.2.4.**

Die Vergütung sämtlicher Vorstandsmitglieder wird insgesamt als eine Summe im Anhang des Geschäftsberichts ausgewiesen. Der erfolgsabhängige Teil der angegebenen Gesamtvergütung wird hierbei als durchschnittlicher Prozentsatz genannt.

### **4.3 Interessenkonflikte**

#### **4.3.1**

Die Vorstandsmitglieder unterliegen während ihrer Tätigkeit für die Bank einem umfassenden Wettbewerbsverbot.

#### **4.3.2**

Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter dürfen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit weder für sich noch für andere Personen von Dritten Zuwendun-

gen oder sonstige Vorteile fordern oder annehmen oder Dritten ungerechtfertigte Vorteile gewähren.

Umsetzung und Kontrolle dieser Regelung erfolgt nach Maßgabe der hierzu ergangenen aufsichtsrechtlichen Bestimmungen gemäß den Mindestanforderungen für das Betreiben von Handelsgeschäften sowie den Compliance-Richtlinien der Bank, denen die Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter der Bank unterworfen sind.

#### **4.3.3**

Die Vorstandsmitglieder sind dem Bankinteresse verpflichtet. Kein Mitglied des Vorstands darf bei seinen Entscheidungen persönliche Interessen verfolgen und Geschäftschancen, die der Bank zustehen, für sich nutzen.

#### **4.3.4**

Jedes Vorstandsmitglied hat Interessenkonflikte dem Aufsichtsrat gegenüber unverzüglich offen zu legen und die anderen Vorstandsmitglieder hierüber zu informieren. Alle Geschäfte zwischen der Bank einerseits und den Vorstandsmitgliedern sowie ihnen nahe stehenden Personen oder ihnen persönlich nahe stehenden Unternehmungen andererseits haben branchenüblichen Standards zu entsprechen. Wesentliche Geschäfte bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats.

#### **4.3.5**

Vorstandsmitglieder dürfen Nebentätigkeiten, insbesondere Aufsichtsratsmandate außerhalb des Unternehmens, nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats übernehmen.

## 5. Aufsichtsrat

### 5.1 Aufgaben und Zuständigkeiten

#### 5.1.1

Aufgabe des Aufsichtsrats ist es, den Vorstand bei der Leitung der Bank regelmäßig zu beraten und zu überwachen. Er ist in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für die Bank einzubinden.

#### 5.1.2

Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder des Vorstands und schließt über den Präsidialausschuss mit ihnen die Dienstverträge im Namen der Bank ab. Er kündigt die Dienstverhältnisse der Mitglieder des Vorstands unter Einhaltung der vertraglichen oder gesetzlichen Frist. Die Beendigung des Dienstverhältnisses hat die Aufhebung der Organstellung zur Folge. Die Vertreterversammlung beschließt mit einer Mehrheit von drei Viertel der gültig abgegebenen Stimmen über den Widerruf der Bestellung von Mitgliedern des Vorstands.

Der Aufsichtsrat sorgt gemeinsam mit dem Vorstand für eine langfristige Nachfolgeregelung. Er hat die Vorbereitung der Bestellung von Vorstandsmitgliedern dem Präsidialausschuss übertragen.

Erstbestellungen von Vorstandsmitgliedern erfolgen in der Regel nicht für die maximal mögliche Bestelldauer von fünf Jahren.

Die Altersgrenze für Vorstandsmitglieder beträgt in der Regel 63 Jahre, höchstens 65 Jahre.

### 5.1.3.

Der Aufsichtsrat hat sich eine Geschäftsordnung gegeben.

## 5.2 Aufgaben und Befugnisse des Aufsichtsratsvorsitzenden

Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat und leitet dessen Sitzungen.

Er bereitet die Aufsichtsratssitzungen vor und ist Vorsitzender des Präsidialausschusses, der u. a. die Vorstandsverträge behandelt.

Der Aufsichtsratsvorsitzende hält mit dem Vorstand, insbesondere mit dem Sprecher des Vorstands, regelmäßig Kontakt und berät mit ihm die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement der Bank. Der Aufsichtsratsvorsitzende wird über wichtige Ereignisse, die für die Beurteilung der Lage und Entwicklung sowie für die Leitung der Bank von wesentlicher Bedeutung sind, unverzüglich durch den Sprecher des Vorstands informiert.

Falls erforderlich, unterrichtet er sodann den Aufsichtsrat und beruft eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung ein.

## 5.3 Bildung von Ausschüssen

### 5.3.1

Der Aufsichtsrat der Bank bildet fachlich qualifizierte Ausschüsse. Diese dienen der Steigerung der Effizienz der Aufsichtsratsarbeit und der Behandlung komplexer Sachverhalte. Die jeweiligen Ausschussvorsitzenden berichten regelmäßig an den Aufsichtsrat über die Arbeit der Ausschüsse.

### 5.3.2.

Der Aufsichtsrat der Bank hat einen

- Präsidialausschuss
- Vermittlungsausschuss
- Prüfungs-, Kredit- und Risikoausschuss (Audit Committee)
- Wirtschafts- und Finanzausschuss
- Personalausschuss

gebildet.

Der Aufsichtsratsvorsitzende ist Vorsitzender des Präsidialausschusses.

### 5.3.3.

Der Präsidialausschuss regelt interne Vorstandsangelegenheiten, insbesondere die Verträge mit den Vorstandsmitgliedern sowie interne Aufsichtsratsangelegenheiten.

Der durch das Mitbestimmungsgesetz vorgeschriebene Vermittlungsausschuss unterbreitet dem Aufsichtsrat Vorschläge, wenn die für die Bestellung oder Abberufung von Vorstandsmitgliedern erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wird.

Der Prüfungs-, Kredit- und Risikoausschuss (Audit Committee) befasst sich insbesondere mit Fragen der Rechnungslegung, der Prüfung des Jahresabschlusses, der erforderlichen Unabhängigkeit des bzw. der Abschlussprüfer, dem Prüfungsauftrag an den Abschlussprüfer, der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und der Honorarvereinbarung sowie der internen Revision der Bank gemäß den Mindestanforderungen an die Ausgestaltung der internen Revision. Des Weiteren befasst er sich mit Marktrisiken und Kreditangelegenheiten der Bank und mit Fragen des Risikomanagements. Außerdem ist er für die Zustimmung zu Organkrediten zuständig. Der Vorsitzende dieses Ausschusses ist weder der Aufsichtsratsvorsitzende noch ein ehemaliges Vorstandsmitglied der Bank.

Der Wirtschafts- und Finanzausschuss berät über wesentliche Investitionsentscheidungen bzw. Beteiligungen der Bank. Er entscheidet bei Eilbedürfnis abschließend über Investitionen/Beteiligungen bis zu einer vom Aufsichtsrat festgelegten Höhe.

Der Personalausschuss befasst sich mit Personal- und Sozialangelegenheiten.

#### **5.4 Zusammensetzung und Vergütung**

##### **5.4.1**

Bei Vorschlägen zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern wird darauf geachtet, dass dem Aufsichtsrat jederzeit Mitglieder angehören, die über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen und hinreichend unabhängig sind.

Ferner werden die internationale Tätigkeit der Bank und potenzielle Interessenkonflikte berücksichtigt.

Die Vertreterversammlung wählt aus ihrer Mitte die Aufsichtsratsmitglieder, die ihr persönlich bekannt sind. Bei den Kandidaten wird dabei besonderer Wert auf Sachkenntnis, Kontinuität der Vertretung der Berufsstände und Implementierung in die Berufspolitik der Heilberufe gelegt. Eine Altersgrenze wird im Interesse des Vorrangs dieser bankspezifischen Auswahlkriterien nicht festgelegt.

##### **5.4.2**

Eine unabhängige Beratung und Überwachung des Vorstands durch den Aufsichtsrat wird auch dadurch ermöglicht, dass dem Aufsichtsrat nicht

mehr als zwei ehemalige Mitglieder des Vorstands angehören und dass Aufsichtsratsmitglieder keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern der Bank ausüben.

#### **5.4.3**

Jedes Aufsichtsratsmitglied achtet darauf, dass ihm für die Wahrnehmung seiner Mandate genügend Zeit zur Verfügung steht. Wer dem Vorstand einer börsennotierten Gesellschaft angehört, darf insgesamt nicht mehr als fünf Aufsichtsratsmandate in konzernexternen börsennotierten Gesellschaften wahrnehmen.

#### **5.4.4**

Durch die Wahl bzw. Neuwahl von Aufsichtsratsmitgliedern zu unterschiedlichen Terminen und für unterschiedliche Amtsperioden wird Veränderungserfordernissen Rechnung getragen.

#### **5.4.5**

Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wird durch Beschluss der Vertreterversammlung festgelegt. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsmitglieder sowie der wirtschaftlichen Lage und dem Erfolg der Bank Rechnung. Dabei werden der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz im Aufsichtsrat berücksichtigt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine feste Vergütung. Eine erfolgsorientierte Vergütung ist nach den Vorschriften des Genossenschaftsgesetzes nicht zulässig. Daneben erhalten die Aufsichtsratsmitglieder Sitzungsgeld und Auslagenersatz. Die Gesamtbezüge aller Aufsichtsratsmitglieder werden im Geschäftsbericht in einer Summe, unterteilt nach festen Bezügen sowie Sitzungsgeld und Auslagenersatz, angegeben.

#### **5.4.6**

Falls ein Mitglied des Aufsichtsrats in einem Geschäftsjahr an weniger als der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats teilgenommen hat, wird dies im Bericht des Aufsichtsrats vermerkt werden.

## **5.5 Interessenkonflikte**

### **5.5.1**

Jedes Mitglied des Aufsichtsrats ist dem Bankinteresse verpflichtet. Es darf bei seinen Entscheidungen weder persönliche Interessen verfolgen noch Geschäftschancen, die der Bank zustehen, für sich nutzen.

### **5.5.2**

Jedes Aufsichtsratsmitglied legt Interessenkonflikte, insbesondere solche, die aufgrund einer Beratung oder Organfunktion bei Kunden, Lieferanten, Kreditgebern oder sonstigen Geschäftspartnern entstehen können, dem Aufsichtsrat gegenüber offen.

### **5.5.3**

Der Aufsichtsrat informiert in seinem Bericht an die Vertreterversammlung über aufgetretene Interessenkonflikte und deren Behandlung.

Bei wesentlichen und nicht nur vorübergehenden Interessenkonflikten in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds kann die Vertreterversammlung das Aufsichtsratsmitglied aus der Genossenschaft ausschließen, was zum Verlust des Aufsichtsratsmandats führt.

### **5.5.4**

Berater-, sonstige Dienstleistungs- und Werkverträge eines Aufsichtsratsmitglieds mit der Bank bedürfen der Zustimmung des Präsidialausschusses.

## **5.6 Effizienzprüfung**

Der Aufsichtsrat überprüft regelmäßig die Effizienz seiner Tätigkeit. Um nachverfolgen zu können, zu welchem Ergebnis die Aufsichtsratsbefas-

sungen geführt haben, berichtet der Vorstand dem Aufsichtsrat zeitnah jeweils über die Umsetzung der vom Aufsichtsrat angeregten Maßnahmen. Außerdem legt der Vorstand dem Präsidialausschuss jährlich eine Übersicht über die Zusammenarbeit zwischen Aufsichtsrat und Vorstand vor.

## 6. Transparenz

### 6.1

Die Bank wird ihre Mitglieder bei Informationen gleich behandeln. Die für Finanzanalysten und vergleichbare Adressaten zur Verfügung gestellten Informationen sind über das Internet zeitnah abrufbar.

### 6.2

Informationen, die die Bank im Ausland aufgrund der jeweiligen kapitalmarktrechtlichen Vorschriften veröffentlicht, werden auch im Inland unverzüglich bekannt gegeben werden.

### 6.3

Im Rahmen der laufenden Öffentlichkeitsarbeit werden die Termine der wesentlichen wiederkehrenden Veröffentlichungen (u. a. Geschäftsbericht, Zwischenberichte, Vertreterversammlung) in einem „Finanzkalender“ mit ausreichendem Zeitvorlauf publiziert werden.

### 6.4

Von der Bank veröffentlichte Informationen über die Bank werden auch über die Internetseite der Bank zugänglich sein. Die Internetseite wird übersichtlich gegliedert sein. Veröffentlichungen erfolgen auch in englischer Sprache.

## 7. Rechnungslegung und Abschlussprüfung

### 7.1 Rechnungslegung

#### 7.1.1

Anteilseigner und Dritte werden vor allem durch den Jahresabschluss informiert. Sie werden während des Geschäftsjahres durch Zwischenberichte unterrichtet. Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte werden unter Beachtung der handelsrechtlichen Bestimmungen der nationalen Vorschriften des HGB aufgestellt, die auch Grundlage für die Besteuerung sind.

#### 7.1.2

Der Jahresabschluss wird vom Vorstand aufgestellt und vom Abschlussprüfer sowie vom Aufsichtsrat geprüft. Er wird binnen 45 Tagen nach Abschluss der gesetzlichen Prüfung öffentlich zugänglich gemacht.

#### 7.1.3

Der Jahresabschluss wird konkrete Angaben über mit Aktienoptionsprogrammen vergleichbare oder ähnliche wertpapierorientierte Anreizsysteme der Bank enthalten.

#### 7.1.4

Die Bank veröffentlicht eine Liste von Drittunternehmen, an denen sie eine Beteiligung von für die Bank nicht untergeordneter Bedeutung hält. Handelsbestände der Bank, aus denen keine Stimmrechte ausgeübt werden, bleiben hierbei unberücksichtigt. Es werden angegeben: Name und Sitz der Gesellschaft, Höhe des Anteils, Höhe des Eigenkapitals und Ergebnis des letzten Geschäftsjahres.

#### **7.1.5.**

Auf Grund der Rechtsform der Bank als Genossenschaft sind nahe stehende Personen im Sinne der anwendbaren Rechnungslegungsvorschriften im Bezug auf die Bank nicht möglich.

### **7.2 Abschlussprüfung**

#### **7.2.1**

Die Bank unterliegt wegen ihrer Rechtsform als Genossenschaft der Pflichtprüfung durch den Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftlichen Prüfungsverband. Der Prüfungsverband hat die zur Vermeidung von Interessenkollisionen erlassenen gesetzlichen Regelungen zu beachten. Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats, Angestellte und Mitglieder der zu prüfenden Genossenschaft dürfen die Genossenschaft nicht prüfen.

Das Prüfungsrecht des Verbands ruht, wenn ein Mitglied seines Vorstands oder ein besonderer Vertreter des Verbands Mitglied des Vorstands oder Aufsichtsrats, Liquidator oder Angestellter der zu prüfenden Genossenschaft ist oder in der Zeit, auf die sich die Prüfung erstreckt, oder in den vorangegangenen beiden Geschäftsjahren gewesen ist. Die Prüfung hat dann durch einen anderen Prüfungsverband oder eine andere Wirtschaftsprüfungsgesellschaft auf Bestellung durch den Spitzenverband zu erfolgen.

#### **7.2.2**

Der Aufsichtsrat vereinbart, dass der gesetzlich festgelegte Prüfungsverband über alle für die Aufgaben des Aufsichtsrats wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unverzüglich berichtet, die sich bei der Durchführung der Abschlussprüfung ergeben.

**7.2.3.**

Der Aufsichtsrat vereinbart, dass der Abschlussprüfer ihn informiert bzw. im Prüfungsbericht vermerkt, wenn er bei Durchführung der Abschlussprüfung Tatsachen feststellt, die eine Unrichtigkeit der von Vorstand und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Kodex ergeben.

**7.2.4**

Der Abschlussprüfer nimmt an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahres- und Konzernabschluss teil und berichtet über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung.

## Jährliche Entsprechenserklärung in Anlehnung an § 161 AktG

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Apotheker- und Ärztebank eG (APO-Bank) erklären, dass den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers am 4. Juli 2003 bekannt gemachten Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex mit folgenden Ausnahmen entsprochen wurde:

*1) Die Bank verpflichtet sich zur Einhaltung des Kodex unter Wahrung der Belange des Genossenschaftsrechts, dem die Bank als eingetragene Genossenschaft Rechnung zu tragen hat (Kodex Präambel).*

Dies führt zu Abweichungen zum empfohlenen Standard des Kodex vor allem in folgenden Regelungsbereichen:

- Aktionäre und Hauptversammlung (Kodex Ziff. 2)
- Übernahmeangebote (Kodex Ziff. 3.7)
- Erfolgsorientierte Vergütung des Aufsichtsrates (Kodex Ziff. 5.4.5)
- Abschlussprüfung (Kodex Ziff. 7.2).

*2) Schließt die Gesellschaft für Vorstand und Aufsichtsrat eine D&O-Versicherung ab, so soll ein angemessener Selbstbehalt vereinbart werden (Kodex Ziff. 3.8).*

Bei der bestehenden Directors & Officers Versicherung für Vorstand und Aufsichtsrat ist bisher kein Selbstbehalt vereinbart worden.

Eine Selbstbeteiligung an Schadensregulierungen der D&O-Versicherung ist u. E. nicht dazu geeignet, zusätzliche Motivation zum pflichtgemäßen Handeln der Organmitglieder zu erreichen. Im Übrigen bleibt die straf-

rechtliche Verantwortung des Organmitglieds bei grob fahrlässigen Handlungen oder Untreue unbeschadet der Ausgestaltung der D&O-Versicherung bestehen.

*3) Der Vorsitzende des Aufsichtsrates soll die Hauptversammlung über die Grundzüge des Vergütungssystems und deren Veränderung unterrichten (Kodex Ziff. 4.2.3).*

Die Grundzüge des Vergütungssystems und deren Veränderung werden im Geschäftsbericht bekannt gemacht. Dieser liegt der Vertreterversammlung bei der Feststellung des Jahresabschlusses vor.

*4) Die Vergütung der Vorstandsmitglieder soll im Anhang des Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen werden. Die Angaben sollen individualisiert erfolgen (Kodex Ziff. 4.2.4).*

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder wird summarisch im Anhang des Geschäftsberichtes ausgewiesen. Der erfolgsabhängige Teil der angegebenen Gesamtvergütung wird hierbei als durchschnittlicher Prozentsatz genannt. Diese Angaben sind wesentlich für die Beurteilung, ob die Aufteilung der Vergütung in garantierte und erfolgsabhängige Teile angemessen ist und die erforderlichen Leistungsanreize für die Vorstandsmitglieder geschaffen werden. Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung, wie Aktienoptionen oder vergleichbare Gestaltungen, bestehen derzeit nicht.

*5) Bei der Aufsichtsratsvergütung sollen auch der Vorsitz und die Mitgliedschaft in den Ausschüssen berücksichtigt werden (Kodex Ziff. 5.4.5).*

Die Vorsitzenden und die Mitglieder der Ausschüsse erhalten derzeit keine zusätzliche Vergütung.

*6) Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder soll im Anhang des Konzernabschlusses individualisiert, aufgegliedert nach Bestandteilen ausgewiesen werden (Kodex Ziff. 5.4.5).*

Die Höhe der festen Vergütung legt die Vertreterversammlung fest. Eine erfolgsorientierte Vergütung ist nach den Vorschriften des Genossenschaftsgesetzes nicht zulässig. Die Informationen über die Gesamtvergütung des Aufsichtsrates halten wir für ausreichend.

*7) Der Konzernabschluss und die Zwischenberichte sollen unter Beachtung international anerkannter Rechnungslegungsgrundsätze aufgestellt werden (Kodex Ziff. 7.1.1).*

Inwieweit ein Konzernabschluss nach international anerkannten Rechnungslegungsvorschriften aufgestellt werden soll, wird zurzeit geprüft.

Düsseldorf, den 21. November 2003

Für den Aufsichtsrat

Dr. med. dent. Wilhelm Osing

Der Vorstand

Werner Wimmer  
Gerhard K. Girner  
Jürgen Helf  
Günther Herion  
Günter Preuß  
Werner Albert Schuster



## Wir gedenken unserer Toten

*Bankdirektor i. R. Bruno Nösser*

*Ehrenmitglied der Deutschen Apotheker- und Ärztebank  
Träger des Ehrenzeichens der Deutschen Ärzteschaft und der  
Goldenen Ehrennadel der Deutschen Zahnärzteschaft*

Der Verstorbene hat sich mehr als 30 Jahre mit großem Engagement für den Erfolg unserer Bank eingesetzt. Von 1983 bis 1995 gehörte er dem Vorstand an; in dieser Funktion galt sein Wirken in besonderem Maße dem Ausbau der Geschäftsverbindung mit den Standesorganisationen der Heilberufe. In den neuen Bundesländern unterstützte er nachhaltig die berufsständische Selbstverwaltung beim Aufbau freiberuflicher Strukturen. Aufgrund seiner Kompetenz, seines Pflichtbewusstseins, seines engagierten Wirkens und seines geradlinig offenen Wesens genoss er ein besonders hohes Maß an Vertrauen und Wertschätzung.

*Apotheker Dr. rer. nat. Goetz Alberti*

*Apotheker Ingo Dinger*

*Apotheker Dr. rer. nat. Heinrich Morf*

*Dr. med. Wolfgang-Eberhard Paeske*

*Dr. med. Hans-Heinrich Zeil*

Die Verstorbenen waren der Bank als Mitglieder unserer Gremien eng verbunden. Mit ihnen verlieren wir gute Freunde und geschätzte Begleiter im Bemühen um die Weiterentwicklung unseres Instituts.

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren.



## Jahresabschluss 2003

Bilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Aktivseite

	€	€	€	€	Vorjahr T€
<b>1. Barreserve</b>					
a) Kassenbestand			20.866.812,96		19.812
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			100.023.358,17		91.029
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	100.023.358,17				(91.029)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			0,00	120.890.171,13	0
<b>2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind</b>					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			0,00		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00				(0)
b) Wechsel			0,00	0,00	0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00				(0)
<b>3. Forderungen an Kreditinstitute</b>					
a) täglich fällig			153.794.654,94		88.649
b) andere Forderungen			1.176.236.563,74	1.330.031.218,68	1.423.531
<b>4. Forderungen an Kunden</b>				16.837.222.063,76	15.311.397
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	2.555.488.131,75				(2.299.944)
Kommunalkredite	249.663.525,88				(202.620)
<b>5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
ab) von anderen Emittenten		1.467.291.359,30	1.467.291.359,30		871.021
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		100.304.975,65			113.493
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	100.304.975,65				(113.493)
bb) von anderen Emittenten		3.426.351.589,84	3.526.656.565,49		2.856.245
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2177.076.194,84				(1.818.469)
c) eigene Schuldverschreibungen			99.802.148,75	5.093.750.073,54	107.673
Nennbetrag	97.177.211,34				(105.364)
<b>6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>				1.309.738.364,29	1.330.786
<b>7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften</b>					
a) Beteiligungen			7.360.957,33		3.594
darunter: an Kreditinstituten	277.406,64				(222)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			6.248.794,13	13.609.751,46	6.254
darunter: bei Kreditgenossenschaften	6.240.102,26				(6.240)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
<b>8. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>				47.765.803,47	45.514
darunter: an Kreditinstituten	3.599.733,82				(3.600)
an Finanzdienstleistungsinstituten	1.292.236,21				(1.292)
<b>9. Treuhandvermögen</b>				2.899.697,87	3.033
darunter: Treuhandkredite	162.177,24				(295)
<b>10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch</b>				0,00	0
<b>11. Immaterielle Anlagewerte</b>				0,00	0
<b>12. Sachanlagen</b>				209.696.325,10	181.116
<b>13. Sonstige Vermögensgegenstände</b>				569.769.751,23	391.800
<b>14. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				61.074.900,82	52.902
<b>Summe der Aktiva</b>				25.596.448.121,35	22.897.849

## Passivseite

	€	€	€	€	Vorjahr T€
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>					
a) täglich fällig			1.063.250.793,80		751.868
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			5.103.229.966,70	<b>6.166.480.760,50</b>	4.398.501
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		247.306.928,63			243.524
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		295.913.613,21	543.220.541,84		359.690
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		4.132.815.538,18			3.372.961
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		5.399.677.034,63	9.532.492.572,81	<b>10.075.713.114,65</b>	5.385.838
<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>					
a) begebene Schuldverschreibungen			6.891.556.898,85		6.409.068
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			0,00	<b>6.891.556.898,85</b>	0
darunter: Geldmarktpapiere	0,00				(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00				(0)
<b>4. Treuhandverbindlichkeiten</b>				<b>2.899.697,87</b>	3.033
darunter: Treuhandkredite	162.177,24				(295)
<b>5. Sonstige Verbindlichkeiten</b>				<b>263.176.141,50</b>	207.027
<b>6. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				<b>103.633.269,41</b>	92.347
<b>7. Rückstellungen</b>					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			72.800.238,00		63.037
b) Steuerrückstellungen			25.456.904,00		8.975
c) andere Rückstellungen			19.928.754,95	<b>118.185.896,95</b>	21.270
<b>8. Sonderposten mit Rücklageanteil</b>				<b>0,00</b>	0
<b>9. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>				<b>237.804.232,13</b>	217.252
<b>10. Genusssrechtskapital</b>				<b>379.968.427,72</b>	349.968
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	112.484.213,86				(0)
<b>11. Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>				<b>42.000.000,00</b>	42.000
<b>12. Eigenkapital</b>					
a) Gezeichnetes Kapital			804.452.719,80		507.513
b) Kapitalrücklage			0,00		0
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		219.221.584,96			202.471
cb) andere Ergebnisrücklagen		219.732.876,83	438.954.461,79		202.983
d) Bilanzgewinn			71.622.500,18	<b>1.315.029.681,77</b>	58.523
<b>Summe der Passiva</b>				<b>25.596.448.121,35</b>	22.897.849
<b>1. Eventualverbindlichkeiten</b>					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00			0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		278.205.085,24			254.981
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00	278.205.085,24		0
<b>2. Andere Verpflichtungen</b>					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00			0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00			0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		1.112.234.842,48	1.112.234.842,48		809.214

# Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01.2003 bis 31.12.2003	€	€	€	€	Vorjahr T€
<b>1. Zinserträge aus</b>					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		953.942.942,08			954.214
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		140.226.519,95	1.094.169.462,03		176.039
<b>2. Zinsaufwendungen</b>			727.366.026,86	<b>366.803.435,17</b>	773.393
<b>3. Laufende Erträge aus</b>					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			31.941.596,54		2.379
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			471.363,85		1.651
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			161.056,94	<b>32.574.017,33</b>	143
<b>4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>				0,00	0
<b>5. Provisionserträge</b>			118.225.297,40		102.403
<b>6. Provisionsaufwendungen</b>			38.118.850,14	<b>80.106.447,26</b>	22.145
<b>7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften</b>				<b>8.952.668,76</b>	5.390
<b>8. Sonstige betriebliche Erträge</b>				<b>10.448.836,79</b>	12.265
<b>9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil</b>				0,00	0
<b>10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		114.370.835,81			109.888
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		27.857.714,15	142.228.549,96		20.770
darunter: für Altersversorgung	9.293.937,86				(4.974)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			124.708.283,93	<b>266.936.833,89</b>	121.713
<b>11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>				<b>16.333.216,42</b>	15.304
<b>12. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>				<b>11.807.423,49</b>	13.830
<b>13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>			53.417.042,20		63.382
<b>14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>			0,00	<b>-53.417.042,20</b>	0
<b>15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>			5.532.630,19		4.011
<b>16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>			504.734,37	<b>-5.027.895,82</b>	40.030
<b>17. Aufwendungen aus Verlustübernahme</b>				0,00	0
<b>18. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil</b>				0,00	0
<b>19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</b>				<b>145.362.993,49</b>	150.078
<b>20. Außerordentliche Erträge</b>			0,00		0
<b>21. Außerordentliche Aufwendungen</b>			0,00		0
<b>22. Außerordentliches Ergebnis</b>				0,00	(0)
<b>23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>			73.398.991,69		49.201
<b>24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen</b>			353.610,89	<b>73.752.602,58</b>	367
<b>24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>				0,00	42.000
<b>25. Jahresüberschuss</b>				<b>71.610.390,91</b>	58.510
<b>26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr</b>				<b>12.109,27</b>	13
				<b>71.622.500,18</b>	58.523
<b>27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen</b>					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			0,00		0
b) aus anderen Rücklagen			0,00	0,00	0
				<b>71.622.500,18</b>	58.523
<b>28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen</b>					
a) in die gesetzliche Rücklage			0,00		0
b) in andere Ergebnisrücklagen			0,00	0,00	0
<b>29. Bilanzgewinn</b>				<b>71.622.500,18</b>	58.523

## A. Allgemeine Angaben

- Keine Bemerkungen.

## B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

- Bei Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Die Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden wurden mit dem Nennwert oder den Anschaffungskosten angesetzt, wobei der Unterschiedsbetrag zwischen dem höheren Nennwert und dem Auszahlungsbetrag passiv abgegrenzt wurde. Die bei den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken sind durch Einzelwertberichtigungen gedeckt. Für die latenten Kreditrisiken wurde unter Berücksichtigung der steuerlichen Richtlinien eine Pauschalwertberichtigung gebildet. Für die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute wurde zusätzliche Vorsorge getroffen.

Die gesamten Wertpapiere haben wir nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. In Verbindung mit Zinsswapgeschäften angeschaffte Wertpapiere wurden mit diesen zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst. Zum Bilanzstichtag waren Wertpapiere mit einem Nominalvolumen von € 1,6 Mrd. durch Asset-Swaps abgesichert.

Die Anschaffungskosten bei Wertpapieren der gleichen Gattung haben wir nach der Durchschnittsmethode ermittelt.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert.

Die Sachanlagen wurden zu den Anschaffungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen angesetzt. Außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von € 503.452 waren für nicht mehr benötigte Büro- und Geschäftsausstattung der Hauptverwaltung erforderlich.

Die Abschreibungen wurden bei Gebäuden linear über die Nutzungsdauer bzw. mit fallenden Staffelsätzen, beim beweglichen Sachanlagevermögen linear über die Nutzungsdauer vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter i. S. des § 6 Abs. 2 EStG wurden voll abgeschrieben.

Die Verbindlichkeiten wurden grundsätzlich zum jeweiligen Rückzahlungsbetrag passiviert. Unterschiedsbeträge zwischen dem niedrigeren Ausgabebetrag und dem Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten wurden unter den Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und periodengerecht aufgelöst. Abgezinsten Sparbriefe und Schuldverschreibungen wurden zum Barwert ausgewiesen.

Für alle laufenden Pensionen und Pensionsanwartschaften haben wir nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung des steuerlichen Zinssatzes Rückstellungen berechnet. Auch für die übrigen ungewissen Verbindlichkeiten wurden Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

- Posten, denen Beträge zugrunde liegen, die auf fremde Währung lauten oder ursprünglich auf fremde Währung lauteten, wurden in EURO wie folgt umgerechnet:

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wurden mit den historischen Anschaffungskursen bewertet.

Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte haben wir grundsätzlich mit dem Kassamittelkurs umgerechnet. Für die Umrechnung nicht abgewickelter Termingeschäfte haben wir den Terminkurs am Bilanzstichtag herangezogen. Ergebnisse aus der Währungsumrechnung wurden vereinnahmt.

## C. Entwicklung des Anlagevermögens 2003 (volle EURO)

	Anschaffungs-/ Herstellungs- kosten	Zugänge	Zuschreibungen	Umbuchungen (+ / -)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Abschreibungen (kumuliert)	Buchwert am Bilanzstichtag	Abschreibungen Geschäftsjahr
	€	€	des Geschäftsjahres		€	€	€	€
Immaterielle Anlagewerte	0	0	0	0	a) 0 b) 0	0	0	0
Sachanlagen:								
a) Grundstücke und Gebäude	218.572.837	40.697.958	0	10.113	a) 9.289.641 b) 0	69.568.150	180.423.117	4.470.842
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	107.409.078	10.210.601	0	-10.113	a) 6.068.404 b) 0	82.267.954	29.273.208	11.862.374
<b>a.</b>	<b>325.981.915</b>	<b>50.908.559</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>15.358.045</b>	<b>151.836.104</b>	<b>209.696.325</b>	<b>16.333.216</b>

	Anschaffungs- kosten	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	€	€	€
Wertpapiere des Anlagevermögens	17.520.555	-5.298.423	12.222.132
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	9.847.839	3.761.912	13.609.751
Anteile an verbundenen Unternehmen	45.514.293	2.251.511	47.765.804
<b>b.</b>	<b>72.882.687</b>	<b>715.000</b>	<b>73.597.687</b>
<b>Summe a und b</b>	<b>398.864.602</b>		<b>283.294.012</b>

## D. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

### I. Bilanz

- In den Forderungen an Kreditinstitute sind € 65.377.797 Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten (Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank eG).

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:  
(Vorjahreszahlen in Klammern)

	Zinsab- abgrenzung	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	€	€	€	€	€
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	302.818.761 (204.407.811)	623.125.796 (1.040.048.473)	191.662.819 (105.445.000)	56.129.188 (51.129.188)	2.500.000 (22.500.000)
Forderungen an Kunden (A 4)	1.657.722 (3.004.168)	338.742.409 (330.968.624)	573.806.149 (601.056.374)	4.003.800.216 (3.463.987.145)	9.643.673.022 (8.756.317.024)

- In den Forderungen an Kunden (A 4) sind € 2.275.542.546 (Vorjahr: € 2.156.063.627) Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.
- Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (A 5) werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr € 1.873.072.456 (Vorjahr: € 1.090.106.380) fällig.
- In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an				
	verbundene Unternehmen		Beteiligungsunternehmen		
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr	
	€	€	€	€	
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)		0	0	171.150.043	165.176.473
Forderungen an Kunden (A 4)		3.413.294	2.560.423	58.252.880	60.586.284
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)		0	0	0	0

- In folgenden Posten sind enthalten:  
(Vorjahreszahlen in Klammern)

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsen- notiert	nicht mit dem Niederstwert bewerte- tete börsenfähige Wertpapiere
	€	€	€	€
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	5.093.750.074 (3.948.431.866)	3.566.787.333 (3.334.600.267)	1.526.962.741 (613.831.599)	0 (0)
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	1.536.031 (9.005.384)	1.536.031 (9.005.384)	(0) (0)	0 (4.911.255)
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften (A 7)	2.595.006 (2.595.006)	2.481.828 (2.481.828)	113.178 (113.178)	
Anteile an verbundenen Unternehmen (A 8)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	

- Die Genossenschaft besitzt Kapitalanteile in Höhe von mindestens 20 % an anderen Unternehmen:

Eine entsprechende Aufstellung ist beim Amtsgericht – Genossenschaftsregister – Mühlenstraße 34, 40213 Düsseldorf, hinterlegt und kann dort eingesehen werden.

Ein Konzernabschluss wurde im Hinblick auf § 296 Abs. 2 HGB nicht aufgestellt, weil die Unternehmen insgesamt für die Darstellung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung sind.

- Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, die 5 % der Stimmrechte überschreiten, bestanden wie folgt:

Treuhand Hannover GmbH, Steuerberatungsgesellschaft  
DAPO International Finance N.V., Amsterdam

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Treuhandgeschäfte betreffen Treuhandkredite über € 162.177 und treuhänderisch gehaltene Gesellschaftseinlagen von € 2.737.521.

- Im Aktivposten 12 (Sachanlagen) sind enthalten:

im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	€
	173.026.980
Betriebs- und Geschäftsausstattung	29.273.208

- Die im Jahresabschluss 2002 unter sonstige Vermögensgegenstände ausgewiesene Prämie für ausgeübte Swaptions (T€ 21.012) wurde im Jahresabschluss 2003 unter der Bilanzposition Rechnungsabgrenzungsposten (mit T€ 241) bilanziert.

- Im Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ sind folgende Beträge größeren Umfangs enthalten:

Aktivierte Prämien aus Optionen	€
	544.979.166

- In den Rechnungsabgrenzungsposten sind € 59.306.588 Disagioträge aus aufgenommenen Verbindlichkeiten enthalten.
- Im Rahmen von echten Pensionsgeschäften wurden Vermögensgegenstände mit einem Buchwert von € 120.000.000 übertragen. Der für die Übertragung erhaltene Betrag wurde passiviert.
- Nachrangige Vermögensgegenstände sind in den Posten „Forderungen an Kreditinstitute“ (€ 51.129.188), „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ (€ 790.681) mit insgesamt € 51.919.869 (Vorjahr: € 69.906.128) enthalten.
- In den Vermögensgegenständen sind Fremdwährungsposten im Gegenwert von € 91.828.288 enthalten.
- In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind € 261.938.486 Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten (Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank eG).

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

(Vorjahreszahlen in Klammern)	Zinsab-	bis drei	mehr als drei	mehr als ein Jahr	mehr als fünf
	grenzung	Monate	Monate bis ein	bis fünf Jahre	Jahre
	€	€	€	€	€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	260.437.130 (246.319.080)	498.493.082 (443.035.309)	351.952.211 (282.705.795)	1.939.807.399 (1.569.464.596)	2.052.540.145 (1.856.976.831)
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	0 (0)	121.549.298 (152.063.367)	123.458.229 (150.745.370)	48.909.164 (51.983.534)	1.996.922 (4.897.241)
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	58.570.408 (64.391.781)	2.637.862.536 (2.859.156.667)	130.099.907 (383.416.541)	1.581.801.465 (1.032.326.263)	991.342.719 (1.046.546.453)
Andere verbrieftete Verbindlichkeiten (P 3b)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)

Von den begebenen Schuldverschreibungen (P 3a) werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr € 2.535.091.110 (Vorjahr: € 1.668.720.366) fällig.

- Im Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	€
Passivierte Prämien aus Optionen	203.411.295
Zinsen, Genussscheine und Einlagen stiller Gesellschafter	28.243.515

- Im Passiven Rechnungsabgrenzungsposten (P 6) sind Disagiobeträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, über € 98.199.624 enthalten.

- Angaben zu Passivposten 9 (Nachrangige Verbindlichkeiten):

Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von € 12.059.790 an.

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen.

Die Nachrangigkeit ist wie folgt geregelt:

Im Falle des Konkurses oder der Liquidation der Bank sind die Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen. Die Laufzeit dieser Verbindlichkeiten beträgt 8, 10 und 25 Jahre.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind mit folgenden Zinssätzen ausgestattet:

Nachrangige Inhaberschuldverschreibungen variabel mit 6 Monats-Libor zuzüglich 0,4 % bis 0,6 % und mit 6 Monats-Euribor zuzüglich 1 % sowie mit Festzinssatz von 5,2 % und 5,3 %.

Nachrangige Schuldscheindarlehen mit Festzinssätzen von 4,76 % bis 7,55 %.

Im Berichtsjahr wurden nachrangige Inhaberschuldverschreibungen im Nominalbetrag von insgesamt € 20.000.000,- neu begeben.

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber				€
	verbundenen Unternehmen		Beteiligungsunternehmen		
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr	
	€	€	€	€	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	1.257.986	883.643	631.561.220	191.180.639	
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	824.669.064	525.246.874	33.345.389	30.321.426	
verbriefte Verbindlichkeiten (P 3)	65.649	2.077.349	207.060.602	212.983.318	
nachrangige Verbindlichkeiten (P 9)	0	0	0	0	

- In den Verbindlichkeiten sind Fremdwährungsposten im Gegenwert von € 1.062.967.381 enthalten.

- Die unter Passivposten 12a „Gezeichnetes Kapital“ ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

	€
Einlagen stiller Gesellschafter	150.000.000
Geschäftsguthaben	
a) der verbleibenden Mitglieder	645.268.300
b) der ausscheidenden Mitglieder	8.499.252
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	685.168
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	€ 21.817.891

- Die Ergebnisrücklagen (P 12c) haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage	andere Ergebnisrücklagen
	€	€
Stand 01.01.2003	202.471.585	202.982.877
Einstellungen aus Bilanzgewinn des Vorjahres	16.750.000	16.750.000
Einstellungen aus Jahresüberschuss des Geschäftsjahres	0	0
Entnahmen	0	0
<b>Stand 31.12.2003</b>	<b>219.221.585</b>	<b>219.732.877</b>

- Dem haftenden Eigenkapital per 31.12.2003 wurden gemäß § 10 Abs. 4a KWG nicht realisierte Reserven in Höhe von € 17.347.280 zugerechnet.
- Das Volumen der noch nicht abgewickelten Termingeschäfte, die einem Erfüllungsrisiko sowie Währungs-, Zins- und/oder sonstigen Marktpreisrisiken aus offenen und im Fall eines Adressenausfalls auch aus geschlossenen Positionen unterliegen, belief sich zum 31.12.2003 auf € 57.876 Mio. (Vorjahr: € 51.635 Mio.). Darin enthalten sind folgende Geschäftsarten:

Zinsswaps  
 Zins-/Währungsswaps  
 Währungsswaps  
 Caps  
 Swap-Optionen  
 Forward Rate Agreements  
 Devisentermingeschäfte  
 Index-Optionen.

Diese Termingeschäfte mit Zins-, Wechselkurs- und Marktpreisschwankungen werden nahezu ausschließlich zur Deckung von Positionen abgeschlossen.

Nachstehend sind die bestehenden Kontrakte im derivativen Geschäft hinsichtlich ihrer Risikostruktur aufgegliedert. Entsprechend den international üblichen Usancen werden die Nominalvolumina ausgewiesen, die aber nicht mit dem Ausfallrisikobetrag gleichgesetzt werden dürfen.

in Mio. €	Nominalwert		Marktwert		Kreditäquivalent	
	31.12.2003	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2002
<b>Zinsrisiken</b>						
Restlaufzeiten						
- bis 1 Jahr	26.062	25.831	157	161	157	162
- 1 bis 5 Jahre	21.052	15.959	519	381	563	425
- über 5 Jahre	8.370	8.020	276	213	397	328
	<b>55.484</b>	<b>49.810</b>	<b>952</b>	<b>755</b>	<b>1.117</b>	<b>915</b>
<b>Währungsrisiken</b>						
Restlaufzeiten						
- bis 1 Jahr	1.852	898	25	18	43	23
- 1 bis 5 Jahre	312	812	6	27	22	68
- über 5 Jahre	0	0	0	0	0	0
	<b>2.164</b>	<b>1.710</b>	<b>31</b>	<b>45</b>	<b>65</b>	<b>91</b>
<b>Aktien u. so. Preisrisiken</b>						
Restlaufzeiten						
- bis 1 Jahr	228	101	1	2	11	7
- 1 bis 5 Jahre	0	14	0	0	0	1
- über 5 Jahre	0	0	0	0	0	0
	<b>228</b>	<b>115</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>11</b>	<b>8</b>
<b>Summe - insgesamt -</b>	<b>57.876</b>	<b>51.635</b>	<b>984</b>	<b>802</b>	<b>1.193</b>	<b>1.014</b>

Der nominelle Betrag der dem Handelsbestand zugeordneten Derivate beträgt zum 31.12.2003 € 3.304 Mio., mit einem Marktwert von € 6 Mio. und einem Kreditäquivalent von € 6 Mio.

• Von den Verbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen (incl. Eurex und Clearinggeschäfte) gesichert: €  
 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 2.376.810.486

## II. Gewinn- und Verlustrechnung

- Die Erträge der Bank wurden überwiegend im Inland erzielt.
- Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen auf das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

## E. Sonstige Angaben

- Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf € 2.519.273; der erfolgsabhängige Anteil der angegebenen Gesamtvergütung beträgt 38 %.
- Die Gesamtbezüge der Aufsichtsratsmitglieder betragen € 322.664, die sich wie folgt aufteilen:  
Jahresvergütung € 211.500; Sitzungsgelder € 33.750; Ausfallgelder € 69.300; Tagegelder € 8.114.
- Die Gesamtbezüge der früheren Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen beliefen sich auf € 769.442.
- Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebenen bestehen zum 31.12.2003 Pensionsrückstellungen in Höhe von € 8.384.536.

• Am Bilanzstichtag betragen die Forderungen an und aus eingegangenen Haftungsverhältnissen für	€
Mitglieder des Vorstands	1.622.254
Mitglieder des Aufsichtsrats	10.523.307

- Im Geschäftsjahr wurden von Mitgliedern des Vorstands Mandate in Aufsichtsratsgremien bzw. vergleichbarer Gremien folgender Kapitalgesellschaften i. S. d. § 267 (3) HGB oder vergleichbarer Organisationen wahrgenommen:

ARZ Apotheken-Rechenzentrum GmbH, Darmstadt  
 Apothekerversorgung als Einrichtung der Apothekerkammer Mecklenburg-Vorpommern KdöR, Schwerin  
 Bank für Wirtschaft und freie Berufe AG, Wien  
 Betriebskrankenkasse für Heilberufe KdöR, Düsseldorf  
 DAPO International Finance N.V., Amsterdam  
 Deutsche Ärzte Finanz Beratungs- und Vermittlungs-AG, Köln  
 Deutsche Ärzteversicherung AG, Köln  
 Treuhand Hannover GmbH, Steuerberatungsgesellschaft  
 ZA Zahnärztliche Abrechnungsgesellschaft Düsseldorf AG, Düsseldorf  
 ZA Zahnärztliche Abrechnungsgesellschaft eG, Düsseldorf

- Nicht in der Bilanz ausgewiesene oder vermerkte finanzielle Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Höhe von € 75.828.928.

Haftsummenverpflichtungen aus der Übernahme von Geschäftsanteilen	€
bei Genossenschaften	12.480.884
Garantieverpflichtung gegenüber der Sicherungseinrichtung des BVR	63.348.044

- Die Zahl der 2003 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	1.775	107
Gewerbliche Mitarbeiter	19	0
<b>Gesamt</b>	<b>1.794</b>	<b>107</b>

Außerdem wurden durchschnittlich 48 Auszubildende beschäftigt.

- Mitgliederbewegung

	Zahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen €
Anfang 2003	93.634	364.918	547.377.000
Zugang 2003	6.025	91.860	137.790.000
Abgang 2003	2.227	10.261	15.391.500
Ende 2003	97.432	446.517	669.775.500

	€
Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	149.180.501
Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	122.398.500
Höhe des Geschäftsanteils € 1.500, Höhe der Haftsumme € 1.500	

**Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:**

RWGV  
 Rheinisch-Westfälischer  
 Genossenschaftsverband e. V.  
 Mecklenbecker Straße 235-239  
 48163 Münster

**Mitglieder des Vorstands (Vor- und Zuname)**

Werner Wimmer, *Bankvorstand, Sprecher*  
Gerhard K. Girner, *Bankvorstand*  
Jürgen Helf, *Bankvorstand*  
Günther Herion, *Bankvorstand (ab 01.04.2003)*  
Günter Preuß, *Bankvorstand*  
Werner Albert Schuster, *Bankvorstand*

**Mitglieder des Aufsichtsrats (Vor- und Zuname)**

Dr. med. dent. Wilhelm Osing, *Vorsitzender, Zahnarzt*  
Norbert Hinke\*, *stv. Vorsitzender, Bankangestellter*  
Ralf Baumann\* (ab 27.06.03), *Bankangestellter*  
Dr. med. dent. Wilfried Beckmann (bis 27.06.03), *Zahnarzt*  
Berthold Bisping\*\* (ab 27.06.03), *Bankangestellter*  
Dr. med. dent. Dieter Dahlmann (ab 27.06.03), *Zahnarzt*  
Dr. med. dent. Wolfgang Eßer (ab 27.06.03), *Zahnarzt*  
Wolfgang Fischer\* (bis 26.06.03), *Bankangestellter*  
Hans-Günter Friese, *Apotheker*  
Wolfgang Häck\*, *Bankangestellter*  
Thomas Höll\* (ab 27.06.03), *Bankangestellter*  
Prof. Dr. med. Jörg-Dietrich Hoppe, *Arzt*  
Uschi Jaeckel\* (ab 27.06.03), *Gewerkschaftssekretärin*  
Britta Jansen\*, *Bankangestellte*  
Hermann-Stefan Keller, *Apotheker*  
Dr. med. dent. Hans-Hermann Liepe (bis 27.06.03), *Zahnarzt*  
Heidi Methner\* (bis 27.06.03), *Bankangestellte*

Dr. med. Ulrich Oesingmann, *Arzt*  
Gerhard Reichert, *Apotheker*  
Dr. med. dent. Bernhard Reilmann (bis 27.06.03), *Zahnarzt*  
Dr. med. Manfred Richter-Reichhelm, *Arzt*  
Dr. med. Wolf-Rüdiger Rudat (bis 27.06.03), *Arzt*  
SR Peter Saueremann (bis 27.06.03), *Arzt*  
Christian Scherer\*, *Bankangestellter*  
PhR Dr. rer. nat. Hartmut Schmall (bis 27.06.03), *Apotheker*  
Michael Sell\*, *Bankangestellter*  
Heike Vocke\* (bis 27.06.03), *Bankangestellte*  
Roland Wark\* (ab 27.06.03), *Bankangestellter*  
Dr. med. Wolfgang Wesiack, *Arzt*  
Dr. med. dent. Fritz-Josef Willmes (bis 27.06.03), *Zahnarzt*  
OPhR Dr. rer. nat. Helmut Wittig (bis 27.06.03), *Apotheker*

\* von den Arbeitnehmern gewählt  
\*\* Vertreter der ltd. Angestellten

Düsseldorf, den 26. Februar 2004  
Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG  
Der Vorstand

Wimmer

Girner

Helf

Herion

Preuß

Schuster

*Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers:*

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2003 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Genossenschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IdW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Genossenschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Genossenschaft und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 28. Mai 2004

PwC Deutsche Revision

Aktiengesellschaft

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Erner, Wirtschaftsprüfer

ppa. Koschwitz, Wirtschaftsprüfer

Dr./RO Eric Banthien, Hamburg	Eberhard Gramsch, Arzt, Göttingen
Dr. med. Johannes Baumann, Coswig	Dr. med. vet. Karl-Ernst Grau, Sendenhorst
Dr. med. Werner Baumgärtner, Stuttgart	Apotheker Dr. phil. Jörn Graue, Hamburg
Dr. med. dent. Wilfried Beckmann, Gütersloh	Dr. med. Karl Gröschel, Blankenhain
Apotheker Dr. rer. nat. Rainer Bienfait, Berlin	SR Dr. med. dent. Manfred Grub, Losheim
Dr. med. Klaus Bittmann, Plön	Dr. med. dent. Wolfgang Gutermann, Heidelberg
RA Dr. jur. Dieter Boeck, Bonn	Dr. med. Manfred Halm, Dresden
Dr. med. Volker Böttger, Dortmund	Dipl.-Stomatologe Dieter Hanisch, Freyburg
Dr. med. dent. Jürgen Braun-Himmerich, Nierstein	Dr. med. Leonhard Hansen, Alsdorf
Prof. Dr. med. Wolfgang Brech, Friedrichshafen	Dr. med. dent. Konrad Hartmann, Oberkirch
Dr. med. vet. Ernst Breitling, Gärtringen	Dr. med. dent. Rudolf Hegerl, Daun
Dr. med. dent. Gerhard Bundschuh, Groß-Glienicke	Dr. med. Andreas Hellmann, Augsburg
Dr. med. Konrad F. Cimander, Wedemark	Dr. med. Hans-Joachim Helming, Belgig
Dr. med. Eckart Claus, Grebenstein	Dr. med. Torsten Hemker, Hamburg
Dr. med. Anton Coressel, Otterbach	Dr. med. Jörg Hempel, Wiesbaden
Dr. med. Gerhard Dieter, Wehr	Dr. med. Wolfgang Herz, Rastatt
Dr. med. Peter Eckert, Hohenahr-Erda	Dr. med. Folkert Hinrichs, Leer
Dr. med. Wolfgang Eckert, Schwerin	Dr. med. Rolf Holbe, Kreiensen/Greene
Dr. med. Brigitte Ende, Buseck	SR Dr. med. habil. Hans-Jürgen Hommel, Leipzig
Dr. med. Dr. rer. nat. Klaus Enderer, Köln	Dr. med. Wolfgang Hoppenthaller, Siegenburg
Dr. med. Stefan Engelbart, Bad Oeynhausen	Dr. med. dent. Jörg-Peter Husemann, Berlin
Dr. med. Karsten Erichsen, Bremen	Dr. med. Burkhardt John, Schönebeck
Albert Essink, Zahnarzt, Berlin	Apotheker Dietrich Jost, Lorsch
Dr. med. Johannes Fechner, Emmendingen	Dipl.-Kfm. Daniel F. Just, München
Dr. med. dent. Jürgen Fedderwitz, Schlangenbad	Dr. med. Michael Kann, Ruppach-Goldhausen
Dr. med. Hermann Feig, Weilburg	RA Dr. jur. Ulrich Kirchhoff, Hannover
Dr. med. Reiner Flöthner, St. Ingbert	Dr. med. Michael Köhler, Marburg
SR Dr. med. Franz Gadomski, Saarbrücken	Dr. med. dent. Wilfried Kopp, Güstrow
SR Dr. med. Günter Gerhardt, Wendelsheim	Dr. rer. pol. Andreas Kretschmer, Münster
Dr. med. dent. Dietmar Gorski, Wilnsdorf	Dr. med. dent. Peter Kriett, Bad Segeberg

Dr. med. dent. Peter Kuttruff, Stuttgart	Dr. med. Klaus Rittgerodt, Königslutter
Dr. med. Eberhard Laas, Großheubach	Dr. med. Gert Rogenhofer, Regensburg
Dr. med. Horst Labunski, Krefeld	Dr. med. Karl-Friedrich Rommel, Mechterstädt
Dr. rer. pol. Andreas Lacher, Gauting	Dr. med. Klaus-Peter Rudzki, Ratingen
Dr. rer. pol. Dirk Lepelmeier, Düsseldorf	Dr. med. Jochen-Michael Schäfer, Kiel
Volker Linss, Tierarzt, Villmar-Aumenau	Dr. med. dent. Karl Horst Schirbort, Burgdorf
Dr. med. dent. Rolf-Jürgen Löffler, Schloßberg	Dipl.-Kfm. Klaus Schmäing, Münster
Dr. med. Burkhard Lütkemeyer, Bad Essen	Dipl.-Med. Ralf-Rainer Schmidt, Leipzig
Dr. med. dent. Kurt Mahlenbrey, Aichwald	SR Dr. med. Ulrike Schwäblein-Sprafke, Hohenstein-Ernstthal
Dr. med. dent. Ute Maier, Tübingen	Dr. med. Werner Sitter, Bechhofen a. d. Heide
Apothekerin Anneliese Menge, Düsseldorf	Dr. med. Michael Späth, Hamburg
Dipl.-Kfm. Dr. rer. pol. Dietrich L. Meyer, Mülheim/Ruhr	Dr. med. Till Spiro, Bremen
Dipl.-Ing. Hartmut Miksch, Düsseldorf	SR Dr. med. dent. Helmut Stein, Clausen
Peter Milius, Heppenheim	Dieter Teichmann, München
Dr. med. dent. Dirk Mittermeier, Bremen	Dr. med. Jürgen Tempel, Wunstorf
RA Hansjörg Mogwitz, Hannover	Dr. med. Ulrich Thamer, Gelsenkirchen
Dr. med. Heinz Michael Mörlein, Kulmbach	Dr. med. Hans-Jürgen Thomas, Erwitte
Arnulf Müller, Arzt, Essen	Ralf Wagner, Zahnarzt, Heimbach
Dr. med. Carl-Heinz Müller, Trier	SR Dr. med. Egon Walischewski, Koblenz
Dr. med. dent. Wilfried Müller, Neumünster	Dr. med. Dr. med. dent. Jürgen Weitkamp, Lübbecke
Dr. med. Axel Munte, Grünwald	Dr. med. Harald Wirth, Darmstadt
Dr. med. dent. Dieter Natusch, Görlitz	Dr. med. dent. Wolfgang Witzhausen, Koblenz
Dr. med. Hubert Niessen, Geretsried	Dr. med. Heiko Wohlers, Oldenburg
Dipl.-Kfm. Siegfried Pahl, Haan	Dr. med. Gerd W. Zimmermann, Hofheim am Taunus
Dr. med. dent. Volker von Petersdorff, Isernhagen	Dr. med. dent. Gert Zimmermann, Braunfels
Dr. med. dent. Helmut Pfeffer, Wohltorf	Dr. med. Maximilian Zollner, Friedrichshafen
Dr. med. Hans-Michael Quast, Wuppertal	
Dr. med. Horst Rebscher-Seitz, Selters	
Dr. med. Jost Reermann, Wegberg	
Dipl.-Volkswirt Manfred Renner, Planegg	



## Daten zur Bank

Dezernats-, Bereichs- und Regionalleiter

Direktoren der Filialen · Filialleiter · Direktoren der Regionalen Kreditsekretariate

Hauptverwaltung, Filialen

Regionalbereiche

Geschichtliche Entwicklung der Bank

<i>Generalbevoll-</i>	Berthold Bisping	Vertrieb Organisationen und Großkunden
<i>mächtigte/</i>	Hans Fells	Vertriebssteuerung Privatkunden
<i>Dezernatsleiter</i>	Johannes Henkel	Vertriebssteuerung Privatkunden
	Stefan Kunac	Bankbetrieb
	Jörg Voll	Unternehmensplanung/Treasury
<i>Direktoren der</i>	Hans-Jochen Becker	Bilanzen/GuV/Steuern
<i>Hauptverwaltung</i>	Holger Brettschneider	Controlling
	Rainald Brune	Treasury/Liquiditätssteuerung
	Reiner Caesar	Gesundheitsökonomie
	Siegfried Charchulla	Verwaltung/Gebäudemanagement
	Hugo Daldrup	Zentrales Kreditsekretariat
	Wolfgang Gerresheim	Neue Versorgungsstrukturen
	Wolfgang Hammel	Recht
	Manfred Hermes	Öffentlichkeitsarbeit/Volkswirtschaft
	Jürgen Otto	Revision
	Martin Pietsch	Informatik und Organisation
	Hans-Georg Schell	Vorstandssekretariat
	Axel Schneider	Handelsabwicklung
	Dr. Thomas Siekmann	Unternehmensplanung
	Klaus Söhler	Zahlungsverkehr
	Ulrich Sommer	Wertpapiere/Institutionelle Kunden
	Claus Verfürth	Personal
	Uwe Zeidler	Wertpapiere/Private Asset Management
	Reinhold Fahlbusch	Projekte/Sonderaufgaben
	Uwe Meyer-Vogelgesang	Projekte/E-Health-Market
<i>Regionalleiter</i>	Heinz Ablter	Region Nord
	Michael Brüne	Region Ost
	Christian Hübscher	Region Mitte
	Peter K. Konrad	Region West
	Rolf Post	Region Süd

<i>Direktoren der</i>	Aachen	Heiko Drews	Leipzig	Helmut Picker
<i>Filialen/Filialleiter</i>	Augsburg	Joachim Lehmann	Lübeck	Reinhard Pretzsch
	Bayreuth	Klaus Trendel	Magdeburg	Michael Goltz
	Berlin	Stefan Mühr	Mainz	Rolf Traupel
	Braunschweig	Eberhard Groß	Mannheim	Werner Gebauer
	Bremen	Andreas Kalle	Marburg	Bernd Posdich
	Chemnitz	Wilhelm Spitz	München	Bruno Höfter
	Darmstadt	Peter Lorenz	Münster	Franz-Josef Gebker
	Dortmund	Jürgen Grabensee	Neustadt	Otmar Herrmann
	Dresden	Raimund Pecherz	Nürnberg	Martin Steinkühler
	Düsseldorf	Siegfried Crefeld	Oldenburg	Dirk Müller
	Duisburg	Markus Herzig	Osnabrück	Werner Goldkamp
	Essen	Frank Orichel	Potsdam	Jürgen Nitsche
	Frankfurt	Gerhard Schork	Regensburg	Frank Hillemanns
	Freiburg	Jörg Jahnz	Rostock	Ronald Hensel
	Göttingen	Michael Arndt	Saarbrücken	Dietmar Schmidt
	Hamburg	Peter Schlögell	Schwerin	Gerrit Altenburg
	Hannover	Siegward Bröker	Stuttgart	Holger Lebender
	Karlsruhe	Lothar Heim	Thüringen	Peter Jesse
	Kassel	Franz-Josef Nolte	Trier	Ulrich Ober
	Kiel	Peter Geiß	Wiesbaden	Werner Ensberg
	Koblenz	Heinz-Jürgen Mantai	Würzburg	Michael Wagner
	Köln	Werner Höhl	Wuppertal	Carsten Ferch

<i>Direktoren der</i>	Berlin	Jost Vierbücher
<i>Regionalen</i>	Dresden	Dr. Gerald Barth
<i>Kreditsekretariate</i>	Düsseldorf	Karl-Josef Wening
	Frankfurt	Norbert Prokasky
	Hannover	Wilfried Erxleben
	München	Uwe Paul

## Hauptverwaltung

40547 Düsseldorf  
Richard-Oskar-Mattern-Str. 6

Telefon 0211/59 98-0  
Fax 0211/59 38 77  
S.W.I.F.T. DAAE DE DD  
<http://www.apobank.de>  
E-Mail: [info@apobank.de](mailto:info@apobank.de)

## Filialen

52064 Aachen  
Habsburgerallee 13  
Telefon 0241/75 05-0

86150 Augsburg  
Eserwallstraße 3  
Telefon 0821/5 02 69-0

95448 Bayreuth  
Brandenburger Straße 4  
Telefon 0921/7 89 23-0

10625 Berlin  
Kantstraße 129  
Telefon 030/3 15 12-0

38100 Braunschweig  
Kaiserstraße 7  
Telefon 0531/2 44 87-0

28211 Bremen  
Schwachhauser Heerstraße 41  
Telefon 0421/34 82-0

09116 Chemnitz  
Carl-Hamel-Straße 3b  
Telefon 0371/2 81 52-0

64283 Darmstadt  
Rheinstraße 30  
Telefon 06151/99 52-0

44141 Dortmund  
Karl-Liebknecht-Straße 2  
Telefon 0231/43 45-0

01099 Dresden  
Schützenhöhe 16  
Telefon 0351/8 00 01-0

40213 Düsseldorf  
Heinrich-Heine-Allee 6  
Telefon 0211/59 98-0

47051 Duisburg  
Philosophenweg 21a  
Telefon 0203/9 92 16-0

45127 Essen Paul-Klinger-Str. 12 Telefon 0201/8 10 29-0	24103 Kiel Hopfenstraße 47 Telefon 0431/66 05-0	35043 Marburg Raiffeisenstraße 6 Telefon 06421/40 09-0
60486 Frankfurt Hamburger Allee 12 Telefon 069/79 50 92-0	56068 Koblenz Poststraße 8 Telefon 0261/13 91-0	80333 München Ottostraße 17 Telefon 089/5 51 12-0 <i>Außenbüro Ingolstadt:</i> 85051 Ingolstadt Am Pulverl 5 Telefon 0841/93 15 29-0
79114 Freiburg Sundgaullee 25 Telefon 0761/8 85 91-0	50668 Köln Riehler Straße 34 Telefon 0221/77 28-0	48147 Münster Gartenstraße 208 Telefon 0251/92 86-0
37073 Göttingen Bürgerstraße 20 Telefon 0551/5 07 67-0	04347 Leipzig Braunstraße 16 Telefon 0341/2 45 20-0	67433 Neustadt Lindenstraße 7-13 Telefon 06321/92 51-0
22083 Hamburg Humboldtstraße 58-62a Telefon 040/2 28 04-0	23554 Lübeck Fackenburger Allee 11 Telefon 0451/4 08 52-0	90429 Nürnberg Spittlertorgraben 3 Telefon 0911/27 21-0
30175 Hannover Königstraße 10 Telefon 0511/34 03-0	39120 Magdeburg Doctor-Eisenbart-Ring 2 Telefon 0391/6 25 27-0	26135 Oldenburg Huntestraße 14 a Telefon 0441/9 23 97-0
76185 Karlsruhe Zeppelinstraße 2 Telefon 0721/9 55 59-0	55118 Mainz Frauenlobplatz 2 Telefon 06131/9 60 10-0	49078 Osnabrück An der Blankenburg 64 Telefon 0541/9 44 03-0
34117 Kassel Mauerstraße 13 Telefon 0561/7 00 07-0	68167 Mannheim Jakob-Bensheimer-Straße 22 Telefon 0621/33 06-0	

14467 Potsdam  
Hegelallee 12  
Telefon 0331/2 75 21-0

54290 Trier  
Balduinstraße 16-18  
Telefon 0651/9 48 05-0

93049 Regensburg  
Yorckstraße 13  
Telefon 0941/3 96 03-0

65189 Wiesbaden  
Abraham-Lincoln-Straße 36  
Telefon 0611/7 44 99-0

18055 Rostock  
August-Bebel-Straße 11/12  
Telefon 0381/4 52 23-0

97080 Würzburg  
Beethovenstraße 1  
Telefon 0931/3 55 35-0

66119 Saarbrücken  
Puccinistraße 2  
Telefon 0681/5 86 06-0

42257 Wuppertal  
Berliner Straße 45-47  
Telefon 0202/2 50 52-0

19055 Schwerin  
Wismarsche Straße 304  
Telefon 0385/5 91 22-0

70567 Stuttgart  
Albstadtweg 4  
Telefon 07 11/78 79-0  
*Außenbüro Ulm:*  
89077 Ulm  
Magirusstraße 35/4  
Telefon 0731/1 40 34-0

Filiale Thüringen  
99085 Erfurt  
Theo-Neubauer-Straße 14  
Telefon 0361/5 76 54-0



- Filiale
- Außenbüro/Beratungsstelle

- 1902* Gründung des „Kredit-Verein Deutscher Apotheker e.G.m.b.H.“ (KREDA) durch 18 Apotheker in Danzig. Hauptzweck der Vereinigung: Vergabe günstiger Kredite an die Mitglieder.
- 1904* Eröffnung einer ersten Zweigniederlassung in Berlin.
- 1907* Die Genossenschaft zählt 1.000 Mitglieder. Alle Geschäftsbereiche sind nahezu ausgebaut. 19 Vertrauensmänner vertreten die Bank in ganz Deutschland.
- 1920* Verlegung des Geschäftssitzes nach Berlin.
- 1938* Umbenennung in „Deutsche Apothekerbank e.G.m.b.H.“ als Voraussetzung zu der ein Jahr später erfolgten Fusion mit dem „Spar- und Kreditverein Deutscher Apotheker m.b.H.“ (SPARDA).
- 1945* Schließung der Bank aufgrund Alliierten Rechts. Bilanzsumme: rund 30 Mio. RM; Mitgliederstand: 2.800.
- 1948* Neuanfang durch Gründung der „Westdeutsche Apothekerbank e.G.m.b.H.“ in Düsseldorf, die Zulassung erfolgt 1949. Erweiterung des Kundenkreises auf alle Heilberufsangehörigen, ab 1950 durch den Zusatz „Bank für das Gesundheitswesen“ zum Ausdruck gebracht.
- 1952* Der Mitgliederstand überschreitet 1.000; Zahl der Mitarbeiter: 23; Bilanzsumme: 4,8 Mio. DM.
- 1955* Übernahme des „ruhenden“ Berliner Instituts durch einen Verschmelzungsvertrag. Damit direkte Rechtsnachfolge der 1902 gegründeten Bank. Umbenennung in „Deutsche Apothekerbank e.G.m.b.H.“. Errichtung erster Filialen in Berlin und Stuttgart.

- 1957* Die bereits 1950 beantragte Firmierung als „Deutsche Apotheker- und Ärztebank e.G.m.b.H.“ wird genehmigt und durchgeführt.
- 1958* Einführung der spesenfreien Kontoführung für Guthabenkonten.
- 1961* Aufgrund der guten Entwicklung der Mitgliederzahl (5.477) Konstituierung der Vertreterversammlung.
- 1965* Die 10. Filiale wird eröffnet. Aufnahme des Immobiliengeschäfts als eine der ersten Banken in Deutschland.
- 1972* Mitgliederstand: 22.809; Filialen: 16; Zahl der Mitarbeiter: 581; Bilanzsumme erstmals über 1 Mrd. DM.
- 1979* Emission eigener Inhaberschuldverschreibungen als erste genossenschaftliche Primärbank.
- 1982* Bilanzsumme überschreitet 5 Mrd. DM; Mitgliederstand: 54.501; Filialen: 40; Zahl der Mitarbeiter: 1.135.
- 1985* Als erste genossenschaftliche Primärbank Emission von Genussscheinen.
- 1990* Ausweitung der Geschäftstätigkeit auf die neuen Bundesländer, dort Errichtung von 10 Filialen.
- 2002* Im Jubiläumsjahr erfolgreiche Entwicklung trotz Struktur- und Ertragskrise im Bankensektor.

<i>Herausgeber</i>	Deutsche Apotheker- und Ärztebank Richard-Oskar-Mattern-Str. 6 40547 Düsseldorf
<i>Gesamtherstellung</i>	Meßner + Meßner, Werbe- und Projektagentur Düsseldorf
<i>Fotos</i>	Bavaria, Tony Stone, dpa
<i>Bildstatistiken (Quellen)</i>	Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Europäische Zentralbank, eurostat, eigene Berechnungen
<i>Druck</i>	Heining und Müller Mülheim/Ruhr